Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 14. Juli 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 163

Schwere Zusammenstöße in Berlin

Polizeiangriff auf Arbeitslose — Gummiknüppel gegen erwerbslose Frauen — Vorspiel zur Diktatur!

Organisiert den Kampf der Erwerbslosen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juli.

Im Berliner Zentral-Arbeitsnachweis in der Gollmannstraße wurden gestern die Frauen derartig schikaniert — man weigerte sich u. a. —, die Fenster der überfüllten Räume zu öffnen, daß viele Frauen vor Hitze und Hunger ohnmächtig zusammenbrachen. Als die männlichen Erwerbslosen gemeinsam mit den Frauen die Oeffnung der Fenster erzwangen, gingen brutalste Schupoattacken ein, die die Erwerbslosen aus dem Gebäude des Nachweises herauswarfen. Die von ihren monarchistischen Offizieren aufgehetzten Schupoleute mißhandelten mit Gummiknüppeln und Seitengewehren die hungernden Frauen und Männer in unmenschlichster Weise. Auch zufällig vorübergehende Passanten wurden von der Polizei willkürlich verprügelt. Die Polizei nahm 18 Verhaftungen vor. Die roten Frontkämpfer, die durch Bildung einer Kette das Blutvergießen verhindern wollten, wurden von der Polizei niedergeschlagen, zum Teil verhaftet.

Bei den Zusammenstößen in Berlin-Norden auf dem Städtischen Arbeitsnachweis gab es beim Anmarsch der Schupo einen Zusammenstoß mit ihren Hauptmann, der im Gedränge zu Boden fiel und sich verletzte. Das gab den Anlaß zu den brutalen Attacken von Berittenen gegen die sich inzwischen um die Erwerbslosen scharende Menschenmenge, die eine immer bedrohlichere Haltung gegen dieses Vorgehen einnahm.

Die amtliche Zahl der Berliner Erwerbslosen ist 273 000. Jede Woche wird die Zahl der Notstandsarbeiter kleiner. Die „Rote Fahne" ruft zur Organisierung eines Erwerbslosenkongresses für Berlin-Brandenburg auf, der der Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen dienen soll.

*

Die Berliner Vorgänge sprechen eine deutliche Sprache. Es kommt nicht zum ersten Male vor, daß es anläßlich selbstverständlicher und unwichtiger Wünsche und Forderungen der Arbeiter, wie der des Oeffnen der Fenster, zu Zusammenstößen kommt, die die ganze Zuspitzung der Situation zum Ausdruck bringen.

Die Berliner Zusammenstöße zeigen, daß die Reaktion durch ihr brutales Vorgehen die **Erwerbslosen absichtlich provoziert.** Die monarchistischen Schupooffiziere haben ihre Instruktionen. Die Pläne der Hugenberg-Claß-Clique, Erwerbslosenunruhen und einen „KPD.-Putsch" zu provozieren, um den Belagerungszustand zu verhängen, und die Arbeiterschaft durch blutigen Terror niederzuknüppeln, sind bekannt. Die Vorfälle in Berlin und Auswirkungen der monarchistisch-faschistischen Verhetzung der Schupo, die der sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsident nach wie vor zulassen. Den unmittelbaren Anlaß zur Demonstrativen Haltung der erwerbslosen Frauen und Männer haben in Berlin die menschenunwürdigen Zustände auf dem Arbeitsnachweis. Hinter ihnen verbirgt sich aber das ganze System, das die Erwerbslosen als Subjekte zweiter und dritter Klasse behandelt. Das war es, was die Erwerbslosen empörte. Der spontane Ausbruch ist nur ein Zeichen für die ganze Erbitterung von Millionen, die vom Kapital verurteilt sind, ein Hungerdasein zu führen.

Neue Angriffe auf die Erwerbslosen stehen bevor. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung vertrösten die Erwerbslosen mit leeren Versprechungen. Der Wirtschaftsminister Curtius und der Bundesausschuß des ADGB. einigen sich über ein Programm der „produktiven Erwerbslosenfürsorge", das statt Arbeit und Brot für die Millionen Arbeitsgelegenheit vielleicht für einige Zehntausend bedeutet. Der Reichstag ist auseinandergegangen, ohne für die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung auch nur einigermaßen zu sorgen.

Vom Standpunkt der Ausbeuterklasse ist dieses Verhalten konsequent. Denn je größer die industrielle Reservearmee der Erwerbslosen, um so leichter läßt sich die „Rationalisierung" weiter durchführen. So ermöglicht das Bestehen eines großen Erwerbslosenheeres ihr immer weiteres Anwachsen.

Das bedeutet aber, daß der Kampf der Erwerbslosen nur als organisierter Kampf, und zwar Kampf gegen die Ursachen und nicht nur die einzelnen Auswirkungen geführt werden kann.

Die Erwerbslosen müssen die Forderung auf 50prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze, auf umfassende Notstandsarbeiten zu Tariflöhnen durch Zusammenfassung aller ihrer Kräfte durchsetzen.

Auch für Mitteldeutschland muß eine Bezirkskonferenz der Erwerbslosen einberufen werden! Die vom Ortsausschuß des ADGB. Solingen einberufene Erwerbslosenkonferenz für den oberen Kreis Solingen hat ein Beispiel gegeben, dem auch die ADGB.-Kartelle Mitteldeutschlands schleunigst folgen müssen.

Gleichzeitig muß überall der **Kongreß der Werktätigen** als die Zusammenfassung aller Kräfte in viel anschaulicherer und handgreiflicherer Weise propagiert werden, als es bis jetzt geschehen ist. Nur wenn die Forderungen der Erwerbslosen nicht nur von ihnen selbst, sondern auch von den Millionenmassen, deren Interessen mit den ihrigen zusammengetragen werden, nur dann kann die Sabotage der Regierung gebrochen werden.

Solidarischer geschlossener Kampf der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und vollbeschäftigten Arbeiter, zur Errichtung der roten Einheitsfront — das ist der Weg!

Konzernoffensive gegen Invaliden!

(Eig. Drahtm.) Hamborn, 14. Juli.

Die Direktion der Vereinigten Stahlwerke Gruppe 4 (ehemaliger Thyssen-Konzern) hat beschlossen, sämtlichen Invaliden der Zeche (es kommen etwa 2000 in Frage) zum 15. Juli zu kündigen. Die Kündigung soll zurückgezogen werden bzw. Neueinstellung erfolgen, wenn die Invaliden sich bereit erklären, eine Verschlechterung ihrer Löhne zu akzeptieren. Auf einer der Zechenanlagen ist diese Maßnahme bereits durchgeführt.

Brikettlieferung durch die Rubiag nach England — Arbeiter Mitteldeutschlands, verhindert jeden Streikbruch!

Halle, 14. Juli.

Aus Mückenberg wird uns gemeldet, daß in der Brikettfabrik Millingrube, die der Rubiag gehört, in den letzten Tagen Briketts hergestellt werden, welche die Aufschrift „Skandia" tragen. Die Produktion beträgt an einer einfachen Presse 60 Zentner pro Stunde und an einer doppelten Presse 90 Zentner. Diese Briketts sind nicht für den inneren Markt bestimmt, sondern sie werden mit Bestimmungsort Stettin in Waggons verladen. Es liegt der Firma sehr viel daran, daß beim Um- oder Ausladen der wirkliche Produzent der Briketts nicht offenbar wird, deshalb trifft jeden Arbeiter sofortige Entlassung, der auch nur ein einziges anders beschriebenes Brikett unter die „Skandia"-Briketts so wirft, daß dasselbe, nachdem der Waggon das Werk verlassen hat, gefunden werden kann.

Diese rührende Aufmerksamkeit der Werksleitung, nur mit „Skandia" bezeichnete Briketts zur Verladung zu bringen, kann doch nur darauf zurückzuführen sein, daß die Waggons einem geheimnisvollen Ziel entgegenrollen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß der endgültige Bestimmungsort irgendein englischer Hafen ist. Die mitteldeutschen Arbeiter dürfen nicht in dieser Weise zu Verrätern an ihren englischen Brüdern werden. Jede Verschickung von Streikbrecherkohle nach England muß möglichst schon am Ursprungsort verhindert werden und müssen die Arbeiter deshalb auf die Gewerkschaften einen Druck ausüben, daß diese entsprechende Abwehrmaßnahmen treffen. **Die Arbeiter selbst müssen jede Verladung und Verschickung von Streikbrecherkohle feststellen und unmöglich machen.**

Streikbrecherkohle und kein Ende

(Eig. Drahtm.) Duisburg, 14. Juli.

In den Duisburg-Ruhrort-Häfen werden gegenwärtig weit über 100 000 Tonnen täglich umgeschlagen. Bei diesen Großbetrieben zeigt sich, daß die Verladeanlagen trotz der elektrischen Kipper veraltet sind. Die Hafenverwaltung hat ein ergänzendes Programm für neue Anlagen ausgearbeitet, das aber erst verwirklicht werden soll, wenn die neue Hafen A.-G. gebildet ist und auf dem Weltmarkt Kapital aufgenommen hat. Vor dem englischen Streik war der tägliche Umschlag 60 000 bis 70 000 Tonnen.

Die Bergarbeiterfront unerschüttert

(Eig. Meld.) London, 13. Juli.

Entgegen den Versuchen des Sekretärs der Bergarbeiterinternationale, Hodges, innerhalb der im Kampf befindlichen englischen Bergarbeiterföderation gegen ihre Führung und insbesondere gegen ihren Sekretär Cook Mißtrauen zu säen, haben in mehreren Massenversammlungen am 12. Juli die Bergarbeiter die neuen Lohn- und Arbeitsangebote der Unternehmer im Bergbau einmütig abgelehnt und damit Hodges und seinen Freunden innerhalb und außerhalb Englands die beste Antwort gegeben. Die Front der kämpfenden Bergarbeiter ist unerschüttert allen Feinden zum Trotz.

Erwerbslose sammeln für die Bergarbeiter

(Eig. Drahtm.) Hamm, 14. Juli.

Von den Erwerbslosen Hamms wurden am Freitag 67 Mark für die englischen Bergarbeiter gesammelt. Zu bemerken ist, daß sich die SPD.-Leute nicht an den Sammlungen beteiligt haben.

Zehn Wochen Kampf

Der Generalrat sabotiert weiter

Die „Prawda" veröffentlicht folgenden Leitartikel:

Voller Besorgnis und Hoffnung zählt jeder klassenbewußte Arbeiter die Tage des großen Bergarbeiterkampfes in England. Voller Hoffnung, — denn jedem klassenbewußten Arbeiter geht dieser Kampf nahe, da er die wachsende Macht der kämpfenden englischen Arbeiter fühlt, da er die sich entfaltenden Perspektiven des weiteren Kampfes sieht. Voller Besorgnis, — denn er sieht auch, wie sich die Gefahren für die streikenden Bergarbeiter mehren, wie die Mittel der Kämpfer versiegen, wie ihre Lage immer mehr erschwert wird, wie die Kräfte der feindlichen Klasse sich sammeln, wie immer mehr Streikbrecherkohle nach England kommt.

Die Frage der internationalen Unterstützung der englischen Bergarbeiter wird mit jeder Minute dringender. Indes wird diese Unterstützung im nötigen Maße bis jetzt nicht geleistet.

Man könnte glauben, daß in erster Linie die Hilfe für die Bergarbeiter von der internationalen Organisation der Bergleute kommen müßte, denn immerhin steht ja die größte Organisation der Bergarbeiter-Internationale im Kampfe. Da jedoch die leitenden Posten der Internationale von den Amsterdamer Reformisten besetzt sind, so nehmen wir keine Unterstützung des Streiks seitens der Bergarbeiter-Internationale wahr. Die gelben Führer sabotieren nach wie vor den Streik, ebenso wie sie ihn von Anfang an sabotiert haben. Ja noch mehr, dem Geheiß der internationalen Bourgeoisie folgend, führen sie eine Streikbrecherpolitik und sprengen den englischen Streik von außen durch Zuführung von ausländischer Kohle nach England. Indem sie materiell den erfolgreichen Verlauf des Streiks durchkreuzen, stellen sie ihm auch politische Hindernisse in den Weg.

In dieser Hinsicht ist die Rede des Generalsekretärs der Bergarbeiter-Internationale, des nicht unbekannten Frank Hodges, auf dem Verbandstag der deutschen Bergarbeiter in Saarbrücken sehr charakteristisch. Hodges Rede schlug den Rekord des Renegatentums und der schlimmsten Heuchelei.

Hodges „ruft" zur internationalen Unterstützung der englischen Bergarbeiter auf. Zugleich brandmarkt Hodges aufs schärfste die „Methoden des internationalen Streiks" und die „revolutionären Methoden". Der Form nach schwatzt Hodges über Unterstützung. Aber Hodges sondert die Frage der Unterstützung der englischen Arbeiter zu einem besonderen Punkt der Tagesordnung aus. Hodges und seine Freunde ziehen es vor, „im Geheimen" Hilfe zu leisten, d. h. so, daß von dieser „Hilfe" niemand etwas merkt.

Die Hauptsache besteht nach der Meinung Hodges darin, „einheitliche Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern" zu erzielen, also konkret in Deutschland und England. Wie soll das aber erreicht werden? Entweder durch eine Kürzung des Arbeitstages in Deutschland, oder durch die Festsetzung eines gleichlangen Arbeitstages „auf dem Wege des Kompromisses". Da jedoch niemand glauben wird, daß Hodges im Ernst den Kampf um die Kürzung des Arbeitstages der Bergarbeiter in Deutschland aufnehmen will (daran wird vor allem die Bourgeoisie nicht glauben, die Herrn Hodges sehr gut kennt!), so bleibt das eine — die Festsetzung einer gleichen Arbeitszeit „auf dem Wege des Kompromisses", d. h. durch Verlängerung des Arbeitstages der englischen Bergarbeiter.

Mit anderen Worten, mitten im brennenden Kampf des Bergarbeiterstreiks tritt der Generalsekretär der Bergarbeiterinternationale mit einem „Programm" auf, das dem „Programm" der englischen Grubenbarone gleicht wie ein Ei dem andern!

So sieht die „Hilfe", so sieht die „Unterstützung" der englischen Kämpfer im internationalen Maßstabe aus, die Hilfe und Unterstützung, zu der sich die internationalen reformistischen Führer aufraffen können! Die englischen Bergleute dürfen keine Illusionen über die Hilfe seitens der Amsterdamer Internationale hegen. Es gab keine Hilfe von Amsterdam, sie wird auch des weiteren nicht kommen.

Die Lage des englischen Streiks schreit nach Unterstützung. Wenn die Unterstützung nicht von den internationalen Organisationen der Amsterdamer Firma gebracht werden kann, so kann und muß sie von der internationalen Organisation kommen, die außerhalb Amsterdams ist. Diese Hilfe sollte vor allem von seiten des englisch-russischen Komitees kommen, und zwar möglichst bald.

Der Vorschlag, den der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion gemacht hat, um das englisch-russische Komitee einzuberufen, ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. Bis jetzt „überlegen" es sich die Führer des Generalrats. Ungeachtet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0001

dessen, daß der Streik in ein kritisches Stadium getreten ist, zögert der Generalrat immer noch. Vielleicht glaubt der Generalrat, daß er anstatt den Bergarbeitern zu helfen, sich irgendwie aus der Affäre ziehen kann mit seiner jüngsten „Deklaration", die nichts Konkretes in sich enthält? Der Generalrat sabotiert den Vorschlag der russischen Gewerkschaften auf unverzeihliche Art und Weise. Es hat den Anschein, daß der Generalrat aus Furcht vor der englischen Bourgeoisie die Sprache verloren hat. Man muß aber anerkennen, daß die Politik des Ausweichens vor der Frage der Einberufung des englisch-russischen Komitees zwecks Unterstützung der Bergarbeiter jetzt keineswegs besser ist als die Politik der Sabotage, die von Hodges u. Ko. geführt wird. Der Generalrat muß sich entschließen, eine bestimmte Antwort zu geben. Wenn er nicht Ja sagen will, so mag er Nein sagen.

Der Rakosi-Prozeß in Horthy-Ungarn

Mutiges Verhalten der Kommunisten vor Gericht

(Eig. Drahtm.) **Budapest**, 14. Juli.

Der Vorsitzende der Verhandlungen im Rakosi-Prozeß sucht mit allen Mitteln die Freiheit der Verteidigung aufzuheben. Bereits am 1. Verhandlungstag rief er den Genossen Oery dreimal zur Ordnung und verurteilte ihn, da er sich dadurch nicht einschüchtern ließ, zu einem Tag Einzelhaft, verschärft durch Fasten. Der Vorsitzende wollte wiederholt verhindern, daß Genosse Oery seine Ansicht über Sowjet-Rußland, über die Bedeutung der KP. sowie über die Rolle der Sozialdemokratischen Partei darstelle. Er unterbrach ihn heftig.

Als bei der gestrigen Verhandlung der Senatspräsident den Genossen Rakosi aufforderte, sich auf seine Verteidigung zu beschränken und nicht hier im Gerichtssaal für die Kommunistische Partei Propaganda zu entfalten, wies Genosse Rakosi dies energisch zurück:

„Ich habe mich überhaupt nicht zu verteidigen. Es wird hier ein politischer Prozeß geführt. Ich betrachte es deshalb als mein selbstverständliches Recht, meine Ansichten hier zum Ausdruck zu bringen."

In seinen Ausführungen ging Genosse Rakosi auf die historische Stellung der ungarischen proletarischen Diktatur ein und trat der Verleumdungen gegen Sowjet-Rußland entgegen. Er erklärte, daß die Schaffung einer Kommunistischen Partei in Ungarn für ihn eine Frage der proletarischen Pflicht sei. **Verantwortlich für seine Arbeit fühle er sich nur der Kommunistischen Partei, die allein sein befugter Richter sei.** Auch der Genosse Gögös wurde während seines Verhörs dreimal zur Ordnung gerufen, als er mit erhobener Stimme in den Saal rief: **„Die heutige verfaulte Gesellschaftsordnung in Ungarn sei zum Tode verurteilt und die Kommunistische Partei vollstrecke das Urteil."** Er wurde zu zwei Tagen verschärftem Einzelkerker verurteilt. Genosse Gögös und Genossin Katharina Haman erklärten: „Wir sind Kommunisten. Wir betrachten es als unsere Lebensaufgabe, die Kommunistische Partei aufzubauen."

Auf alle Einzelfragen, wie und mit wem sie gearbeitet hätten, verweigerten sie jede Auskunft.

Protest gegen „Potemkin"-Verbot

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 14. Juli.

Die „Prometheus"-Filmgesellschaft hat beim Reichsinnenministerium Protest gegen das Verbot des Films „Panzerkreuzer Potemkin" durch die Filmoberprüfungsstelle eingelegt.

*

Gewerkschaften gegen „Potemkin"-Verbot

Bereits beginnen sich Proteste aus den Gewerkschaften gegen das Verbot der Aufführung des „Panzerkreuzer Potemkin" auszulösen. Auf einer Fahrstellenversammlung der Zimmerer in Jena am 9. Juli wurde einstimmig beschlossen, schärfsten Protest gegen das unbegründete Verbot des Films „Panzerkreuzer Potemkin" zu erheben und die sofortige Aufhebung dieses Verbots durch die Thüringer Regierung zu verlangen. Auf der nächsten Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. soll auf Grund dieser Stellungnahme die Möglichkeit einer Aufführung des Potemkin-Film für die Gewerkschaftsmitglieder durch den Jenaer ADGB.-Ortsausschuß behandelt und entschieden werden.

Krupps Dank

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 14. Juli.

Ueber 700 Krupp-Pensionären wurde folgendes Schreiben zugestellt:

„Die auf ½ Jahr bewilligte freiwillige Pensionszuwendung der Friedrich Krupp A.-G. ist mit Ende des Monats April 1926 abgelaufen. Die letztmalige Zahlung erfolgt Ende dieses Monats."

Was die Mütter und Kinder der kämpfenden englisch[en] Bergarbeiter brauchen

Von G. G. L. Alexander (Moskau)

Angesichts des an verschiedenen Orten angekündigten Aufhörens der Speisung der Bergarbeiterkinder durch die Streikbehörden, die in England gesetzlich ist, werden die Rufe zur Sammlung von Mitteln für eine ausreichende Versorgung der Kinder der Streikenden immer dringender. Es tut aber nicht nur Sorge für ihre Speisung not, sondern auch an Kleidern und Wäsche fehlt es. **„Die Mütter brauchen Kleider und Wäsche für die Neugeborenen"**, heißt es in einem Aufruf im „Daily Herald". Das Frauenkomitee zur Hilfe für die Bergarbeiterfrauen und -kinder (Women's Committee for the Relief of Miners Wives an Children, London, 11 Tufton street) hat Lokalkomitees eingerichtet, die sich vor allem mit der Versorgung der nährenden Mütter und der Säuglinge beschäftigen. Es wurde ein besonderer Fond für diesen Zweck eingesetzt. Das Komitee wendet sich an alle, die dazu in der Lage sind, Babywäsche und Kleider und Nachthemden für die Mütter, Tücher, Windeln, Handtücher zu spenden. Zahlreiche Briefe wurden an das Komitee gerichtet, die von höchst traurigen Zuständen von Elend und größtem Mangel zeugen.

Der Streik enthüllt traß vor aller Welt das ungeheure Elend, den niedrigen Lebensstandard der englischen Kohlengräber bei dem letzten Stand ihrer Löhne. Der Lohn reicht nach Abzug der Wohnungsmiete nur für die kärglichsten Lebensmittel: Brot, Kartoffeln, Margarine. Für Kleider, Wäsche, Stiefel, Hausrat bleibt nichts übrig. Unter dem Druck der äußersten Not treten die englischen Bergarbeiterfrauen diesmal aktiv für den Kampf ein, ja, sie harren mit der gleichen Entschlossenheit zum Widerstand aus, wie ihre Männer. Sie wissen, noch mehr hungern und darben als bisher, bedeutet Hungertod.

So schreibt auch, wie „Daily Herald" (14. Juni) berichtet, eine berühmte Geologin, die den Zustand der Kohlenlager in aller Welt, Amerika, Japan, und zuletzt in England selbst studiert hat, Dr. Marie Stopes, in einem Brief an den englischen Premierminister, indem sie Herrn Baldwin auf die Notwendigkeit der Festsetzung eines nationalen Mindestlohnes verweist: „Im gegenwärtigen Augenblick ist es keine Uebertreibung, festzustellen, daß viele Männer, obwohl sie ehrlich arbeiten, durch Stückarbeit, knappe Tagesschichten usw. nicht in der Lage sind, mehr als 25 bis 30 Dollar wöchentlich zu verdienen . . . Das bedeutet heute einen puren grausamen Hungertod, und es ist diese Unsicherheit, die immer wieder neue Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie heraufbeschwören wird."

Eine Bergarbeiterfrau schreibt in einem Briefe, der typisch ist für alle, die das Frauenkomitee erhält:

„Ich erwarte im nächsten Monat ein Baby und weiß nicht, was ich tun soll. Wir haben zu Vieren nur 17 sh 6 d Unterstützung, und es wird mein Tod sein, wenn ich ins Arbeitshaus gehen muß."

Zum Hunger, der in den Kohlengebieten wütet, kommt der Mangel an Kleidung und an den lebensnotwendigen Dingen.

Es gilt also außer Geldsammlungen auch Sammlungen für Kleider und Kinderwäsche zu veranstalten, Haussammlungen, Sammlungen in Warenhäusern, die meist sehr viel einbringen, wie zahlreiche Sammelaktionen der IAH. in Deutschland in früheren Gelegenheiten ergeben haben. Gesammelte Stoffe müssen in Nähstuben verarbeitet werden. Eine solche Hilfe wird nötig sein noch lange Wochen über die Dauer des Streiks hinaus, denn Not, vor allem der Mangel an Kleidung, ist nicht mit der Wiederaufnahme der Arbeit vorbei.

Alle gesammelten Dinge sind zu schicken am besten über die lokalen Sammelstellen der IAH., eventuell Zentralkomitee in Berlin, Schadowstraße, oder direkt an „Womens Committee for Relief for Miners Wivers and Children", London 11. Tufton street oder Miners Federation London, Russelsquare.

Was soll in Mitteldeutschland geschehen?

Anmerkung der Redaktion:

Auf eine Anfrage bei dem Landesausschuß der IAH., wie die praktische Durchführung des Aufrufes in Mitteldeutschland möglich ist, wird uns mitgeteilt:

1921, wo es galt, den russischen Brüdern zur Niederkämpfung der Hungersnot beizustehen, regten sich auch in Mitteldeutschland Tausende von fleißigen Händen der Arbeiterfrauen, und Posten Kleidungsstücke und Wäsche wurden fertiggestellt. Ähnliches bereitet sich heute in verkürztem Maße wiederholen.

In Halle, Sangerhausen und Bitterfeld bestehen Nähstuben der IAH., die schon im Winter vorigen Jahres die Kinder der Erwerbslosen Wäsche und Kleidungsstücke fertigt haben. Zurzeit sind die Nähstuben wegen anderweitiger Betätigung in der Arbeiterbewegung und wegen der Schulferien geschlossen. Sie können aber jederzeit wieder in Betrieb gesetzt werden. Das wird auch sofort geschehen. Der Appell zur Beschaffung von Wäsche für die Frauen und Kinder der streikenden englischen Bergarbeiter wird bei den werktätigen Frauen Deutschlands auf fruchtbaren Boden fallen.

Arbeiterfrauen! Auf zur Tat! Prüft Eure Wäschebestände, stellt alles Entbehrliche zur Verfügung! Sammelt bei den Geschäftsleuten und bei allen, die noch menschliches Empfinden für die Not ihrer Mitmenschen haben!

Schafft Nähstuben! Verlangt Räume von den Behörden. Notfalls wird auch ein Arbeiter einen Raum zur Verfügung stellen. Ist das alles nicht möglich, so fordern wir Euch auf, die gesammelten Wäschestücke und Stoffe in gereinigtem Zustande an die Genossin Else Böhme, Halle, Dieskauer Straße 15, zu senden, für Mansfeld (See- und Gebirgskreis) an Frau Sasse, Sangerhausen, Taubenberg 1.

Alle proletarischen Organisationen der Frauen müssen zur Hilfsaktion sofort in Mitgliederversammlungen Stellung nehmen.

Landesausschuß der IAH.

Der kommunistische Wahlsieg im Saargebiet

80 Prozent Zunahme der kommunistischen Stimmen

Eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse bei den Gemeinderatswahlen in dem Saargebiet ergibt folgendes Gesamtbild:

Stadt Saarbrücken: Kommunistische Partei 8 (früher 4), SPD. 13 (12), Deutschnationale 6 (3), Deutsch-Saarländische Volkspartei 8 (14), Deutsche Wirtschaftspartei 6 (5), Demokraten 2 (2), Zentrum 17 (19).

Neunkirchen: Kommunisten 10 (4), Zentrum 13, SPD. 10, Deutsche Wirtschaftspartei, Deutsch-Saarländische Volkspartei und Demokraten je 3.

Kreis Saarbrücken-Land: Kommunisten 8 (5), SPD. 9 (9), Zentrum 15 (17), Deutsch-Saarländische Volkspartei 5 (8), Wirtschaftspartei 1 (0).

Kreis Ottweiler: Kommunisten 5 (3), SPD. 7 (8), Zentrum 16 (16), Demokraten 1 (3), Wirtschaftspartei und Saarländische Volkspartei je 2 (2).

Kreis Saarlouis: Kommunisten 5 (3), SPD. 4 (7), Zentrum 16 (20), Saarländische Volkspartei 5 (1), Wirtschaftspartei 2 (2), Sonderliste 1 (0).

Kreis Sankt Wendel: Kommunisten 1 (0), SPD. 3 (4), Arbeiterliste (Freie Gewerkschaften) 5 (0), Zentrum 11 (14).

Bezirk St. Ingbert: Kommunisten 2 (0), SPD. 5 (4), Zentrum 14 (18), Saarländische Volkspartei 3 (0), Wirtschaftspartei 1 (0).

Die SPD.-Presse, die bekanntlich die KPD. längst totgesagt hat, will dieses Ergebnis durch die Bezeichnung „Inflationswahlen" charakterisieren. Was bedeuten die „Inflationswahlen"? Nichts anderes, als daß die Arbeiter im Saargebiet, die durch die Inflation rücksichtslos ausgeplündert wurden, allein zur Kommunistischen Partei Vertrauen haben, allein von ihr den Kampf gegen den Inflationsraub erwarten. Hätte die SPD. die Reichstagsauflösung nicht durch ihre Passivität verhindert, so hätte sie Defizitwahlen erleben können, die ebenfalls das steigende Vertrauen der Massen zu den Kommunisten bewiesen hätten.

Riekisch, Chefredakteur des „Volksstaat"

Wie die **„Leipziger Volkszeitung"** vom 10. Juli meldet, wird der nächsten Tagen der zurzeit noch beim Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes angestellte Bildungsleiter Riekisch die Redaktion des neugegründeten Organs der 23 rechten Sozialdemokraten, des **„Volksstaat"**, übernehmen.

Wichtig an dieser Meldung ist, daß dieser Riekisch, der im rechten Verein mit Ebert junior und anderen für den Verlag „Frankenwarte", d. h. für den Unternehmerlöldling Erdmann geschrieben hat, heute noch eine wichtige Position in den freien Gewerkschaften bekleidet. Als Bildungsleiter eines großen Verbandes hat er in der Hand, die Textilarbeiterschaft mit geldem, burgfriedlich und chauvinistischem Geist zu versuchen. Riekisch ist des weiteren Wortführer der sozial-faschistischen Hofzeismarer Richtung in der SPD. Wenn dieser Mann jetzt als berufen angesehen wird, das Tagesorgan der „Alten Sozialdemokraten" zu redigieren, so ist das ein bezeichnendes Schlaglicht auf die reformistische Einstellung der Gewerkschaftsbürokratie. Riekisch ist nur einer von vielen, die noch heute die Interessen der deutschen Arbeiterschaft vertreten können, und sein Geist ist nur ein Teil des Geistes, den Streikbruch gegen die englischen Arbeiter organisiert.

Beschlagnahmt wurde die gestrige Nummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" von der Polizei wegen angeblicher Beleidigung des Reichspräsidenten.

Das bayrische Fememörder-Paradies

„Du Schandweib hast verraten Dein Vaterland . . ." — Schweikhardt, der doppelte Mörder — Glaser und Frick, als seine Helfer und Paßfälscher

Es kommt jetzt immer mehr Licht in die Zusammenhänge der bayrischen Fememorde. Die Rolle der bayrischen Polizei und Regierung als Beschützerinnen der Fememörder tritt offen vor die Augen der Oeffentlichkeit. Als sich die Mörder am Dienstmädchen Sandmeyer, am Kellner Hartung und dem USP.-Abgeordneten Gareis ereigneten, war in Bayern Ministerpräsident der Herr von Kahr, und in München Polizeipräsident Poehner. Alle Angriffe, die von der kommunistischen Presse (soweit sie nicht überwiegend verboten war), vom USP.-Abgeordneten Gareis und später auch von der SPD.-Presse erhoben wurden, die Helferschaft der Polizei für die faschistischen Mörder feststellend, wurden von der bayrischen Regierung mit einem Schweigen beantwortet, das deren Einverständnis mit der Tätigkeit der Münchener Polizei bekundete.

Die Ermordung des Dienstmädchens

Das Dienstmädchen Marie Sandmeyer war 1920 auf einem Schloß Polsen bedienstet gewesen und hatte dort ein Waffenlager entdeckt. Als sie in München die Plakate sah, die zur Waffenablieferung aufforderten, wollte sie ihr Wissen über jenes Waffenlager dem zuständigen Entwaffnungskommissar übermitteln. Da sie seine Adresse nicht wußte, wandte sie sich an die Druckerei, in der sie einen Angestellten traf, der Mitglied der Bayrischen Einwohnerwehr (Organisation Escherich, genannt „Orgesch") war. Dieser führte sie zu einem Kaufmann Zeller, der ihren Namen notierte. Am 5. Oktober kam ein Mann zur Marie Sandmeyer, die inzwischen in München in der Tengstraße als Dienstmädchen eingetreten war, und wünschte sie zu sprechen. Es war 9 Uhr abends. Er erklärte, er sei ein Entwaffnungskommissar und sie müsse gleich mit ihm mitkommen.

Am nächsten Tage, am Morgen des 6. Oktober, fand man die Marie Sandmeyer an einer Fichte im Forstenrieder Park hängend. Die Spuren ergaben sehr eindeutig, daß sie schon als Leiche dort aufgeknüpft worden war. Ein Automobil hatte die Leiche dorthin befördert. Marie Sandmeyer war in diesem Auto mit einem Strick erdrosselt worden. Man fand bei der Leiche folgenden Zettel:

„Du Schandweib hast verraten Dein Vaterland,
Dich hat gerichtet die Schwarze Hand!"

Einige Tage nach der Auffindung der Leiche wurde das Auto als der Einwohnerwehr gehörig festgestellt. Der Oberleutnant Braun, der Leiter der Waffenabteilung der Orgesch, hatte am Abend des 5. Oktober das Auto für besondere Zwecke sich geholt, und es am nächsten Tage in stark beschädigtem Zustand zurückgebracht. Auf dem Boden des Autos, das die Münchener Polizei nie beschlagnahmt hat, fand sich ein Fleck, der — nach der Aussage des Chauffeurs, der an jener nächtlichen Fahrt nicht teilnahm — nach Urin roch. Aus der Kleidung der Sandmeyer konnte ärztlich festgestellt werden, daß sie im Todeskampf Urin gelassen hat.

Der Mann, der die Sandmeyer zur nächtlichen Fahrt abholte und sich als Entwaffnungskommissar ausgab, war Schweikhardt.

Der Mord an Gareis

Schweikhardt erhielt kurz nach der Fahrt, am 9. Oktober 1920, auf Veranlassung des Polizeikommissars Glaser einen Rußlandspaß ausgestellt ohne die sonst bei der Paßabteilung notwendigen Unterlagen. Mit diesem floh er zuerst nach Münster und später nach Oesterreich.

Als der USP.-Abgeordnete Gareis, „geschützt" durch seine Immunität, von der Landtagstribüne in München die Enthüllung der näheren Umstände der Ermordung des Dienstmädchen Sandmeyer begann und noch auf andere geplante faschistische Fememorde (Fall Dobner-Prasher) mit genauen Kenntnissen hinweisen konnte, drohte auch den Herren Frick und Glaser die Enthüllung, daß sie all diese Morde durch Verführung und direkte Unterstützung der Mörder gefördert hätten. So wurde der Genosse Gareis am 9. Juni 1921 in München ermordet.

Es steht einwandfrei fest, daß Schweikhardt ab 8. Juni in München war und München erst wieder am 11. Juni verlassen hat. Bis zum 6. Juni war er in Graz unter dem Namen Paul Kellner in einem Hotel angemeldet. Ab 11. Juni abends ist er wieder als Paul Kellner in Salzburg im Fremdenbuch eingetragen.

Am 12. Oktober 1921 wurde Schweikhardt wegen Verdachts der Ermordung der Sandmeyer verhaftet. Er trug bei sich einen falschen Paß auf den Namen Janos Schmidt, den das Generalkonsulat von Horthy-Ungarn (!) in München am 19. April 1921 ausgestellt hatte. Dieser Paß enthielt einen gefälschten österreichischen Grenzstempel von Kufstein vom 8. Juni, während das echte österreichische Einreisevisum vom österreichischen Generalkonsulat in München ebenfalls das Datum des 8. Juni trug: also des Tages, an dem Schweikhardt zum Morde in München anwesend war. Der gefälschte Grenzstempel sollte vortäuschen, er schon einen Tag vor dem Gareismord die Grenze nach Oesterreich überschritten habe.

Der falsche ungarische Paß wurde Schweikhardt von der Münchener Polizeidirektion zur Flucht geliefert. Ausstellung des Passes, ohne Beibringung von Papieren und unmittelbare Anweisung des ungarischen Generalkonsuls Rezi konnte nur durch unmittelbare Empfehlung der Münchener Polizei geschehen. Die gleiche hohe Münchener Polizeistelle war bei der Beschaffung des österreichischen Visums behilflich. Die hohe Stelle konnte naturgemäß nur Dr. Frick, der Leiter der politischen Polizei (jetziger nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter), oder der seinerzeitige und auch noch jetzige Leiter des Dezernats für Landesverrat, Polizeioberkommissar Glaser, gewesen sein.

Der saubere Herr Glaser erfüllte sein Amt also ganz klar in der Weise, daß er die „Landesverräter" ans Messer der faschistischen Feme lieferte.

Ein weiteres Beweismittel gegen Schweikhardt ist ein anonymer Brief, der an die Polizei gerichtet war, und mit Janus unterzeichnet war. Dieser „Janus" gab sich selbst als Mörder des Gareis an. Die Handschrift des „Janus" ist identisch mit der Handschrift, mit der Janos Schmidt seinen falschen Paß unterschrieb.

*

Die bayrische Regierung läßt durch ihre amtliche Pressestelle mitteilen, daß die Verdachtsmomente gegen Schweikhardt nur „gering" seien. Und dies: angesichts jener Tatsachen, die wir vorstehend nur in ihren Umrissen, die noch bis ins einzelne zu ergänzen ist, gezeigt haben.

Kein Mensch, der nicht auf den Kopf gefallen ist, wird glauben, daß die bayrische Regierung und ihre Polizei die Aufhellung der bayrischen Fememorde irgendwie unterstützen wird. Sie ist dazu gar nicht in der Lage. Sie würde durch das Leuchten in den bayrischen Fememord-Sumpf in einen furchtbaren Mordsumpf der bayrischen Polizei leuchten müssen. Die bayrische Regierungspresse hat also alle Veranlassung, Zeter und Mordio gegen die Untersuchung der bayrischen Fememorde zu schreien.

Der Ausgang der Revisionsverhandlung im Fememordprozeß Pannier vor dem Reichsgericht in Leipzig, wo die Oberlandesmörder frei ausgingen, zeigt, eindeutig, daß die bürgerliche Klassenjustiz in Deutschland nicht die faschistischen Fememorde sühnen wird. Sühnen wird sie nur die revolutionäre Macht und Kraft der Arbeiterklasse, die rücksichtslos gegen die faschistischen Fememörder und ihre Drahtzieher und all ihre Helfer eingesetzt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0002

Die Abrüstungskomödie

Um die breiten Massen über den wahren Charakter der gegen imperialistisch-nationalistischen, als auf neue Kriege einstellten Welt zu täuschen, werden auf Veranlassung der herrschenden Klasse von Zeit zu Zeit sogenannte internationale Abrüstungskonferenzen einberufen. In dieser Richtung betätigt sich besonders der fromme „Demokrat" Coolidge, der fast jeden Monat der Welt bekannt gibt, daß er eine „Abrüstungskonferenz" einberufen gedenkt. Aber merkwürdigerweise hört man jedesmal das Bekanntgehen eines solchen frommen Wunsches, daß in den einigten Staaten eine neues Mordmittel erfunden ist oder die Regierung bei der Volksvertretung neue Millionen Dollar zum weiteren Bau von Luft- und Kriegsschiffen beantragt. In Europa steht die Sache auch nicht besser. Europa, wo Hindenburgs, Mussolinis, Primo de Riveras, Pilsudskis, Horthys und Chamberlains herrschen, dieses Europa ist ebenfalls auf Gedanken gekommen, auch mal Abrüstungskonferenz zu spielen. Es gibt es im Osten den bösen Jungen — Sowjet-Rußland, der das Spiel verderben könnte. Aber da man den demokratischen Schein wahren wollte, so lud man den Spielverderber ebenfalls zur Abrüstungskonferenz ein, und zwar nach Genf, wohin, wie man vorherbestimmt wußte, Sowjet-Rußland seine Delegierten im Zusammenhang mit der Ermordung Worowskis nicht entsenden würde. In einer bekannten Note an das Generalsekretariat des Völkerbundes erklärte Tschitscherin, daß die beabsichtigte Abrüstungskonferenz nur ein Ablenkungsmanöver, ein Ausdruck der Heuchelei der Regierungen der westeuropäischen Länder sei. Inzwischen hat die Abrüstungskonferenz in Genf stattgefunden und die Richtigkeit der Behauptungen Tschitscherins bestätigt.

Aber die Konferenz selbst wurde in der Presse zur Genüge behandelt, deshalb wollen wir uns nur damit begnügen, daran zu erinnern, daß am Schluß der Konferenz der militärische Ausschuß den Beschluß gefaßt hat, dem Kriegsmaterial beim Vergleich der Rüstungen eine nur gänzlich **untergeordnete Rolle** zuzuweisen. Mit anderen Worten: Die **modernen Rüstungen**, die neuesten Mordmittel, sowie auf dem Gebiete des **chemischen**, Gas- und Luftkrieges **werden nicht zur Abrüstung.** Nach Meinung der Mehrheit der „Bevollmächtigten" der westeuropäischen Mächte, die den Abrüstungsrummel in Genf inszeniert haben, besteht die Hauptaufgabe der Abrüstung in der Verminderung des stehenden Heeres. Auch dieser Beschluß kann nicht ernst genommen werden, denn wenn es wirklich zur Abrüstung des stehenden Heeres kommen sollte, dann wird natürlich Polen erklären, daß dies nicht geht, weil es sonst von den bösen Bolschewiken überfallen wird, und nicht wird. Frankreich wird die Unmöglichkeit der Abrüstung damit begründen, daß es von Deutschland bedroht sei, Mussolini wird das gleiche Horn blasen und aus der Sache wird nichts. Und die Leutchen dies alles genau wissen, so haben sie sich auch „geeinigt", vorläufig bis zum Oktober. Man muß sich eben eine Sache zu Hause in aller Ruhe gründlich überlegen, damit mit Hilfe eines juristischen Kniffs das endgültige Ergebnis der Abrüstung gleich . . . Null sein wird.

Übrigens ist folgende Tatsache besonders bemerkenswert. Die meisten militärischen Sachverständigen sind sich darüber einig, daß der zukünftige europäische Krieg keineswegs von einem Volksheer, wie es im letzten Weltkrieg der Fall war, geführt werde. Die Entwicklung wird von relativ kleinen militärischen Formationen, ausgerüstet mit dem modernsten Kriegsmaterial, geführt werden. Für die wirkliche Vermeidung des Krieges ist somit die Frage der Heeresstärke ziemlich belanglos. Und eben, weil die Abrüstungskomödie gespielt, wie Tschitscherin richtig bemerkte, nur eine Heuchelei war, weil die Herren Sachverständigen dem Kriegsmaterial eine untergeordnete Rolle beigemessen, während in diesem der Schwerpunkt des ganzen Problems liegt. Aber die Richtigkeit der russischen Auffassung, die sich mit der der werktätigen Bevölkerung Europas deckt, wird auch durch die weiteren Rüstungen bestätigt, die während oder unmittelbar nach dem Genfer Rummel stattgefunden haben.

Es hat z. B. **Rumänien** zu derselben Zeit, wo die Herren in Genf in opferwoller Weise sich zur Wahrung des europäischen Friedens einigten, in Italien für die Kleinigkeit von 175 Millionen Lire den Auftrag zum Bau von Unterseeboten gegeben, doch das genügt nicht für Rumänien und das offizielle Organ der liberalen Partei „Viitorul" schreibt betreffs dieser Bestellung folgendes:

„Rumänien muß die Unterstützung der Entente am Schwarzen Meer im Falle eines **Krieges gegen die Sowjetunion** erreichen. Außerdem müsse Rumänien, um eine Flotte am Schwarzen Meer ins zu können, Reparaturwerkstätten bauen und ein gelerntes Hilfspersonal heranbilden."

Es wird also in Rumänien „abgerüstet". Aber auch die Hochburg der europäischen Zivilisation und der Demokratie — England — betätigt sich für den „Frieden". Wie das praktisch gemacht wird, darüber konnte man in „Berliner Tageblatt" in diesen Tagen, kurz nach der „Vertagung" der Genfer Abrüstungskomödie, folgendes lesen:

„An den in Hendon veranstalteten Flugvorführungen der Royal Air Force nahmen nicht weniger als 180 der verschiedensten Flugzeugtypen, vom kleinsten Eindecker bis zum Riesenbombenflugzeug, das mit mehreren Maschinengewehren und einem Torpedo von 1000 kg ausgerüstet war. Die Vorführungen, denen etwa 100 000 Zuschauer beiwohnten, begannen mit einem Luftrennen zwischen den Bombenflugzeugstaffeln. Außerdem fanden Vorführungen der kleinen Flugzeugtypen statt. Das **größte Aufsehen** erregte ein sogenanntes **Pterodactylus-Flugzeug**, das von einem nur 18 Pferdestärken starken Motor angetrieben wurde, dann der bekannteste Autogiro mit seinen Windmühlenflügeln, der sich fast senkrecht in die Luft und bereits sechs Fuß nach seiner Landung zum Stehen gebracht wurde. Großes Aufsehen erregte auch ein kleines Kampfflugzeug, das mit einem Motor von 700 Pferdestärken ausgerüstet war und mit außerordentlicher Geschwindigkeit stieg. Die Vorführung fand ihren Abschluß mit **einem Angriff mehrerer Bombenflugzeuge** auf ein markiertes feindliches Fliegerlager, das in kurzer Zeit zerstört wurde."

Und das alles geschieht im Zeichen der Abrüstung! Wenn aber die revolutionäre Arbeiterschaft dem heutigen kapitalistischen System, das die eigentliche Ursache der Rüstungen ist, den Todesstoß versetzen will, dann wettern all die Verfechter der heutigen Demokratie, die Herren Vandervelde, Paul Boncour, Breitscheid, Macdonald usw. gegen die „Prediger der Gewalt". Wir fragen aber: Wer sind die wahren Prediger der Gewalt, diejenigen, die unter dem Deckmantel der Demokratie den Militarismus stützen, oder diejenigen, die zum Kampfe gegen den Kapitalismus und seine Begleiterscheinungen, den Imperialismus und Militarismus aufrufen? Man muß nur einen gesunden Menschenverstand haben, um die richtige Antwort zu finden.

Die Proteste müssen auch diesmal

die Henkershand von Rakosi abwenden!

Von B. Smeral

In den ersten Tagen des November vorigen Jahres wurde in Budapest, der Hauptstadt der weißgardistischen Horthy-Regierung, Genosse Rakosi verhaftet. Wir waren eben in Prag auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei versammelt, als das Telegramm über seine Verhaftung eintraf. Ich verlas das Telegramm über seine Verhaftung eintraf. Ich verlas das Telegramm und übermittele dem Kongreß die soeben eingetroffene Nachricht. Eine Minute der ernstesten Stille. Wir leben in unmittelbarer Nachbarschaft von Ungarn und sehen die Brutalität des Horthy-Regimes aus nächster Nähe. Jeder auf dem Parteitag versammelnde Arbeiter wußte, was dem Genossen Rakosi drohte. Das Telegramm stand, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll, welches nur die Todesstrafe aussprechen kann.

Seitdem habe ich eine so elementare Empörung erlebt, als nach der Minute ernsten Schweigens des Kongresses dem Protest gegen die beabsichtigte Ermordung des Genossen Rakosi zugestimmt wurde. Am zweiten Tage die Tatsache der Verhaftung und der unmittelbaren Gefahr des Erhängtwerdens durch die Zeitungen der breiteren Oeffentlichkeit bekannt wurde, ergriff die Erregung breitere Schichten der Arbeiter. In allen größeren Städten fanden Protestversammlungen statt. Es protestierten die Betriebe.

Es protestierten die mit uns sympathisierenden Intellektuellen, Universitätsprofessoren und Künstler. Die angenommenen Protestresolutionen wurden an die ungarische Gesandtschaft gesandt, deren Gebäude vor den Demonstrationen der Prager Arbeiter durch einen Polizeikordon abgesperrt war.

Innerhalb zweier Tagen protestierten alle klassenbewußten Arbeiter, und nicht nur die kommunistischen Proletarier und fortschrittlichen Intellektuellen in ganz Europa. Auch nach Amerika übertrug sich diese Protestbewegung.

Diese elementare Protestbewegung hat die schon ausgestreckte Hand des Mörders aufgehalten. Der Prozeß begann. Rakosi hat sich vor dem Kriegsgericht wie ein Held benommen. Der Protestruf des internationalen Proletariats drang in den Gerichtssaal. Die Richter haben es nicht gewagt, das Urteil auszusprechen. Ganz bestimmt hat auf sie auch das Bewußtsein dessen gewirkt, welche Stimmungen die Verkündung und Vollstreckung des Todesurteils in der großen Sowjetunion hervorrufen werde. Die Verhandlung wurde vertagt. Der Henker, der nach Budapest herufen war und der im Hofe bereits ein Schafott vorbereitete, kam vorläufig nicht zu seiner Arbeit.

Der jetzt begonnene Prozeß gegen Rakosi und Genossen findet nicht vor dem Kriegsgericht, sondern vor dem bürgerlichen Gericht statt, aber diesmal auf einer viel breiteren politischen Grundlage. Die ganze Arbeiterbewegung Ungarns, die sich durch den Verrat der sozialdemokratischen Führer nicht in die Dienste des Horthy-Regimes einspannen ließ, soll mit Rakosi gerichtet und verurteilt werden. Der zweite Rakosi-Prozeß soll ein Prozeß gegen die Kommunistische Partei, aber zugleich auch gegen die unabhängige von Vagi gegründete Sozialistische Arbeiterpartei, geführt werden. Ein neues Verbrechen wird vorbereitet. Neue Proteste sind notwendig. In Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Deutschland, in der Sowjetunion, auf der ganzen Welt!

Gefahr ist im Verzuge! Die Sektionen der Kommunistischen Internationale werden auch jetzt ihre Pflicht erfüllen!

Das französisch-englische Schuldenabkommen und die neue Finanzpolitik in Paris

Es ist Caillaux gelungen, mit Churchill, dem englischen Schatzminister, das Abkommen zur Regelung der französischen Kriegsschulden an England abzuschließen. Caillaux soll in dem Abkommen, dessen Text noch nicht veröffentlicht ist, einen Erfolg dahingehend erreicht haben, daß Frankreich im ersten Jahre statt acht Millionen Pfund nur vier Millionen Pfund bezahlen soll und in den weiteren vier Jahren statt je zehn Millionen Pfund eine kleinere Summe. Der Grund für dieses englische „Entgegenkommen" liegt nor allem darin, daß der englische Schatzminister, angesichts der Wirtschaftskrise in England, die durch den Kohlenstreik und seine finanziellen Auswirkungen ungeheuer gesteigert wird, dringlich die französischen Zahlungen hereinbekommen will, auch wenn sie aus diesen Dringlichkeitsgründen nicht so hoch sind. Durch die Verschleppung wurde eventuell der Beginn der Zahlungen überhaupt hinausgeschoben.

Trotz dieses Abkommens ist gestern der Frank andauernd weiter gesunken. Das englische Pfund kletterte nachbörslich am Montagabend auf 197 Franken, und erreichte in den späten Abendstunden den Rekordkurs von 202 Franken. Die bürgerlichen Blätter berichten von einer Finanzpanik in den Kreisen des französischen Publikums.

Dieser gewaltige Frankensturz angesichts der „Erfolge" Caillaux' zeigt die ungeheuren Schwierigkeiten, die desselben Versuchen, die Sanierung auf Kosten des französischen werktätigen Volkes durchzuführen, entgegenstehen.

Neuaufleben der Kämpfe in China

Vormarsch der Kantontruppen

(WTB.) **Schanghai**, 13. Juli.

Die Kämpfe, die in der Nachbarschaft des Nankaupasses und in Nordschansi zwischen den Alliierten Streitkräften und den Kuomintschun-Truppen stattfinden, werden fortgesetzt, ohne daß bisher eine Entscheidung herbeigeführt werden konnte. In Schanghai verspätet eingetroffene Berichte besagen weiter, daß im Westen der Provinz Schensi, wo Wupeifu und die Kuomintschun-Truppen um den Besitz der bisher von den Kuomintschun-Truppen erfolgreich verteidigten Hauptstadt Hsianfu kämpfen, der Bürgerkrieg wütet. Weitere Kämpfe werden aus Hunan gemeldet, wo gut ausgerüstete rote Truppen aus Kanton mit russischen Ratgebern dem General Tangsengtschi starke Hilfe geleistet haben. Dieser hat den Armeeführer Wupeifus, General Pehkaitschin, aus der Provinzhauptstadt Tschangscha vertrieben. Es werden Maßnahmen getroffen, um ein Vorrücken der roten Truppen nach Hankau zu verhindern.

Demonstrationen gegen die spanische Militärdiktatur

(Eig. Meld.) **Paris**, 13. Juli.

Große Demonstrationen richteten sich in Paris gegen die Ankunft des blutigen Diktators Primo de Rivera. Während dieser von den Massen mit Pfuirufen begrüßt und ausgepfiffen wurde, überfiel das stark aufmarschierte Polizeiaufgebot die Demonstranten und mißhandelten sie. Während eines Zusammenstoßes der Demonstranten mit der Polizei wurden 18 Verhaftungen vorgenommen und zwei Polizisten schwer verletzt. Ein Inhaftierter befreite sich vor dem Polizeikommissariat durch einen Messerstich gegen den ihn begleitenden Polizeibeamten und entkam. Diese Massenbewegung gegen den Mörder der spanischen und marokkanischen Freiheitskämpfer ist das Resultat der Massenerbitterung gegen den Kolonialkrieg, der von Anbeginn unter Führung der Kommunisten bekämpft wird.

Aus der Partei

Beschlüsse des Zentralkomitees

Zum Beitehen von Fraktionen und Gruppierungen in der KPD.

1. Die Diskussion, die anläßlich des Offenen Briefes der Erweiterten Exekutive an die KPD. ausgelöst wurde, ist mit Stattfinden der Parteitage in allen Bezirken der KPD. als erledigt zu betrachten. Die Partei hat die Aufgabe, sich in geschlossener Front ihren großen revolutionären Aufgaben zu widmen. Aus diesem Grunde bringt das Zentralkomitee der gesamten Parteimitgliedschaft die grundsätzlichen Beschlüsse der Kommunistischen Internationale in Erinnerung, wonach die Bildung von Gruppierungen und Fraktionen unvereinbar mit den Grundsätzen des Aufbaues einer Kommunistischen Partei ist.

2. Das Zentralkomitee richtet insbesondere an die Angehörigen der bisherigen oppositionellen Gruppierungen die Aufforderung, jegliche fraktionelle Handlungsweise zu unterlassen, die geeignet ist, die einheitliche politische und organisatorische Linie der Partei zu stören. Es ist selbstverständlich, daß die Diskussionsfreiheit nach wie vor gewährleistet ist.

3. Das Zentralkomitee ermahnt insbesondere jene Genossen, die in der verflossenen Parteidiskussion sich zur Gruppe Korsch oder zur „entschiedenen Linken" zählten, jede Verbindung mit den außerhalb der Partei stehenden Feinden der kommunistischen Sache Korsch-Schwarz-Schlagewerth zu unterlassen, da eine weitere fraktionelle Verbindung mit diesen Elementen unweigerlich mit Ausschluß aus der Kommunistischen Partei Deutschlands beantwortet werden wird.

Zur Angelegenheit Ruth Fischer

1. Das Zentralkomitee erklärt sein völliges Einverstanden mit den diesbezüglichen Beschlüssen des Präsidiums des EKKI.

2. In Konsequenz dieser Beschlüsse wird der Genossin Ruth Fischer bis zum Parteitag die Ausübung der Rechte eines Mitgliedes des Zentralkomitees der KPD. untersagt und die Fähigkeit zur Ausübung von Funktionen aberkannt.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Wer soll der Auserwählte sein? Die russischen Monarchisten und Konterrevolutionäre haben wirklich gewaltige Sorgen. Nicht nur, daß sie durch das „undankbare" russische Volk ihres Ausbeuterdaseins verlustig gegangen sind und ihr „Vaterland" verlassen mußten, kommen noch hinzu die Sorgen, wen sie nun zum Ersatz für „Väterchen Zar" als ihren Führer ansehen sollen. Gab es bislang schon zwei Anwärter auf den wieder aufzurichtenden Zarenthron, nämlich den Großfürsten Kyrill Wladimirowitsch und den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch (den durch seine körperliche Länge bekannten), so ist diesen beiden jetzt in Reunork in der Person eines gewissen Spiridowitsch ein Konkurrent erstanden. Dieser Spiridowitsch hat eine Proklamation „an alle Slawen" erlassen, in der er sich ziemlich unverblümt als der zukünftige „Herrscher aller Reußen" empfiehlt und in scharfem Ton von den beiden „Abenteurern in Europa" abrückt. Vorläufig allerdings scheinen seine Bestrebungen auf wenig Entgegenkommen in russischen Kreisen zu stoßen. Ab man die Nase voll hat? — Es hat sich nämlich ein anderes Projekt ebenfalls zerschlagen. Hat man da in den russischen Kreisen vor einigen Monaten geglaubt, in der Person einer Frau Tschaikowsky die Großfürstin Anastasia eine Tochter des letzten Zaren entdeckt zu haben und ist nun auch dieses Los wieder eine elende Niete gewesen. Erstens haben Augenzeugen beobachtet, daß die „Zarentochter" nicht nach griechisch-orthodoxer, sondern nach römisch-katholischer Art ihre alltäglichen Gebetübungen verrichtet, und zweitens hat sie sich geweigert, dem ehemaligen Hofzahnarzt ihre Zähne zwecks Untersuchung vorzuzeigen. Das genügte, um an ihrer Echtheit zu zweifeln. — Wie muß das russische Volk glücklich sein, diesen „übertragenden" Menschen nicht nur die Zähne gezeigt, sondern auch zugebissen zu haben.

Auf das polnische Munitionslager Witkowice bei Krakau kam es zu einem Attentatsversuch, wobei die Wachtposten bei ihrem Herannahen beschossen wurden. Während dieser Schießerei wurde ein Attentäter erschossen, ein zweiter schwer verletzt und ein dritter unverwundet verhaftet. Entgegen den Fälschmeldungen, daß es sich um einen kommunistischen Anschlag handelt, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Behörden jegliche Auskunft darüber ablehnt, um welche Attentäter es sich handelte. Wie verlautet, haben Agenten einer europäischen Großmacht ihre Hand dabei im Spiele.

Neuer Streik im Antwerpener Hafen. Im Antwerpener Hafen sind neue Schwierigkeiten entstanden. Die Dockarbeiter, die die Nachtschicht versehen, sind gestern in den Streik getreten. Sie verlangen dieselbe Lohnerhöhung wie die Tagarbeiter. Das Hafenschiedsgericht hat sich mit einer Festsetzung des Grundlohnsatzes auf 40 Franken einverstanden erklärt. Der Dampferdienst Antwerpen—Harwich wird heute wieder aufgenommen werden. (?) Der Streik der Metallarbeiter in den Schiffsreparaturwerkstätten in Antwerpen dauert an.

Faschistischer Terror in Italien. Die Polizei hielt im Bureau der Kommunistischen Partei eine Haussuchung ab, beschlagnahmte zahlreiche Dokumente, Listen der Parteimitglieder, Propagandaschriften und verhaftete mehrere Genossen.

Der estnische Gesandte verweigert weiter die Rückkehr. Der estnische Gesandte in Moskau, Birk, erhält weiter seine Weigerung aufrecht, nach Reval zurückzukehren, um sich wegen der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu verantworten. Es wurde behauptet, daß er ein Liebesverhältnis mit einer angeblich der russischen Geheimpolizei nahestehenden jungen Dame gehabt habe. Demgegenüber erklärt Birk in der „Iswestija", daß er tteimilig seine Demission eingereicht habe und beabsichtigte, aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Südtrankreich anzutreten. Zufällig habe er jedoch erfahren, daß der estnische Generalstab ein Attentat auf ihn plane. Er habe deshalb seine Ausreise aus dem Gebiet der Sowjet-Union verschoben. Zum Schluß erklärte Birk, daß er nach wie vor daran arbeiten werde, freundschaftliche Beziehungen zwischen Estland und Rußland herzustellen.

Die Unruhen in Persien sind allem Anschein nach endgültig unterdrückt worden. Von schätzungsweise 500 Aufständischen wurden 200 hingerichtet, die übrigen sind über die türkische Grenze entkommen.

Neues vom Tage

Schwere Bluttat in Hamburg

In der vergangenen Nacht fanden Polizeibeamte im Hamburger Stadtpark den 21 Jahre alten Joachim Detlessen mit einer schweren Brustverletzung sterbend auf. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Reserveobermeister Heinze, mit dessen Tochter Detlessen ein Verhältnis unterhalten hatte, wurde unter dem Verdacht, den jungen Mann erschossen zu haben, festgenommen.

Geldschrankknacker Schulz ausgebrochen

In der vergangenen Nacht ist es dem berüchtigten Einbrecher Bruno Schulz, der an dem seinerzeit im Tempelhofer Bezirksamt verübten Geldschrankeinbruch beteiligt war, gelungen, aus dem Tegeler Strafgefängnis auszubrechen. Sein Zellengenosse konnte noch rechtzeitig gefaßt werden. Schulz, der wegen des Tempelhofer Einbruchs fünf Jahre Zuchthaus erhalten hatte, hatte noch eine dreijährige Reststrafe abzusitzen, da er kurz vor dem genannten Einbruch aus dem Brandenburger Gefängnis ebenfalls ausgebrochen war.

Der Simplon-Expreß entgleist

Am Montagnachmittag entgleiste auf der Strecke Simplon—Mailand der Simplon-Expreß. Tote oder Verwundete sind nicht zu beklagen. Der Zug fuhr mit 70 Kilometer Geschwindigkeit, als die Lokomotive plötzlich aus dem Gleis kam und etwa 400 Meter auf dem Bahndamm entlang rutschte. Die Reisenden sind mit dem Schrecken davongekommen. Wenige Stunden später konnte der Verkehr auf der Linie schon wieder aufgenommen werden.

Arbeitermörder als Kinderschänder

In Meiningen hat der Feldwebel Günther von der Meininger Reichswehr sich mehrfach an Schulkindern im Alter von 10 bis 11 Jahren, die an der Reichswehrkaserne um Brot bettelten, schwer vergangen und das eine Kind geschlechtskrank gemacht. Günther wurde verhaftet. Dieser selbe Günther ist einer der Hauptbeteiligten an der Erschießung dreier Meininger Arbeiter durch die Reichswehr 1923. — Arbeitermörder und Kinderschänder: das sind die „Stützen der Ruhe und Ordnung".

Die aufbauende Sowjet-Union

Mit großem Interesse sind die Berichte aufgenommen worden, welche die verschiedensten Delegationen in den letzten Jahren über das gaben, was sie in Sowjet-Rußland gesehen und festgestellt haben. Ueberall berichteten sie von der ungeheuren Aufbauarbeit, die dort auf allen Gebieten unter Führung der Kommunisten geleistet wird.

Eine wertvolle Ergänzung dieser Delegationsberichte bietet die soeben im Verlag der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten erschienene Broschüre: „Die Bedeutung der aufbauenden Sowjetunion für die deutsche Arbeiterklasse" von Klara Zetkin (86 Seiten, Preis 60 Pf.). Unterstützt von reichlichem Zahlenmaterial gibt Klara Zetkin hier ein anschauliches Bild von der gewaltigen bisher geleisteten Arbeit, von dem zähen, opfervollen Ringen mit belastenden alten Rückständigkeiten und schweren neuen Hemmungen, manches entbehrend, doch zukunftsfroh Errungenschaften an Errungenschaften reihend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0003

Es kommt SARRASANI

Die schönste Schau zweier Welten
Siegreich heimgekehrt von Amerika
Freudig begrüßt von Europa
Persönlich geleitet von Hans Stosch-Sarrasani
Jubiläumsfahrt durch Deutschland

Sarrasani bedeutet
etwas anderes als alle landläufigen Zirkusse. Er repräsentiert eine „Schau der Welten", ein Aufgebot interessanter Tiere und Künstler aus 5 Erdteilen. 500 Menschen und 300 Tiere wirken mit in phantastischen Schauspielen von hochkünstlerischem Stile

Sarrasani bietet auf
die einzigen echten Sioux-Indianer, die sich in Europa aufhalten, Mexikaner, Mulatten, Creolen, Brasilianer, argentinische Gauchos, chinesische Gaukler, japanische Hofkünstler, Riffabylen, mannigfaltige Afrikaner und Neger, die besten Repräsentanten aller Kulturnationen, die schönsten Tänzerinnen aller bereisten Länder, 100 Musiker usw.

Sarrasani errichtet
das gewaltigste Rundzelt, das je in Europa konstruiert wurde, eine Zeltstadt von 60 Anlagen. Er reist mit 120 eigenen Autozügen. Das gewaltige Fassungsvermögen erlaubt die denkbar billigsten Eintrittspreise

50 Pf. bis 3 Mk.

Sarrasani zeigt
die wertvollste Schau dressierter Tiere, die berühmten 15 Sarrasani-Elefanten, den Riesenmarstall edel ster Rosse, Polarbären, Sudanlöwen, Bengaltiger, ägyptische Nilpferde, australische Känguruhs, Transvaalzebras, asiatische Kamele, Büffel, Kragenbären, Urwaldtaffen usw.

*2610

Sarrasani ist
ein unverlöschliches Erlebnis für Jedermann, zumal für die Jugend. Er entfaltet größere Pracht denn je. Er verzichtet auf jegliche Reklame. Denn jedes Kind in Europa und Amerika weiß heute, was Sarrasani bedeutet

Halle 23. Juli – 4. August

Täglich 7.30 Uhr. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag auch 3 Uhr
Einziges Gastspiel in dieser Gegend
Keine Gastspiele in Merseburg, Bitterfeld oder anderen Städten

Sehr feine **Tafel-Butter**
reine **Natur-Butter**

Marke Muschel Stück 95 Pfennig

Saftige, vollfette
Emmentaler
Schweizerkäse
Pfund **180** Pfennig

Was Du brauchst für die Reise oder im Hause — kaufe bei

F. H. Krause

Von meinem schweren Unfall wieder hergestellt,
übe wieder Praxis aus
W. Fellmann
Dentist 2611
Große Ulrichstraße 11
Telephon 3808

Badehauben .....von 0
Reiserollen .....von 2
Reisekissen .....von 2
Schöne Muster — Reiche Auswahl — Preise nie
Ferner: Reise-Irrigatoren u. Spülapparate — Behäl
Schwamm — Seife — Zahn-, Hand- u. Nagelbürsten
C. Klappenbach & Co
2612 **Gr. Ulrichstraße 41**

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Büroen u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Emsich, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbüroen Telephonruf 5237

Ammendorf. Funktionärversammlung Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im Bureau Bezirksvorstandssitzung.

Bitterfeld. Mittwoch, den 14. Juli, abends 6 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Gruppenabend.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauselretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft Postscheckkonto: Paul Tröchner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Untergau Halle-Saalkreis

Alle Kameraden beteiligen sich am Mitteldeutschen Roten Treffen in Wittenberg am Sonntag, dem 18. Juli. Fahrt per Auto, Preis einschließlich Versicherung und Teilnehmerabzeichen 2 Mk. Abfahrt Sonnabend abend 8 Uhr vom Rathplatz. Fahrtscheine bei den Bezirksführern. Erwerbslose Kameraden, die mittels Fahrrad nach Wittenberg fahren, treten Sonnabend nachmittag 4,3 Uhr am Rathplatz an. Versicherung und Teilnehmerkarte für Radfahrer 50 Pf. Einzahlung dieses Betrages Freitag abend von 8 bis 10 Uhr in der „Goldenen Kette".

Alle Veranstaltungen am 17. und 18. Juli werden von Seiten der Gauleitung auf alle Fälle untersagt. Alle Ortsgruppen haben zu mobilisieren zu dem Mitteldeutschen Gautreffen in Wittenberg.

Kameraden, besucht die Filme: „Reichstreffen in Berlin" und „Palast und Nächste Vorführung Freitag, den 16. Juli, in Heibra im Gasthof „Zur Sonnabend, den 17. Juli, in Eisleben im „Volkshaus".

Spielmannszug. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark" **Sämtliches Bundeseigentum in der Hand.**

Könnern. Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung.

Gröben. Mittwoch, 14. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung Gasthof

Jungfront

Jungfront, Güsen. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, bei Freundlich Versammlung. Alle Bezirksführer haben zu erscheinen und melden dort bei nehmer zur Wittenberger Fahrt.

Untergau Merseburg

Mücheln. Alle Kameraden, welche an der Fahrt zum Mitteldeutschen Tre Wittenberg teilnehmen, melden sich unter Hinterlegung von 2 Mk. beim Kam. Prüfer in Neubiendorf, Crumpner Straße 4. Alle Kameraden, nicht erwerbslos sind und nicht in Wittenberg teilnehmen, haben am der Mitgliederversammlung vom 20. Juni einen Teil zu den Unkosten beizutragen.

Mücheln. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung. Alles hat zu erscheinen.

Reitmannsdorf. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung der Wittenberger Fahrt.

Dürrenberg. Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr, bei Mennicke Pflichtversammlung.

Merseburg. Mittwoch, den 14. Juli, Kassenabschlußsitzung.

Merseburg. Jungfront-Versammlung fällt Donnerstag aus.

Merseburg. Freitag, den 16. Juli, Vollversammlung in „Stadt Leipzig".

Merseburg. Sonnabend, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, Abfahrt vom Markt nach Wittenberg per Auto.

Merseburg. Donnerstag, den 15. Juli, 7½ Uhr, Theaterprobe in der „Fun

Untergau Calbenitz

Zur Fahrt zum Mitteldeutschen Treffen stellen sich die **Radfahrer** von Gr. Gröbers, Ermitz und Lapitz am Sonnabend, dem 17. Juli, nachmittags 4 an der „Taube". Abfahrt pünktlich um 3 Uhr. Freitaba schließt sich dort an. Alle anderen Kameraden müssen sich zur Autofahrt Halle anm Alle Ortsgruppen melden ihre **Teilnehmerzahl sofort direkt** an unter gleich Einsendung des Versicherungsgrides. Der Berliner Eintraberitag ist sofort nach Calbenitz zu senden.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Bezirksleitung im Gewerkschaftshaus. Thema: Marokko und die Rolle der Fremdenlegion.

Weißenfels. Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, engere Vorstandssitzung Gewerkschaftshaus.

Weißenfels. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, große Funktionärsitzung. Funktionär hat zu erscheinen

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Mittwoch, den 14. Juli, außerordentliche Pflichtversammlung 8 Uhr im „Herrenkrug". Vertreter der Gauleitung anwesend. Alles hat zu erscheinen. Eine Stunde vorher Führerbesprechung zwecks Wittenberg

Artern. Sonnabend, den 17. Juli, ½2 Uhr, Antreten auf dem Marktplatz, Abfahrt nach Wittenberg.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Mitgliederversammlung. Buchkontrolle. Wittenberg-Fahrer erscheinen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 14. Juli, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Pflichtversammlung.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Mühlberg. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im „Schlüssel". Dortselbst Besprechung der Fahrt nach Wittenberg.

Mühlberg. Sonntag früh ½5 Uhr Abfahrt mit Auto. Alles hat pünktlich zu erscheinen. Kameraden anderer Ortsgruppen müssen sich dementsprechend mit Ortsleitung anmelden und können mit berücksichtigt werden, da nach Platz vorhanden sind.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Mitgliederversammlung. Sämtliche Radfahrer des Untergaues Zeitz haben sich am Sonnabend, dem 17. Juli, nachmittags, einzufinden zur Abfahrt zum Mitteldeutschen Treffen. Wer sich nicht beteiligt, wird festgestellt. Kameraden ohne Räder können mit der Bahn zu fahren. Abfahrt Sonntag früh 5 Uhr von Zeitz über Bahnhof. Antreten Bahnhof.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich lautschluß einer großen Funktionärsitzung aus Organisation aus

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0004

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 7 – Mittwoch, den 14. Juli 1926

Einigung zwischen Standard Oil und Anilin-Trust im Weltmaßstabe

Aufteilung der Interessengebiete zwecks gemeinsamer Ausbeutung

Halle, 14. Juli.

(.) Wenn schon die Angliederung des Sprengstoff-Konzerns an den Anilintrust eine weitgehende wirtschaftspolitische Bedeutung hat, so gilt dies in noch unvergleichlich stärkerem Maße für die bereits sensationellen Nachrichten, die holländische Blätter über eine Interessengemeinschaft zwischen dem größten Oel-Trust der Welt, der Standard Oil Company und der J. G. Farbenindustrie bringen. Als erste Tatsache muß dabei wiederum festgenagelt werden, daß wir seit Monaten aus der ausländischen Presse die ersten Berichte über die Pläne des Chemie-Trusts erhalten und die deutsche Oeffentlichkeit erst auf dem Umwege amerikanischer und holländischer Quellen eine kümmerliche Information über diese Vorgänge erhält, die die Machtverhältnisse in der deutschen Wirtschaft für die nächste Periode bestimmen werden.

Der holländische „Telegraaf" meldet, daß es der J. G. Farbenindustrie gelungen sei, das Verfahren im Bergin-Prozeß zur Gewinnung von flüssigem Brennstoff aus Kohlen so zu verbilligen, daß nach dem Bau der notwendigen Anlagen künstliches Benzin zum Preise von 15 bis 20 Pfennig auf den Markt gebracht und damit der heutige Benzinpreis erheblich unterboten werden kann.

Nach den statistischen Nachweisen des Statistischen Reichsamtes betrug der Großhandelspreis für Auslandsbenzin im Mai 1926 75 Pfennig pro Kilogramm. Die Verbilligung, die durch die Herstellung des künstlichen Benzins erreicht wäre, würde also annähernd 100 Prozent bedeuten.

Für Mitteldeutschland sind diese Vorgänge insofern von ganz besonderer Bedeutung, als das Bergin-Verfahren bekanntlich auf Verflüssigung von Braunkohle beruht und die Braunkohlenbasis der J. G. Farbenindustrie, die Riebeck-Montanwerke sowie andere Braunkohlengruben in Mitteldeutschland darstellen.

Die Verhandlungen zwischen der J. G. und der Standard Oil erstreckten sich laut „Telegraaf" auf die **Ausschaltung des künstlichen Benzins aus gewissen Interessengebieten der Standard Oil und auf die Abstimmung der Erdölerzeugnisse der Standard Oil auf den deutschen Markt.** Als Entschädigung soll der Chemietrust eine einmalige Riesensumme von der Standard Oil erhalten und dafür sich auf eine Reihe von Jahren verpflichten, die Vereinbarungen einzuhalten.

Wir meldeten schon, daß die Standard Oil-Gruppe 25 Prozent der Aktien der Deutschen Gasolin-A.-G. erworben hat, die die Verkaufsgesellschaft der Riebeck-Montanwerke für die flüssigen Produkte aus Kohlengewinnen darstellt. Die Vereinbarungen zwischen der J. G. und dem amerikanischen Oelkapital waren schon damals, daß dieser erste Schritt vollzogen wurde, vorauszusehen.

Selbstverständlich hagelt es wieder von Dementis. So dementiert die Verwaltung der J. G. Farbenindustrie in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" die Meldung des „Telegraaf", daß Verhandlungen über Absatzregelung der Erdölerzeugnisse der Standard Oil-Gruppe in Deutschland geführt werden. Wenn nur diese Verhandlungen dementiert werden, so kann dies als ein sicheres Zeichen dafür angesehen werden, daß die übrigen Meldungen der holländischen Presse um so mehr zutreffen, und schließlich auch das Dementi höchstens in formellem Sinne richtig ist.

Diese Vorgänge haben eine ungeheure weltwirtschaftliche Bedeutung. Aus ihnen geht wiederum klar hervor, daß in der kapitalistischen Gesellschaft auch die größten technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften nur zur Profitsteigerung, nicht aber zur Förderung allgemeiner Interessen der Menschheit dienen. Eine Verbilligung des Benzins um 100 Prozent ist sicher eine Tatsache, die die Verbilligung der gesamten Energiewirtschaft, die Senkung der Preise und damit eine bessere Lebenshaltung für die breitesten Schichten der Arbeiterschaft ermöglichen würden. Man kann auch nicht bezweifeln, daß die Absichten der chemischen Erfinder und Forscher wenigstens in vielen Fällen nicht darin bestehen, durch ihre Entdeckungen den kapitalistischen Profit zu erhöhen. Die Beweggründe der heutigen Gesellschaft sind aber stärker als die Absichten der Forscher. Was geschieht? Die Standard Oil trifft Vereinbarungen mit der J. G. Farbenindustrie, die darauf hinausgehen, die Preisverbilligung im internationalen Maßstabe zu verhindern. Nichts anderes ist auch die schon geroffene oder geplante Vereinbarung betreffs des deutschen Marktes.

Von großer Wichtigkeit ist für die Gestaltung der kapitalistischen Machtverhältnisse in Deutschland die Meldung des „Telegraaf", wonach der Verzicht der J. G. auf die Eroberung des ausländischen Marktes gegen eine Riesenentschädigung erfolgen soll. Was nämlich dem Chemietrust bisher gefehlt hat, war eine **breite Kapitalbasis**, die der riesenhaften Ausdehnung des Trusts entsprechen könnte. Das Aktienkapital des Farbenkonzerns beträgt bekanntlich nur 640 Millionen Mark plus 100 Millionen Reserven. Durch die amerikanische Entschädigung wird die finanzielle Macht der J. G. Farbenindustrie jene des Rhein-Ruhr-Montantrusts wahrscheinlich überflügeln. Die Entwicklung schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Das Chemiekapital übernimmt die führende Rolle innerhalb des deutschen Kapitalismus.

Die Aufgaben der Arbeiterschaft

Durch den Umstand, daß die Oelgewinnung aus Braunkohle zum Mittelpunkt der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung wird, entstehen für die mitteldeutsche Arbeiterschaft, vor allem für die Chemiearbeiter und Braunkohlengrubenarbeiter ganz besondere Aufgaben. Wir haben sie schon an dieser Stelle wiederholt aufgezeigt. Es wäre durchaus falsch, angesichts der neuen Entwicklungstendenzen etwa folgenden Standpunkt einzunehmen: „Wir können gegen nichts machen."

Was die chemisch-technischen Erfindungen und Neuerungen betrifft, so muß gesagt werden: Wir wollen auch nichts gegen technische Fortschritte machen. Die Arbeiterschaft begrüßt den technischen Fortschritt. Sie kämpft aber dafür, daß diese im Interesse der Arbeiter und aller werktätigen Schichten verwertet werden.

Dieser Kampf hat verschiedene Formen, Stufen und Erscheinungsweisen, vom täglichen Lohnkampf und den kleinsten Kämpfen betreffs Arbeitsbedingungen angefangen, bis zu den entscheidenden Kämpfen um die Eroberung der Macht. Mit welcher Kraft er durchgeführt wird, hängt von der politischen, organisatorischen Reife der Arbeiterschaft ab. Die wichtigste Folgerung, die aus der Lage gezogen werden kann, ist nach wie vor die, daß wir unermüdlich für die Stärkung der Massenorganisationen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, für die Stärkung der Betriebsrätebewegung und für die Ummarbeitung der Gewerkschaften in Organe des Klassenkampfes arbeiten müssen.

Aber diese Aufgabe muß **konkretisiert werden.**

Das deutsche Chemiekapital bezweckt amerikanische Konzentration, **amerikanische Profite ohne amerikanische Löhne.** Hier ist der Widerspruch, in dem sich die deutsche Wirtschaftskrise, die Schwäche des deutschen Kapitalismus, widerspiegelt. Der deutsche Kapitalismus, der seinen Profit nur durch schärfste Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft retten und steigern kann, enthält die Keime der Auflösung in sich. Die Steigerung der Macht des Chemiekapitals soll nicht zur Senkung der Preise, nicht zur Hebung der Löhne benutzt werden. Das bedeutet aber, daß die Gesamtkrise des deutschen Kapitalismus in ihrer unverminderten Schärfe weiter besteht und **daß die Konzentration der gesamten Kräfte der Arbeiterschaft und der Werktätiger** solche Machtmittel im Kampf gegen die Ausbeutung darstellt, die auch die Offensive des Chemiekapitals siegreich abwehren könne.

Diese Konzentration der gesamten politischen und organisatorischen Macht ist unsere nächste Aufgabe. **Sie muß durch den Kongreß der Werktätigen und durch die besonderen Vorarbeiten** dazu in Mitteldeutschland ermöglicht werden.

Der Chemietrust erwirbt den gesamten Sprengstoffkonzern

Fusion und Interessengemeinschaft mit den größten Kunstseidefabriken — Schärfste Konzentration in Mitteldeutschland — Zusammengehen mit der englisch-amerikanischen Kriegsindustrie

Wie wir schon am 9. Juli berichteten, hat die J. G. Farbenindustrie eine neue bedeutende Fusion vorgenommen, die sowohl wirtschaftlich als politisch die höchste Bedeutung hat und von der gesamten Arbeiterschaft, vor allem aber von der mitteldeutschen Arbeiterschaft, mit dem größten Interesse verfolgt werden muß.

Die J. G. Farbenindustrie fusioniert sich mit der Köln-Rottweil A.-G. in Berlin, indem gegen zwei Rottweilaktien eine Farbenaktie gewährt wird.

Auch die anderen großen Gesellschaften der sogenannten Pulvergruppe, oder des Sprengstoffkonzerns werden dem Anilintrust, wenn auch zunächst formell auf dem Wege der Interessengemeinschaft, angegliedert. Diese sind:

1. **Die Dynamitfabrik A.-G. vormals Nobel (der sogenannte Nobeldynamittrust).**
2. **Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G.**
3. **Die Deutsche Zelluloidfabrik in Eilenburg (Bezirk Halle-Merseburg).**
4. **Die Siegener Dynamitfabrik.**

Die Interessengemeinschaft ist nur eine vorläufige Form. Die Lösung wird darin bestehen, daß auch die Aktien dieser Gesellschaften im Verhältnis von 2 zu 1 in Farbenaktien umgetauscht werden.

Durch diese Operationen wird die Kapitalmacht des Chemietrusts um **mehrere hundert Millionen** vergrößert. Die „Frankfurter Zeitung" gibt über das Aktienkapital der einzelnen Gesellschaften folgende Angaben: Köln-Rottweil 36,67 Millionen Mark, Rheinisch-Westfälische Sprengstoff 12 Millionen Mark, Deutsche Zelluloidfabrik Eilenburg 5 Millionen Mark, Dynamit A.-G. Nobel 37,62 Millionen Mark, Siegen Dynamit 0,50 Millionen Mark. Dazu kommen die Vorzugsaktien, so daß allein das Aktienkapital über 90 Millionen Mark ausmacht. Eine reale Bewertung der Anlagen, Rohstoffe, Lagerbestände und Forderungen der Sprengstoffgruppe ergibt die obige Zahl von mehreren hundert Millionen Mark.

Wenn die Aktien der Gesellschaften im Verhältnis **von 2 zu 1** in Farbenaktien umgetauscht werden, so bedeutet dies, daß der Chemietrust 45 Millionen Mark Farbenaktien zu diesem Zweck verwenden wird.

Welche wirtschaftliche Bedeutung kommt dieser Fusion zu? Die bürgerliche Presse behauptet, daß die Angliederung vornehmlich nur den Zweck hat, die Konkurrenz zwischen der J. G. und der Köln-Rottweil-Gesellschaft auszuschalten. Köln-Rottweil soll sich von der Pulverfabrikation in letzterer Zeit anderen Fabrikationszweigen, vor allem der Kunstseidenproduktion, zugewandt haben. Die Kunstseidenproduktion bildet aber einen Zweig der Tätigkeit der J. G. Farbenindustrie sowie einer Reihe von Gesellschaften, die Verbindungen mit dem Chemietrust haben. (Vereinigte Glanzstoffabriken A.-G., Bennberg A.-G.)

Nach der Darstellung der bürgerlichen Presse hat die Sprengstoffgruppe das Interesse an Pulverfabrikation verloren, da doch Deutschland seit dem Ende des Weltkrieges ein pazifistischer Staat geworden sei.

Diese tendenziöse Darstellung bezweckt nur, die weltpolitische Bedeutung der vorgenommenen Fusion zu verhüllen. Die genannten Gesellschaften haben überhaupt nicht auf die Herstellung von Pulver verzichtet. Erstens verbleibt der Köln-Rottweil-Gruppe das große Feld der Auslandsbestellungen, zweitens die Inlandsbestellungen „für Sport und Jagdzwecke".

Gerade aus dieser Fusion der Sprengstoffgruppe erklärt sich das Interesse des englisch-amerikanischen Kapitals an Köln-Rottweil und Dynamit Nobel. Beide Gesellschaften haben im letzten Jahre ihr Kapital mit Hilfe der englischen Nobelgruppe bzw. der amerikanischen Dupont-Powder Gesellschaft um je 7,5 Millionen erhöht. Nach den Erklärungen in den Generalversammlungen der beiden Gesellschaften haben sich die ausländischen Gesellschaften mit der Fusion und mit der Interessengemeinschaft einverstanden erklärt.

So entsteht eine enge Verbindung zwischen der internationalen Kriegsindustrie und dem Chemietrust, deren Wirkungen auch in weltpolitischer Hinsicht unabsehbar sind. Der Chemietrust wird ein gesteigertes Interesse an der Verstärkung der Kriegsrüstungen im internationalen Maßstabe haben und ungefähr dieselbe Rolle in der deutschen Politik einnehmen wie früher Krupp in Deutschland, Skoda in Oesterreich-Ungarn.

Daneben weist die Fusion einen interessanten volkswirtschaftlichen Vorgang auf. Man kann die chemische Industrie in eine Rohstoffindustrie und eine weiterverarbeitende Industrie teilen. Die J. G. Farbenindustrie hat als mächtigster Rohstoffproduzent auf dem Gebiete der chemischen Industrie die Gruppen, die man als Weiterverarbeitung der Industrie bezeichnen kann, unter ihre Herrschaft gebracht. Die Pulverfabrikation braucht Stickstoffe und andere chemische Rohstoffe, so daß Dynamit Nobel bereits 80 Prozent der Rohstoffe von der J. G. bezogen hat. Daneben spielt der umgekehrte Vorgang, daß z. B. die J. G. für ihre Filmfabrikation (Agfa Wolfen-Bitterfeld) die Gelatine von der Köln-Rottweil bezieht, eine untergeordnete Rolle. So sehen wir, daß auf dem Gebiet der chemischen Industrie derselbe Vorgang sich abspielt, wie in der gesamten Weltwirtschaft.

Die Herrschaft der Schwerindustrie über die Fertigindustrie, dieses Gesetz der Nachkriegswirtschaft, wirkt sich in veränderten Formen innerhalb der chemischen Industrie aus. In derselben Linie der Entwicklung liegen die Bestrebungen des Chemietrusts durch Verflüssigung von Braunkohle eine mächtige Rohstoffbasis sich zu schaffen, mittels welcher eine Umwälzung der kapitalistischen Machtverhältnisse im nationalen und internationalen Maßstabe erreicht werden soll.

Der Anilintrust dementiert

Der Anilintrust dementiert erstens, daß eine Kapitalserhöhung bevorstände, zweitens, daß eine Fusion mit den Riebeck-Montanwerken in Aussicht genommen, und drittens, daß die Fusion mit anderen großen chemischen Werken geplant sei.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann ein Dementi des Anilintrusts als die Bestätigung dieser Meldungen angesehen werden.

Neue Industrien in Torgau

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau berichtet:

In diesem Jahre haben mehrere neue Industrien ihren Einzug in Torgau gehalten, eine Erscheinung, die zu einem Teil auf das freigewordene Gelände des im Vorjahre stillgelegten Stahlwerkes der Linke-Hoffmann-Lauchhammer A.-G. und zum anderen Teil auf die günstige Verkehrslage Torgaus zurückzuführen ist. Gelände und Gebäude der Linke-Hoffmann wurden zum größten Teil von der Firma Villeroy & Boch erworben, die ihre Produktion an irdenen Gebrauchsgegenständen aller Art damit um einen neuen Riesenbetrieb erweitert hat. Der Rest des Geländes ist von der Armaturenfabrik Marx & Moschütz übernommen worden, die ihren Hauptsitz in Herzberg an der Elster hat und in Torgau Rotguß-, Messing- und Bronzeteile für Gas-, Wasser- und Dampfkonstruktionen anfertigen wird. Die günstige Verkehrslage, die jedem neu angesiedelten Betriebe Anschluß an die Hafenbahn ermöglicht, hat die bekannte Firma Dr. von Depellius & Wenzel, Glashütten-Aktiengesellschaft in Sulzbach (Saar) veranlaßt, am Orte die Torgauer Glashütten-Aktiengesellschaft zu gründen. Der Betrieb wird von sehr bedeutendem Ausmaße sein und sich hauptsächlich auf die Herstellung von Tafelglas im Ziehverfahren unter Fortfall der gesundheitsschädlichen Glasbläserei erstrecken. Wie weiter verlautet, wird dieser industrielle Zugug nach Torgau sich im laufenden Jahre noch verstärken.

*

Der Ortsausschuß des ADGB. Torgau hat auf diese Entwicklung der Industrie in Torgau sein Augenmerk zu richten. Wenn schon die bürgerlichen Quellen auf die besonders günstige Lage der Wirtschaft in Torgau hinweisen, so ist es eine selbstverständliche Forderung, daß die Arbeiterschaft menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen sich erkämpft.

Wie die mitteldeutschen Aktien steigen

Einige Zahlen über Aktienkurse mitteldeutscher Unternehmungen geben ein Bild von den Profiten, die das „notleidende" mitteldeutsche Kapital einsteden mußte.

Braunkohlenkurse Bruckdorf-Rietleben: Höchster Geldkurs im Jahre 1923: 2050 Mk. Aktienkurs am 31. Dezember 1925: 2900 Mk., am 3. Juli: 3900, am 9. Juli: 4000 Mk. **Leonhardt:** 31. Dezember 1925: 3250, 3. Juli 1926: 5900, 9. Juli: 5950 Mk. **Hallische Kali:** 15. Mai 1926: 116,0 Prozent, 3. Juli: 108,0 Prozent, 10. Juli: 104,5 Prozent. **Krügershall:** 15. Mai 1926: 100,0 Prozent, 3. Juli: 101,0 Prozent, 10. Juli: 104,0 Prozent. **Mansfeld:** 15. Mai 1926: 83,0 Prozent, 3. Juli 1926: 110,0 Prozent, 10. Juli 1926: 110,0 Prozent.

Die Lage der Maschinenindustrie im Juni. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, veröffentlicht den Monatsbericht für Juni, der in ebenso verschwommenen und allgemeinen Ausdrücken gehalten ist, wie die früheren Berichte. Immerhin wird zugegeben, daß der Beschäftigungsgrad im Monat Juni über dem Durchschnitt lag. Die Inlandsanfragen nahmen zu und die Anfragetätigung des Auslandes erreichte sogar einen seit Mitte vorigen Jahres nicht erreichten Stand. Eine Zunahme ließ sich insbesondere im Landmaschinengeschäft, das auch für den Bezirk Halle-Merseburg von Bedeutung ist, beobachten. Im allgemeinen gibt der Bericht so wenig konkrete Angaben, daß er für ernste wirtschaftliche Zwecke nicht zu gebrauchen ist. Es bleibt die Frage offen, warum die bessere Beschäftigung der Industrie sich nicht auch in einer Verringerung der Arbeitslosigkeit ausdrückt. Die Antwort: „Rationalisierung."

Neue deutsche Lieferungsverträge mit Rußland. Die Firma Thyssen hat nach Blättermeldungen mit dem „Donugol" einen Vertrag über Schachtabteufungsarbeiten abgeschlossen. Außerdem hat der „Donugol" den Firmen Dr. Otto & Co. in Dahlhausen und Heinrich Koppers in Essen den Bau von zwei Koksöfenanlagen übertragen. Bei diesen Donugol-Verträgen, bei denen dem Donugol ein langjähriger Kredit gewährt wird, wird die Ausfallbürgschaft des Reiches in Anspruch genommen. Die Verhandlungen des „Jugostal" mit denselben Firmen über die Anlage von Koksöfen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Es besteht jedoch Aussicht, daß die Firmen Otto und Koppers auch für den Jugostal den Bau von Koksöfenanlagen übernehmen. Die Rheinisch-Westfälische Schachtbau A.-G. hat einen größeren Posten Lagerware (Bohrhämmer, Werkzeuge) gegen Gewährung eines mehrmonatigen Kredits nach Rußland verkauft. Dieser Vertrag steht außerhalb des Kreditabkommens. Von verschiedenen russischen Stadtverwaltungen sind Bestellungen für die deutsche chemische Industrie eingelaufen im Gesamtwert von etwa 6 Mill. Rubel. Das russische Naphthasyndikat hat an die deutsche Industrie einen Auftrag von 10 Mill. Mk. für den Ankauf von Maschinen vergeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An alle Genossinnen der KPD.

Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr findet im Saale der Produktiv-Genossenschaft eine

außerordentlich wichtige Zusammenkunft

aller Genossinnen der KPD. statt. Wir erwarten wegen der Wichtigkeit das Erscheinen aller Genossinnen.

An alle Mitglieder des RFMB.

Soeben ist die vollbezahlte Bundeskleidung eingetroffen. Die Genossinnen werden ersucht, diese Kleidung am Donnerstag in der Sprechstunde in der „Goldenen Kette" von 5 bis 7 Uhr in Empfang zu nehmen. Zahlungen auf die Bundeskleidung werden noch entgegengenommen und nach Schluß der Sprechstunde am Donnerstag die Bestellung der Kleidung sofort aufgegeben, so daß die Genossinnen bis zum Sonntag in den Besitz der Bundeskleidung sind. Die Ausgabe dieser Kleidung wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben.

Die Gauleitung des RFMB.

Der Kampf um „Panzerkreuzer Potemkin"

Die „Hallesche Zeitung" will die Kommunisten für vogelfrei erklären

Alle hallischen Zeitungen haben die Nachricht von dem Verbot des russischen Filmwerkes in einer kleinen Notiz kommentarlos veröffentlicht.

Die „Hallesche Zeitung",

der mit diesem Verbot bereits die ganze Hand gericht ist, bringt ihre Glückseligkeit über dies unhaltbare Verbot durch einen zweispaltigen Kommentar zum Ausdruck. Dieser böse „Potemkin" hat die nationale Tante keine Nacht ruhig schlafen lassen. Nun atmet sie wieder auf, der Alpdruck ist (vorläufig wenigstens) verschwunden.

Eine untergeordnete Reichsbehörde hat der nationalen Presse die Hand gegeben. Was verlangt sie nun? — Selbstverständlich den ganzen Arm und später den ganzen Staatskörper. Das zeht aus dem Schlußsatz der „Halleschen Zeitung" deutlich genug hervor. Sie schreibt:

„Wenn wir eine Gesundung Deutschlands herbeiführen wollen, müssen wir den Kommunismus in jeder Form bekämpfen, seinen Vertretern jede Duldung versagen, weil sonst letzten Endes innere Konflikte unausbleibbar sind."

„In jeder Form bekämpfen", heißt in der Sprache der Nationalen: Kommunisten gegenüber ist alles erlaubt. Man kann sie totschlagen, ausrauben, foltern und aufhängen, eine Beschäftigung, in der die Kreise um die „Hallesche Zeitung" ja bereits genügend trainiert sind. Wir wollen dem nationalen Mordgesindel heute nur so viel sagen, daß die Arbeiterklasse zu gegebener Zeit auch „in jeder Form" zu kämpfen wissen wird und daß der nationalen Tante noch ihr Maulwerk gestopft wird in einer ganz „besonders schönen Form".

Das „Volksblatt"

nimmt ebenfalls in längeren Ausführungen zu dem Verbot Stellung und sagt, daß diese Maßnahme der Filmprüfungsstelle ein glatter Bruch der Verfassung sei. Auch es erwartet einen starken Protest und glaubt auch, daß sich der Reichstag noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen müsse.

Die Arbeiterorganisationen müssen dem Beispiel der Thüringer Arbeiterschaft folgen und gegen das Verbot des russischen Kunstwerkes den schärfsten Protest erheben.

Freue Dich, o Christenheit!

Die Armen mögen hungern, Hauptsache, daß die Fürsten prassen können

Alle Christen, ob arm oder reich, sollen sich freuen. Die Reichen darüber, daß ihr Mammon sie vor jeder Not und Entbehrung schützt und die Armen sollen sich darüber freuen, daß es noch Menschen gibt, die keine Not leiden brauchen, keinen Hunger, kein Elend, kein Siechtum kennen. So wünschen es die Diener Gottes der christlichen Kirche und so bringen sie es auch offen zum Ausdruck. Wer es nicht glauben will, der beschaffe sich die Nummer 10 des Kirchenblattes der Paulus-Gemeinde, das sich in einem längeren Artikel mit dem Volksentscheid beschäftigt. Jeder Leser dieses Blattes, der auch nur noch ein wenig logischen Menschenverstand hat, wird erkennen, daß die Diener Gottes nichts anderes sind, als Diener der Fürsten und des Weltkapitals. Die Herrschaft ihrer Brotherren sehen sie durch die Stimmenzahl für Fürstenenteignung von 15 Millionen arg gefährdet und auch ihre eigene Existenz erscheint ihnen dadurch ernstlich bedroht. Die Angst vor dem bedrohten Bestand der kapitalistischen Herrlichkeit veranlaßt sie auch, nach dem Volksentscheid zu dieser politischen Frage (sonst wollen die Diener Gottes immer nichts mit Politik zu tun haben) Stellung zu nehmen. Wir wollen unseren Lesern eine Kostprobe pfäffischer Argumente geben. Unter anderen lesen wir im besagten Artikel folgendes:

„Wie Christ habe ich freilich die Pflicht, für die Notleidenden einzutreten, aber doch nur mit meinem Geld und Gut und nicht dadurch, daß ich gegen das 7. Gebot dem andern zwangsweise das Seine nehme. — „Wenn ein Volk Not leidet, dann müssen auch die Fürsten Not leiden." Ob auch diejenigen, die das so meinen, Not leiden? Ob unter Volk, in ins Allgemeine gerechnet, Not leidet? Wir leben ganze Volksfreise, bei denen das nicht zutrifft. Und warum müssen die Fürsten (die übrigens gar keine mehr sind) Not leiden? Sollen wir uns nicht vielmehr freuen, wenn es bei der allgemeinen Not welche gibt, die keine Not leiden müssen."

Und weiter können wir lesen:

„Das beste Mittel gegen den Neid ist immer die Freude darüber, daß die andern mehr sind und haben als wir selbst."

Nur ein tatsächliches Schaf kann so dumm sein, wie es die hohe Geistlichkeit in diesem Artikel wünscht. Die frommen Schäfchen, die sich darüber freuen, daß ihnen der Magen knurrt, während andere in Saus und Braus leben, sind allerdings auch im Aussterben begriffen. Das beweist der Volksentscheid, bei dem sich auch viele noch heutige Kirchenmitglieder für die Enteignung der Fürsten erklärt haben, und das wird weiter durch eine Notiz des evangelischen Pressedienstes in den bürgerlichen Zeitungen beweisen, die die Flut der Kirchenaustritte eindämmen soll.

Die Notiz hat folgenden Wortlaut:

Wenn man aus der Kirche austritt

Viele Menschen, die den Entschluß zum Kirchenaustritt fassen, sind sich über die Folgen, die sich daraus ergeben, nicht klar. Es ist es z. B. nicht möglich, daß man eine Patenschaft annimmt, wenn man aus der Kirche ausgetreten ist. Wie sollte man sich auch denken können, daß in solchen Fällen christliche Kindererziehung von den Paten gewährleistet werden kann?

Nach Bestimmungen, die in Magdeburg gelten, muß ferner die Konfirmation einem Kinde verzagt werden, dessen Eltern nicht mehr zur Kirche gehören. Zuwinnbeit ist der Wiedereintritt der Mutter erforderlich. Ausgetretene verlieren das Recht auf kirchliche Trauung und kirchlichen Begräbnis. Sie haben mit einem Wort alle kirchlichen Rechte verwirkt.

Ein besonderes Problem stellt nach den Verhältnis zwischen weltlicher Schule und Konfirmandenunterricht dar. Von der Kirche wird mit Recht gefordert, daß alle Konfirmanden die Teilnahme an einem ordentlichen Religionsunterricht nachweisen. Gehen die Kinder in die weltliche Schule gehen, muß auf jeden Fall ein Ersatzreligionsunterricht besucht worden sein.

Das ist ja einfach schrecklich, was so ein Kirchenaustritt für ungeheure Folgen nach sich zieht. Man kann nicht mehr Pate stehen, hat keinen Anspruch auf kirchliche Trauung, selbst am Grabe wird kein Verkünder der christlichen Nächstenliebe mehr erscheinen und die Kinder werden nun ohne den Segen des Pastors ausgebeutet, wenn sie die Schule verlassen.

Die Kirchenlichter leuchten tatsächlich sehr schwach, sonst müßten sie wissen, daß derjenige, der seinen Austritt aus der Gemeinde der Gottlosen vollzieht, ja dadurch zum Ausdruck bringt, daß er mit all dem Brimborium dieses kapitalistischen Verdummungsinstitutes brechen will. Er verzichtet freiwillig und gern auf jeden kirchlichen Segen, der niemand (außer den Kapitalisten) satter machen kann.

Die angenehmen Folgen des Kirchenaustritts

werden in dieser Notiz aber nicht erwähnt, obwohl sie mehr wert sind als die angeführten „Unannehmlichkeiten". Beispielsweise braucht der, der aus der Kirche ausgetreten ist, auch keine Kirchensteuern mehr zu zahlen und diese materielle Vergünstigung wiegt schon allein alle frommen Bibelsprüche und alle kirchlichen Segnungen auf.

Die werktätige Bevölkerung kann hieraus ersehen, daß die Diener Gottes wohl für die prassenden Fürsten ein liebevolles Herz haben, für die arme Bevölkerung haben sie jedoch nichts als Spott und Hohn übrig, denn etwas anderes ist es nicht, wenn die Pfaffen sagen: **„Freue Dich, Du hungernder Christ, daß die Fürsten und ihre Huren nichts von Deinem Hunger verspüren!"**

Fürstengegner, gebt auch der Kirche die Quittung, auch der Kirche keinen Pfennig Steuern mehr! Vollzieht noch heute beim Amtsgericht Euren Austritt, durch den Euch keinerlei Unkosten erwachsen.

Immer wieder Klagen über Polizeischikanen

Erst gestern hatten wir in einem Artikel den berechtigten Mißmut zahlreicher Radfahrer über Polizeischikane zum Ausdruck gebracht und schon wieder wird uns ein Fall unterbreitet, der den Machtikel und die Willkür der sogenannten Ordnungspolizei grell beleuchtet.

Am 10. d. M. kam eine Frau von der Ortskrankenkasse über den Markt, um hier noch einige Einkäufe zu tätigen. Die Frau, die lange Zeit wegen Asthma, Nierenleiden und geschwollener Füße in Krankenhausbehandlung war und heute noch in ärztlicher Behandlung ist, kann sich nur langsam fortbewegen und muß sich öfters ausruhen. Am Roten Turm kamen ihr plötzlich viele Menschen entgegen, denen ein Schupomann folgte, der auch die Frau aufforderte, weiterzugehen. Die Frau sagte dem Wachtmeister sofort, daß sie krank sei und nicht so schnell gehen könne. Der Beamte ließ sich aber auf gar keine Verhandlung ein und forderte die Frau zum schnelleren Gehen auf. Die Frau sagte hierauf dem Beamten noch einmal, daß sie krank sei und zeigte ihm auch ihren Krankenschein. Der Beamte notierte sich die Adresse und trotz ihrer sofortigen Beschwerde in der Polizeiwache am Roten Turm, **erhielt die Kranke jetzt einen Strafbefehl über 8 Mark,** weil sie der Aufforderung eines Polizeibeamten, weiterzugehen, nicht Folge geleistet habe.

Wenn auch in dieser Angelegenheit das Gericht noch ein Wörtchen sprechen wird, so ist doch schon die Rücksichtslosigkeit, die sich in dem Vorgehen dieses Polizeibeamten spiegelt, wert, festgenagelt zu werden. Jeder Gebildete wird ein solches Vorgehen als Flegelei bezeichnen. Vielleicht sorgt der Herr Polizeipräsident, der doch sicher nicht zu den Flegeln zählt, daß die Beamten dahingehend instruiert werden, daß nicht die Einwohnerschaft ihretwegen, sondern die Polizei der Einwohnerschaft wegen da ist. Allerdings müßten die Herren Offiziere zuerst instruiert werden, denn es uns scheinen, daß in ihrer Langweile im Dienst auch die Ausübung aller Polizeischikanen zu suchen sind.

Die Polizei schützt keinen Proleten

In der Nacht vom 2. zum 3. Juli, morgens gegen 4 Uhr, der Installateur Herbert Möbert, Halle, Lauchstädter Straße von der Torstraße her nach Hause. Als er an den Westerturm kam, bedrohte ihn plötzlich ein Unbekannter mit einem Messer. M. suchte sofort in der Wache des Reviers 3 einen Wachtmeister zu kommen. Die Wache war verschlossen. In der Lauchstädter Straße traf er den Wachtmeister Göde, den er auf den Messerheld aufmerksam machte und den Wachtmeister aufforderte, die Personalien des Mannes festzustellen. Der Wachtmeister antwortete: **„Denken Sie nicht, daß ich in meiner dienstfreien Zeit hinter den Messerhelden!"** Als M. den Wachtmeister auf seine allgemeine Bürgerpflicht aufmerksam machte, sagte der Wachtmeister zu M., er ist ein Stück vorausgehen, um den Mann zu stellen, er wolle dann die Personalien feststellen. M. ging nun auf den Unbekannten zu und forderte ihn auf, stehen zu bleiben. **Dieser wieder stach M. plötzlich mit einem Messer in den rechten Unterarm. Als M. sich nach dem Wachtmeister umsah, war dieser spurlos verschwunden.** Auch auf Rufen und Pfeifen nützte nichts. Tags darauf ging M. zum Polizeirevier 3, dem der Wachtmeister Göde angehörte, um sich dem Polizeileutnant zu beschweren. Dieser ließ den Wachtmeister Göde rufen, der kurzerhand erklärte, M. sei ihm davongelaufen. Der Leutnant erklärte darauf dem M., daß der Wachtmeister geschlafen habe, er solle verklagt werden. Der Fall zeigt, daß die Polizei nur zum Schutz des Stahlhelmgesindels da ist. Wäre einem Polizeibeamten etwas ähnliches passiert, hätte man sicher sofort ein Ueberfallkommando in Tätigkeit gesetzt.

Kein Prolet möge sich einbilden, daß die Polizei ihn schützen läßt sich nur von den Steuergroschen der Proleten bezahlen.

Die Ausstellung des Arbeiter-Aquarien- und Terrarienklubs „Roßmäßler" im „Volkspark"

Im Kartellzimmer des „Volkspark" haben die „Roßmäßler" eine gut zusammengestellte Ausstellung für Aquarien und Terrarien veranstaltet. Man muß sagen, daß dieser Verein damit eine Außergewöhnliches geleistet hat. So findet man hier in ca. 20 Glaskästen eine Anzahl verschiedenartiger Fische sowie auch feuerfarbige Marmor- und Brillenjalamander, weiter sind vier Schlangenarten sowie Schildkröten verschiedener Art ausgestellt.

Der Besucher dieser Ausstellung ist bestimmt auf seine Rechnung gekommen und wird erkannt haben, daß gerade die Arbeiterjugend aus dem Naturleben der Tiere viel lernen kann.

Die Hochwasserschäden in der Provinz Sachsen

Weit über 300 000 Morgen Land vernichtet

Halbamtlich wird gemeldet:

Nach den bisher eingegangenen Meldungen, die für den Regierungsbezirk Erfurt, noch vollkommen ausstehen, wurde in der Provinz Sachsen die Ernte von über 300 000 Morgen Land vernichtet, davon im Regierungsbezirk Magdeburg über 100 000. Nachstehend geben wir eine bedeutlierte Zusammenstellung der bisher über die Größe des Schadens eingelaufenen Meldungen, wobei jedoch beachtet werden muß, daß die gegebenen Zahlen noch keine absichtlichende Angabe des angerichteten Schadens bedeuten können, da eine große Anzahl von Einzelmeldungen noch ausstehen und sich täglich neue Wolkenbrüche ereignen, die auch die bisher verschont geblichenen Gebiete erfassen.

Regierungsbezirk Merseburg

Kreis Bitterfeld. Meldung vom 2. Juli: Vom Hochwasser betroffen und aufs schwerste geschädigt sind insgesamt 6 066 Morgen, davon 2 650 Morgen Acker, 3 416 Morgen Wiese.

Kreis Delitzsch. Meldung vom 2. Juli: Der Schaden betrifft insgesamt zirka 15 000 Morgen, davon 500 Morgen Acker und 12 500 Morgen Wiese.

Kreis Liebenwerda. Meldung vom 8. Juli: Es sind heute überschwemmt insgesamt rund 50 000 Morgen, davon 30 000 Morgen Wiese und 20 000 Morgen Acker, fast ein Sechstel der Gesamtfläche des Kreises.

Kreis Merseburg. Meldung vom 12. Juli: Es stehen unter Wasser im ganzen 20 000 Morgen, davon 15 000 Morgen Wiese und 5000 Morgen Acker.

Saalkreis. Meldung vom 12. Juli: Es sind durch Ueberflutung im ganzen vernichtet 2 500 Morgen, davon 1 190 Morgen Wiese und 1 310 Morgen Acker.

Kreis Schweinitz. Meldung vom 12. Juli: Es sind im ganzen vernichtet insgesamt 47 000 Morgen, davon 31 000 Morgen Acker und 16 000 Morgen Wiese.

Kreis Torgau. Meldung vom 12. Juli: Es stehen unter Wasser, bzw. sind durch das Unwetter vernichtet bisher insgesamt 35 500 Morgen, davon 18 000 Morgen Wiese, 12 000 Morgen Getreide und 5 500 Morgen Hackfrüchte.

Kreis Wittenberg. Meldung vom 8. Juli: Von der Ueberschwemmung sind vernichtet bisher insgesamt 29 142 Morgen. Davon 21 657 Morgen Wiese und 7 485 Morgen Acker.

Regierungsbezirk Magdeburg

Kreis Calbe. Meldung vom 7. Juli: Durch Hoch- und Drängwasser sind vernichtet insgesamt zirka 12 100 Morgen, davon 6 500 Morgen Wiese und 5 600 Morgen Acker.

Kreis Jerichow 1. Meldung vom 28. Juni. Durch schwere Hoch- und Drängwasserschäden sind vernichtet insgesamt 13 803 Morgen. Davon sind überschwemmt 7 737 Morgen Wiese, 3 105 Morgen Acker, vom Drängewasser überflutet 1 817 Morgen Acker und 144 Morgen Wiese.

Kreis Jerichow 2. Meldung vom 7. Juli: Durch Hochwasser sind geschädigt insgesamt 32 342 Morgen, davon 1 883 Morgen Wiese, 3 695 Morgen Weide und 9 844 Morgen Acker. Durch Drängwasser ist die Schadenfläche um etwa 25 Prozent erhöht, also kommen dazu 420 Morgen Wiese, 923 Morgen Weide und 2 461 Morgen Acker.

Kreis Magdeburg-Wolmirstedt. Meldung vom 3. Juli: Im Kreise Magdeburg-Wolmirstedt sind gemeldet insgesamt 14 200 Morgen unter Wasser. Davon sind gemeldet zirka 10 200 Morgen Wiese und Acker und zirka 4000 Morgen Acker.

Kreis Osterburg. Meldung vom 13. Juli: Es sind vernichtet insgesamt 29 834 Morgen Land, davon 15 633 Morgen Wiese, 8 606 Morgen Weide, 5 595 Morgen Acker.

Kreis Stendal. Meldung vom 13. Juli: Es sind vernichtet insgesamt 17 023 Morgen, davon 2 676 Morgen Getreide, 746 Morgen Hackfrucht, 106 Morgen Gemüse usw., 10 951 Morgen Wiese und 2 484 Morgen Weide.

Regierungsbezirk Erfurt

In sehr beträchtlichen Flächen sind betroffen die Kreise des Eichsfeldes, Nordhausen und Grafschaft Hohenstein, Mühlhausen, Weißensee und Langensalza. Zahlenmäßige Schätzungen sind jedoch augenblicklich bei der Größe der Schäden noch nicht möglich.

Genossen, berichtet
über Eure Ergebnisse der Werbearbeit für
Partei und Presse!

Schwere Unwetter- und Hochwasserschäden im Landkreise Wittenberg

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten O.)

Die Lage im Hochwassergebiete des Landkreises Wittenberg gestaltet sich immer schlimmer. Während durch das Hochwasser der Elbe nur die Elbwiesen und durch Stauwasser die tieferliegenden Ackerflächen unter Wasser gesetzt waren, liegt durch das Unwetter der letzten Tage eine ungeheuere Anzahl Morgen Ackerland unter Wasser. Der Schaden läßt sich noch annähernd übersehen da das hohe Getreide einen Ueberblick gestattet und die Wege teilweise überflutet sind, so daß ein Hinkommen in dem aufgeweichten Boden nicht möglich ist.

Am schlimmsten sieht es wohl in den Fluren der Gemeinde Pratau aus. Hier hat das Wasser die von Pratau nach Mühlbeck führende Straße an mehreren Stellen überflutet und strömt in die Feldfluren. Ein großer Teil der Pratauer Feldflur liegt im Wasser, ebenso auch ein sehr großer Teil des Rittergutes Dabrun. Das Ackergelände des Rittergutes Boos ist vollständig im Wasser gesetzt. Unermeßlicher Schaden ist durch die Vernichtung der Ernte angerichtet worden. Das an der Straße von Pratau nach Dabrun auf Pratauer Flur liegende Schöpfwerk „Elbe", welches das Wasser der Feldfluren in die Elbe pumpt, ist nicht imstande, diese gewaltigen Wassermassen zu bewältigen. Augenblicklich wird fieberhaft gearbeitet, um noch weitere fünf elektrische Pumpen aufzustellen. Die Stickstoffwerke Piesteritz, Sprengstoffwerke Reinsdorf und die Milka, Pratau, haben Pumpen, Material und Arbeiter zur Verfügung gestellt, und man hofft, daß bis am heutigen Nachmittag die erste Pumpe in Betrieb genommen werden kann. Fieberhaft wird von seiten der Arbeiter der genannten Werke und der sich zur Verfügung stellenden Bauern gearbeitet. Eile tut not, da das Wasser langsam weiter steigt. Jede Stunde, jede Minute ist kostbar, da jede Verzögerung ungeheuren Schaden an den Feldfrüchten anrichtet. Die dort beschäftigten Arbeiter und Bauern können sich kaum eine Essenspause. Sie wissen was von ihrer Arbeit abhängt. Wenn es gelingt, die Pumpen schnell in Betrieb zu setzen und keine Störungen in der Stromzuführung vorkommen kann darf man hoffen, daß weiterer großer Schaden abgewendet wird. Die Schwierigkeiten sind freilich groß. Das gesamte Material muß erst mit Lastwagen der genannten Werke herangeführt werden, auch mußten zunächst erst Masten für die elektrischen Leitungen eingebaut werden.

Auch in den Gemeinden Wartenburg, Dabrun, Melzig und Begrehna sieht es traurig aus. Auch hier sind große Teile der Felder vom Wasser überflutet. Der gesamte Besitz einzelner Existenzen ist vernichtet. Der Schaden, wie er aus den einzelnen Gemeinden bereits gemeldet wurde, ist nur als ein Bruchteil des jetzigen wirklichen Schadens zu betrachten und läßt sich der gesamtschaden vielleicht erst in vier bis sechs Wochen übersehen.

Immer wieder erlönt der Ruf nach Hilfe! Alle möglichen dunkle Existenzen versuchen jetzt ihr Unwesen zu treiben und die Notlage der Geschädigten auszunutzen. So wurde dem Berichterstatter von einem Kleinbauern berichtet, daß ihm von einem Viehhändler eine Kuh, die normalerweise 400 Mark wert ist, ganze 200 Mark geboten wurden. Auch mit Futtermitteln wird Wucher getrieben, da die Nachfrage nach diesen Artikeln stark ist. Hier müssen die Behörden unter allen Umständen sofort eingreifen, um die Geschädigten zu schützen.

In der Erkenntnis, daß in allererster Linie der Viehstand gesichert werden muß, hat der Kreisausschuß des Landkreises Wittenberg eine Hilfsaktion eingeleitet. Vom Kreise Wittenberg sind 200 000 Mark Hochwasserschäden bei der Regierung neu läufig angemeldet. Davon hat der Kreis in bar bis 16 000 Mark bekommen. Diese Summe von 16 000 Mark ist aus Zinsen des Getreidefonds des Kreises um weitere 16 000 Mark ergänzt worden, so daß insgesamt 32 000 Mark zur Verfügung stehen. Davon sollen bekommen alle Besitzer von Großvieh, soweit sie Futtermangel haben, 40 Tage lang 1 Mark pro Tag und Stück Großvieh. Darüber hinaus kann jeder Geschädigte bei der Kreissparkasse ein Darlehen zum Zinsfuße von 5 Prozent aufnehmen. Die Sicherheiten dieses Darlehens übernimmt der Kreis. Es ist dies nur eine vorläufige Hilfsaktion zur Sicherstellung des Viehbestandes. Die Geschädigten erwarten aber von den maßgebenden Körperschaften, daß die Hilfsaktion schnellstens vorwärts getrieben wird. Die Summe von 32 000 Mark, die dem Landkreis Wittenberg zur Verfügung steht, ist im Vergleich zu den angerichteten Schäden ein Tropfen auf dem heißen Stein! Nur allernotwendigsten Fälle können dabei berücksichtigt werden. Die Not ist überall groß.

Schleunigste Beschaffung von Futtermitteln zur Sicherung des Viehbestandes, Schutz der Geschädigten vor Auswucherung durch gewissenlose Händler, das sind die Forderungen, die augenblicklich am dringendsten sind und schleunigst durchgeführt werden müssen.

Erwerbslose KPD.-Genossen!

Am Donnerstag, dem 15. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal „Goldene Kette" eine

wichtige Fraktionssitzung

statt. Kein erwerbsloser Genosse darf fehlen.

Hallische Tageschronik

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene erfolgt für den Monat Juli d. J. gegen Vorlegung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamte, und zwar für die Buchstaben: A bis H am Mittwoch, dem 14. Juli, J bis Q am Donnerstag, dem 15. Juli, R bis Z am Freitag, dem 16. Juli, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags. In der Kasse des Jugendamtes wird, wie bisher, für die Buchstaben A bis D und M, S, Sch und St gezahlt, während für die anderen Buchstaben im Steuererhebersimmer, Katharinenstraße 3, Erdgeschoß, gezahlt wird.

Die Zusatzrentenzahlung für Kriegsbeschädigte erfolgt beim Fürsorgeamt für die Buchstaben A bis K am 14. Juli, und für den Rest am 15. Juli 1926, zu den gleichen Zeiten.

Vorzeitige Auszahlungen können nicht erfolgen und müssen die versäumten Zahltage unbedingt eingehalten werden.

Unfälle im Straßenverkehr. Am 13. Juli, gegen 6,45 Uhr nachmittags, stürzte in der Gr. Klausstraße-Ecke Oleariusstraße ein Radfahrer, als er im Begriff war, einer Frau auszuweichen, zu Boden, wobei er an dem Kopfe, im Gesicht und an den Händen mehrere Verletzungen davontrug. Er wurde der Sanitätswache zugeführt. — An der Genzmerbrücke wurde eine 10 Jahre alte Schülerin von einem Radfahrer umgefahren. Sie hat scheinbar keine Verletzungen davongetragen. — In der Krausenstraße wurde ein Radfahrer von einem Milchwagen angefahren, so daß er zu Boden stürzte. Er erlitt durch den Sturz einen Nasenbeinbruch und leichte Hautschürfungen im Gesicht und wurde von Passanten der Klinik zugeführt. — Am 13. Juli, gegen 1,45 Uhr nachmittags, fuhr in der neuen Promenade ein Radfahrer auf einen haltenden Personenkraftwagen auf. Er erlitt eine leichte Verletzung am Kopf und wurde durch den Kraftwagenführer der Klinik zugeführt. Sein Fahrrad wurde erheblich beschädigt. — Gegen 5 Uhr nachmittags erfolgte dann an der Ecke Merseburger Straße-Pfännerhöhe ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Straßenbahnwagen. Der Kraftwagen wurde leicht beschädigt. Insassen wurden nicht verletzt. — In der Cröllwitzer Straße wurde ein 70jähriger Mann von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt eine leichte Verletzung am rechten Bein, konnte jedoch seinen Weg allein fortsetzen.

Verhinderter Selbstmord. Am 13. Juli, gegen 7,30 Uhr nachmittags, versuchte sich eine 23jährige weibliche Person von ausserhalb durch einen Sprung von der Peißnitzbrücke in die Saale, das Leben zu nehmen. Sie wurde durch einen hinzukommenden Polizeibeamten daran gehindert und in Schutzhaft genommen.

Ein schwerer Unglücksfall. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr ereignete sich auf der Landstraße zwischen Halle und Hohenthurm ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Lastkraftwagen. Nach Berichten von Augenzeugen soll die Schuld den Motorradfahrer selbst treffen, der ganz scharf rechts unter einem Fuhrwerk die Straßenseite benutzte und bei der Ueberholung des Fuhrwerks mit aller Kraft in einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lastwagen fuhr, der ihm vorher durch das vorausfahrende Fuhrwerk verdeckt blieb. Der Motorradfahrer wurde fürchterlich zugerichtet. Er wurde blutüberströmt im bewußtlosen Zustand sofort in die Klinik nach Halle geschafft. Ueber den Namen und den Zustand des Verunglückten ist Näheres bisher nicht bekannt geworden.

In jeder Küche raucht es einmal. Die Feuerwehr wurde gestern nachmittag nach einem Grundstück in der Friedrichstraße gerufen, es sich in einer Küche starker Rauch angesammelt hatte. Die Feuerwehr konnte, ohne in Tätigkeit zu treten, wieder abrücken.

Die Flut steigt noch immer. Die Saale ist vom Montag auf Dienstag um weitere 16 Zentimeter gestiegen.

Ein Stiefsohn Wilhelms des Kaiserjägers stattete nach einer Meldung der „Hallischen Zeitung" am Sonnabend Halle einen Besuch ab. Es handelte sich nur um einen vorübergehenden Aufenthalt. Das blondblütige Söhnchen fährt mit seinem Erzieher nach Berchtesgaden, einem erklusiven Kurort für besonders reiche Schlemmer in den bayrischen Alpen. Angezogen von der „Hallschen Zeitung" ist es, daß sie zur Bezüglichung des jungen Fürstenprößlings nicht einmal geflaggt hatte.

Großflugtag in Halle. Der „Flugverkehr Halle A.-G." veranstaltet am kommenden Sonntagnachmittag einen großen Flugtag. Es wird das berühmte Tempelhofer Sportflugzeugschwader an der Veranstaltung teilnehmen. Als ganz besondere Attraktion sollen 2 auch Fallschirmabsprünge von einer Dame ausgeführt werden. Ein Schokoladenregen aus dem Flugzeug wird weiter zur Unterhaltung beitragen. Das ganze Programm mit immer neuen Darbietungen, u. a. Geschwader-Loopings (vollständiges Ueberschlagen der Flugzeuge unter Beibehaltung der Flugrichtung), Geschwader-Trudeln (durch bewußte Verlangsamung der Flugzeugschwindigkeit gehen die dadurch steuerlos gewordenen Flugzeuge in eine Drehbewegung um die eigenen Achsen und stürzen senkrecht in dieser Drehbewegung der Erde zu), Rollings (seitliches Ueberschlagen unter Beibehaltung der Flugrichtung), Rückenflügen (Pilot fliegt mit dem Kopf nach unten), Segeln (äußerste Fluggeschwindigkeitsverlangsamung bei abgestelltem Motor bis zur Grenze der Steuerlosigkeit und des Absturzes), Ballon-Rammen, Luftkämpfe, wird sich bis gegen 7 Uhr erstrecken.

Hans Stosch-Sarrasani, der mit seinem Riesenzirkus demnächst in Halle gastieren wird, hat als junger Bursche mittellos sein Elternhaus verlassen und sich dann jahrelang als Artist, Stallbursche und Abenteurer alle Erdteile gründlich angesehen. Heute ist er Besitzer des bekannten Zirkus-Unternehmens, das nicht nur in Europa, sondern auch in allen anderen Erdteilen, vor allem aber in Amerika, einen klangvollen Namen hat. Seine Erlebnisse, die er während seiner Fahrten und Reisen in allen Erdteilen gemacht hat, sind in 80 kleinen Bänden festgehalten, die wir heute unseren Lesern als Beilage überreichen können. Das Studium der abenteuerlichen Geschichten dürfte nicht nur bei der Jugend, sondern auch bei den Erwachsenen das Interesse an dem Zirkus-Unternehmen Sarrasani steigern.

Die Gerichtsferien nehmen am 15. Juli ihren Anfang und dauern bis zum 15. September. Während dieser Zeit ist die Rechtsprechung keineswegs vollständig unterbrochen. Es werden vielmehr nur in den sog. Feriensachen, die keinerlei Aufschub erfahren, Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Die Strafsachen gehören sämtlich zu den Feriensachen. In der Zivilrechtspflege sind u. a. Feriensachen, Arrestsachen und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern, Wechselsachen, Bausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird, Wahr- und Konkursverfahren, Handelsregistersachen, gerichtliche Beurkundungen, Streitigkeiten über Störungen des Betriebes elektrischer Anlagen u. a. m. Das Gericht kann aber auf Antrag der Parteien auch andere Sachen als Feriensache erklären. Auf den Gerichtsschreibereien wird Auskunft über die während der Gerichtsferien zu behandelnden Sachen erteilt. Die Kaufmanns- und Gewerbegerichte halten keine Ferien ab.

Ammendorf

Die Ortsgruppe des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes beteiligt sich geschlossen am Sonntag zum Roten Tag in Wittenberg für Mitteldeutschland. Die Genossinnen treffen sich am Sonntagfrüh um 7 Uhr auf dem Schillerplatz und fahren gemeinsam mit den hallschen Genossinnen mit dem Zug ab Halle 8.42 Uhr nach Wittenberg. Genossinnen, die sich bis jetzt zur Fahrt nach Wittenberg noch nicht gemeldet haben, können dies sofort nachholen und sich bei der Genossin Bartsch in die Liste eintragen lassen. Genossinnen, macht alles möglich, um nach Wittenberg mitfahren zu können, damit der Rote Frauen- und Mädchen-Bund als geschlossene, disziplinierte Organisation in Wittenberg aufmarschieren kann.

Darum Genossinnen, auf nach Wittenberg!

Ammendorf

Sitzung der Kinderfest-Kommission findet am Donnerstag, dem 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" statt.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle

Bezahlt wurden am Montag, dem 12. Juli 1926

Gattung		a) für 50 kg Fleischgewicht I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.	b) für 50 kg aus dem Ausland eingef. Gefrierfleisch I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.
Ochsen		97	55	88	62	58	60
Bullen		95	85	90			
Kühe		98	45	87			
Jungrinder		90	80	85			
Mastkälber	einschl. Lunge und Leber	90	70	80			
Saugkälber		100	95	95			
Lämmer, Masthammel		90	60	86			
Schafe		98	90	98			
Schweine	einschl. Mittel- und Geschlänge						
Rumänische Schweine							

Ausgesuchte Schweine wurden sogar über die Tabellensätze notiert.

*

Um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, die geforderten Fleischpreise mit den Gestehungskosten zu vergleichen, werden wir obige Tabelle regelmäßig einmal wöchentlich mit den neuen Notierungen veröffentlichen.

Aus der Provinz

Deutschnationale Erzieher als Sittlichkeitsverbrecher

Das Schöffengericht in Weißenfels hatte den Gärtner Max H. aus Zeitz zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt. Diese echt deutsche Größe war in Zeitz im Turnverein Vater Jahn als Turnlehrer bei der Knaben-Riege tätig. Als solcher hatte er Extrastunden eingelegt. Diese benutzte er, um sich an den Knaben unsittlich zu vergehen. Dem Staatsanwalt war selbst diese geringe Strafe der wahrscheinlich teutschgesinnten Richter zu gering. Er legte Berufung ein und die Strafe wurde auf zwei Jahre Zuchthaus erhöht. Die deutschen Turner können wirklich stolz sein auf ihre „Erzieher". Für die Arbeiter aber heißt es: **Heraus aus diesen Vereinigungen des Sumpfes und des Morastes!**

Margarinefabrik Dommitzsch an den Pranger!

Die Ortsgruppe des RFB. Torgau wandte sich an die Margarinefabrik in Dommitzsch zwecks Verfügungstellung des Lastautos zu der Fahrt nach Wittenberg zum Gautreffen des RFB. Der Herr Direktor Brusilius, seines Zeichens Major a. D., lehnte es glattweg ab, den roten Frontkämpfern sein Auto zur Verfügung zu stellen. Als er darauf hingewiesen wurde, daß doch die Arbeiterschaft der Großverbraucher seiner Margarine sei, hatte er nur ein Achselzucken übrig.

Arbeiter im Bezirk, merkt Euch diese Herrschaften! **Der Herr Major a. D. soll seine Margarine allein essen!**

Theater und Konzerte

Das Mitteldeutsche Landestheater eröffnet am 15. September. Das Mitteldeutsche Landestheater eröffnet seine diesjährige Spielzeit mit „Nathan der Weise" von Lessing, „Rauch" von Strindberg und „Was ihr wollt" von Shakespeare. Die erste Vorstellung findet am 15. September statt.

Solbad Wittelind. Im Frühkonzert gelangen durch das hallische Sinfonie-Orchester unter Mitwirkung des Cornet à Pistons-Virtuosen E. Rümmel folgende Werke zur Aufführung: Thomas: Ouvertüre „Mignon"; Rubinstein: Suite aus der Oper „Gotamors"; Bizet: Suite Nr. 1 aus „Carmen".

Solbad Wittelind. In der Sinfonischen Morgenmusik am Freitag gelangen durch das hallische Sinfonie-Orchester zur Aufführung: Beethoven: Ouvertüre „Egmont", vier Wiener Tänze und Sinfonie Nr. 2.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Jugendgenossen, die Pflicht ruft! Im ganzen Reiche führt der Kommunistische Jugendverband eine Werbekampagne. In Halle ist diese verbunden mit der Amnestiekampagne für unsere Jugendgenossen Walter Langenhagen und Kurt Kuhles. Sammelt eifrig Stimmen, so daß durch den Druck der hallschen Arbeiterschaft unsere Jugendgenossen freigegeben werden. Werbt aber zugleich für den Jugendverband neue junge Kämpfer! Jedes Mitglied muß sich als Ziel stecken, ein Mitglied der Organisation zuzuführen.

Donnerstag wird die Propaganda zur Werbung auf die Straße verlegt. Dazu muß jedes Mitglied unbedingt anwesend sein. Zeigt den Bürgern Halles, daß Ihr da seid, wenn die Pflicht ruft! Treffen pünktlich 7 Uhr an der Produktiv-Genossenschaft. Keiner fehlet Zeigt, daß Ihr wert seid, Mitglieder einer kommunistischen Organisation zu sein.

*

Die Einzeichnungen für die Teilnahme an der Fahrt nach Gräfenhainichen sind bis jetzt noch nicht befriedigend. Wir fordern darum unsere Mitglieder nochmals auf, spätestens bis Freitag abend dieselben vorzunehmen. Der Fahrpreis beträgt hin und zurück 1,70 Mark und ist ebenfalls bis zu diesem Termin abzurechnen. Abfahrt: Sonnabend abend 5.56 Uhr vom Hauptbahnhof. Die Mitglieder treffen sich um 5 Uhr an derselben Stelle. Für die Uebernachtung im „Eisenhammer" sind Decken mitzubringen. Die herausgegebenen Fragebogen müssen gewissenhaft ausgefüllt bis Freitag abend im Jugendbureau abgeliefert sein. Ortsleitung des KJVD.

*

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Freitag, den 16. Juli, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Besprechung aller Kinder, die am Sonnabend ins Ferienheim fahren. Daselbst Bekanntgabe der Abfahrt. Wer nicht erscheint, kann bei diesem Transport nicht berücksichtigt werden. In das Ferienheim sind mitzunehmen: Löffel, Gabel, Trinkbecher und Eßschüssel (möglichst Emaille oder Alluminium), Seife, Handtuch, Kamm, Zahnbürste und eine Decke.

Verantwortlich: Max Labemann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krob, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Aus dem Geschäftsverkehr

Hans Stosch-Sarrasani, Fahrten und Abenteuer, betitelt sich eine Serie von 80 Heften, die der heutigen Gesamtauflage dieses Blattes beiliegen und den Lesern gewiß eine willkommene Sondergabe sein werden. Es handelt sich dabei um sehr spannende Erzählungen von den Erlebnissen des bekannten Zirkusmannes, der gegen Ende vorigen Jahres von Amerika heimkehrte und in den nächsten Tagen mit seiner völlig neuen, zu ungeahnter Bedeutung emporentwickelten Schau, die in Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen und Reichenbach i. V. außerordentlich große Erfolge erzielte, zu einem kurzen Gastspiel erscheinen wird. *2665

Heute abend

Film-Vorstellung des RFB.

6½ und 8½ Uhr, im „Burgtheater", Große Gosenstraße.

Eintritt 60 Pf.

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

(1) Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal** *)

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

„Das Geld ist die Ursache der Armut deshalb, weil mit Hilfe dieses Mittels jene, die zu faul sind, etwas zu tun, die Arbeiter der Früchte ihres Fleißes berauben."

„Beweise es", sagte Craß.

Owen faltete langsam die Zeitung zusammen und steckte sie in die Tasche.

„All right", sagte er. „Ich will Euch zeigen, wie der große Geldtrick ausgeführt wird."

Er öffnete seinen Frühstückskorb und nahm zwei Schnitten Brot heraus. Da das aber nicht ausreichte, so ließ er sich von allen das Brot geben, das sie noch übrig hatten. Er kriegte verschiedene Stücke, die er alle zu einem Haufen schichtete. Nachdem er dann noch von Harlow, Easton und Philpot die Taschenmesser ausgeborgt hatte, mit denen sie ihr Brot zu essen pflegten, begann er folgende Rede:

„Diese Brotschnitten stellen die Rohmaterialien vor, die sich in der Tat der Erde vorfinden, zum Gebrauch der Menschheit.

Kein menschliches Wesen machte sie, sondern sie wurden von dem großen Geiste zum Wohle und der Erhaltung aller geschaffen, ebenso wie die Luft und das Licht der Sonne."

„Es einen guten Redner habe ich schon lange nicht gehört", sagte Harlow, den anderen heimlich zublinzelnd.

„Ich Kollege", sagte Philpot, „der Ansicht ist jeder. Es ist so klar wie diese Tinte."

„Nun", fuhr Owen fort, „ich bin ein Kapitalist oder, klarer ausgedrückt, ich stelle die grundbesitzende und industrielle kapitalistische Klasse vor. Das bedeutet: Diese Rohmaterialien gehören mir. Es ist im Augenblick belanglos, wie ich in ihren Besitz kam, oder ob es wirklich ein Unrecht darauf habe; wichtig ist nur die zugegebene Tatsache, daß alle Rohmaterialien, die zur Erzeugung der Notwendigkeiten des Lebens gebraucht werden, heute das Eigentum der grundbesitzenden kapitalistischen Klasse sind. Ich bin diese Klasse: All diese Rohmaterialien gehören mir."

„Das ist logisch", stimmte Philpot zu.

„Nun, Ihr drei stellt die Arbeiterklasse vor: Ihr habt nichts. Was mich anlangt, so ist der Besitz dieser Rohmaterialien an sich nutzlos für mich. Ich brauche die Dinge, die man aus diesen Rohmaterialien durch Arbeit herstellen kann. Da ich aber zu faul bin, um selbst zu arbeiten, so habe ich den Geldtrick erfunden, durch den Ihr für mich arbeitet. Ich muß nun erst noch erklären, daß ich außer den Rohmaterialien noch etwas besitze. Diese drei Messer stellen die gesamte Produktionsmaschinerie vor: die Fabriken, Werkzeuge, Eisenbahnen usw., ohne die man keine Erzeugnisse herstellen kann. Und diese drei Münzen" — damit nahm er drei Sechser aus der Tasche — „sind mein Geldkapital."

„Doch bevor wir weitergehen", unterbrach sich Owen, „betone ich nochmals, Ihr müßt immer daran denken: Ich bin nicht „irgendein" Kapitalist, sondern ich stelle die Klasse dar, und Ihr seid auch nicht „irgendwelche" Arbeiter, sondern Ihr stellt auch die gesamte Arbeiterklasse dar."

„Schon gut, schon gut", sagte Craß. „Das verstehen wir alle, nu mal vorwärts."

Owen zerteilte jetzt eine der Schnitten in eine Menge viereckiger Würfel.

„Das sind nun die Dinge, die mit Anwendung von Arbeit und Maschinerie aus den Rohmaterialien hergestellt werden. Je drei dieser Würfel sollen das Arbeitsergebnis einer Woche darstellen. Wir wollen außerdem annehmen, daß für eine Arbeitswoche ein Pfund Sterling gezahlt wird, und daß jeder dieser Sechser ein Pfund-Sterling-Stück ist. Wir könnten den Trick klarer machen, wenn wir richtige Pfund-Sterlingstücke hätten, aber ich hab' leider vergessen, welche mitzubringen.

„Ich würd' Dir gern aushelfen", sagte Philpot, „aber ich hab' mein Portemonnaie auf unserem großen Klavier zu Hause liegen lassen."

Jetzt sprach Owen zur Arbeiterklasse die durch Philpot Harlow und Easton personifiziert wurde.

„Ihr sagt, daß Ihr Arbeit braucht, und ich als menschenfreundliche Kapitalistenklasse werde mein ganzes Geld in den verschiedensten Industrien anlegen, um Euch „viel Arbeit" zu verschaffen. Jeder kriegt 20 Schilling Lohn für die Woche und jeder muß für diesen Lohn drei dieser Würfel herstellen. Für die Arbeit kriegt Ihr Euren Lohn; das Geld gehört Euch und Ihr könnt damit machen, was Ihr wollt. Die Dinge, die Ihr herstellt, gehören natürlich mir, und ich kann auch damit machen, was ich will. Nehmt nun jeder eine dieser Maschinen, und sobald die Arbeit fertig ist, kriegt Ihr Euren Lohn."

Die Arbeiterklasse machte sich ans Werk und die kapitalistische Klasse setzte sich hin und sah zu. Als sie fertig waren, schoben sie die neun kleinen Brotwürfel Owen zu, der sie neben sich auf ein Stück Papier legte, und den Arbeitern ihre Löhne auszahlte.

„Diese Blocks stellen das dar, was man zum Leben braucht. Ohne diese Dinge könnt Ihr nicht leben, doch da sie mein Eigentum sind, müßt Ihr sie mir abkaufen. Jeder Würfel kostet 20 Schilling.

Da die Arbeiterklasse die zum Leben notwendigen Dinge brauchte, und das zweckloses Geld weder essen, noch trinken, noch anziehen konnte, mußte sie auf die Bedingungen des freundlichen Kapitalisten eingehen. Sie kauften also ein Drittel ihres Arbeitsproduktes zurück und verzehrten es auch sogleich. Die kapitalistische Klasse verschlang zwei Würfel, und das Nettoergebnis einer Arbeitswoche war, daß der freundliche Kapitalist Waren im Werte von 40 Schilling, die durch die Hände der Arbeiter hergestellt waren, verzehrt hatte, und daß er, wenn man die Dinge nach ihrem Marktwert berechnete, sein Kapital mehr als verdoppelt hatte; er besaß noch die 3 Pfund Sterling in Geld und dazu Waren im Werte von 4 Pfund Sterling. Die Arbeiterklasse, — Philpot, Harlow und Easton — nun, die war, nachdem sie ihr Pfund Sterling für lebensnotwendige Dinge ausgegeben und diese verzehrt hatte, in genau derselben Lage wie zu Beginn der Arbeit — sie hatte nichts.

Dieser Prozeß wurde einigemale wiederholt: Für jede Arbeitswoche kriegten die Schaffenden ihren Lohn. Sie fuhren fort, zu arbeiten und ihren gesamten Verdienst zu verbrauchen. Der menschenfreundliche Kapitalist verzehrte doppelt soviel, wie jeder von ihnen, und der Berg seiner Reichtümer vermehrte sich ständig. Nach einer Weile besaß er, nach dem Marktwert der Würfel berechnet, ungefähr 100 Pfund Sterling und die Arbeiterklasse war in derselben Lage wie zu Beginn und legte sich noch immer ins Zeug, als wenn ihr Leben davon abhinge, — was ja in der Tat auch der Fall war.

Schließlich fingen die Zuschauer an zu lachen und ihre Heiterkeit steigerte sich noch, als der menschenfreundliche Kapitalist, nachdem er noch den Arbeitern Waren im Werte von je 1 Pfund Sterling verkauft hatte, ihnen die Maschinen — ihre Messer — wegnahm, und ihnen mitteilte, alle seine Lager seien infolge von Ueberproduktion überfüllt und er wäre deshalb gezwungen, seine Fabrik zu schließen. (Fortsetzung folgt.)

*) Der Roman ist auch in Buchform erschienen. Sonderpreis für unsere Leser: Broschierte Ausgabe statt 2,80 Mk. nur 2 Mk.; Leinenband-Ausgabe statt 3,80 Mk. nur 2,50 Mk. Zu beziehen durch jede Bezirksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstr. 14, oder deren auswärtige Filialen. Bestellungen nehmen auch alle „Klassenkampf"-Ausgabestellen entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Sportergebnisse aus Wien

Handball Halle — Meidling-Wien

In einem Freundschaftsspiel, das ungemein hart durchgeführt wurde, besiegten die Gäste aus Deutschland die Wiener Meidlinger. Bis zur Halbzeit waren die Wiener fast überlegen und führten zur Pause mit 3:0. In der zweiten Spielzeit war das Bild umgekehrt, und die Deutschen, die physisch den Wienern überlegen waren, konnten knapp vor Spielende den Erfolg an sich reißen.

Leichtathletik

Olympische Staffette, Gildtmannschaften: 1. Wien 3.48,4. 2. Stuttgart 3.51. 3. Kotzbus 3.57,2.

Gildenwettspiel-Gildtmannschaft (400, 300, 200, 100). Es starten: Magdeburg, Jena, Bruck a. d. Mur, Wien. 1. Magdeburg 2.09,3. 2. Wien 2.11. Bruck a. d. Mur 2.16.

Hochsprung: Die beste Leistung erzielte Lotterauer-Ling: 1,70 Meter. Koch-Deutschland sprang 1,65. — **Stabhochsprung:** 3,20 Meter Miller-Deutschland, 3,00 Meter Deutschland. **Kugelstoßen:** 12,35 Meter Opel-Lettland. — **Diskuswerfen:** 36,42 Meter Opel-Lettland.

400-Meter-Einzelrennen: 1. Deutschland 52,4. 2. Oesterreich 55,0. 3. Tschechoslowakei 60,0.

3000-Meter-Lauf: 1. Bohrmann-Deutschland 9.45. 2. Schmidt-Deutschland 9.49,4. 3. Franz Mayer-Oesterreich 9 54,3.

Schwerathletik

Im Stemmen fanden in allen Gewichtsklassen die Wiener an erster Stelle. Im Ringen war im Fliegengewicht Bester der Berliner Albrecht (4 Siege, 1 unentschieden); im A-Mittelgewicht Seidenbinder-Berlin (4 Siege); B-Mittelgewicht Sommer-Berlin (2 Siege, 1 unentschieden); Bantamgewicht: Gering-Deutschland (3 Siege).

Länderkampf (Stemmen) Deutschland — Oesterreich 18:10 für Deutschland
Oesterreich 1737,5 Kilogramm, Deutschland 1825 Kilogramm.

Achtkampf Turner und Turnerinnen

Bei dem Gerätewettkampf der Turner konnten die Deutschen die ersten Plätze belegen. Beste Leistung: Kübel-Greig 140 Punkte. Bei den Turnerinnen kegt Huth-Wien an erster Stelle.

Wasserballspiel Oesterreich — Deutschland 7:2 (3:0)

ASV.-Mannschaft gegen Wasserportverein Polsiden Breslau 4:2 (3:1).

Bezirkstrommlerkorps des 4. Bezirks

Achtung! Betrifft Bezirks-Turnfest in Zeitz!

1. Kommers. Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und mit Rücksicht auf die Ausmärsche gilt folgendes Programm: „Preußischer Hof", Saal: Turnerbund Zeitz, Leitung: Turngenosse Deutschler. „Preußischer Hof", Garten: Freie Turnerschaft Zeitz, sowie beschlußgemäß der letzten Gruppenbundsstunde die drei bis vier besten Leute jedes Spielmannszuges der Gruppe Zeitz, welche unbedingt zu erscheinen haben. Leitung: Turngenosse Gottschalk. Diana-Saal Aue: Freie Turnerschaft Aue. Leitung: Turngenosse Grahmann.

2. Wettruf. Außer den drei Zeitzer Vereinen hat die Arbeitsgemeinschaft Gauischen, Mansdorf, Haynsburg usw. den vierten Zug zu stellen, wozu ebenfalls jeder zu erscheinen hat. Leitung: Turngenosse Spindler (Gauischen). Sonntag früh 1/4 10 Uhr Antreten aller Gespielen auf den Stellplätzen, Punkt 5 Uhr Abmarsch. Zug A nimmt Aufstellung Gleinaer Straße, am „Fürstenhof"; Zug B Weinbergstraße; Zug C, Freie Turnerschaft Aue, Dianasaal; Zug D Fretheitsbrücke. Kleidung: Dunkle Hose, Joppe, Schülerkragen. Vormittags 10½ Uhr Gesamtprobe des Bezirkskorps auf dem Sportplatz Raetherpark. Die einzelnen Spielmannszüge kommen sich in den Standquartieren, von da aus geschlossener Abmarsch nach dem Uebungsplatz unter Leitung eines Stabführers. Strenge Disziplin wird von allen Spielleuten erwartet. Nachmittags 1/2 1 Uhr Stellplatz der Spielleute zum Umzug auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft Aue. Kleidung: Lange weiße Hose, weißes Hemd mit Schülerkragen, schwarze Holenträger und schwarzen Gürtel und Strohgeflecht. Pflicht aller muß es sein, in der vorgeschriebenen Kleidung zu erscheinen, um dem Ganzen einen wirkungsvollen Eindruck zu geben. Des weiteren hat jeder Stabführer mit einer roten Stabumwicklung zu erscheinen. Alle Schlaggeräte und Leiter sind mitzubringen.

Noch wenige Tage trennen uns von dem Fest. Die Vorarbeiten sind getroffen. An Euch liegt es nun, restlos zu erscheinen. Zeigt durch Euer Kommen, daß sich unsere Bewegung Bahn gebrochen hat. Seid herzlich willkommen in Zeitz.

Der Obmann.

Fußball

Gesellschaftsspiele

Mittwoch, den 14. Juli

1/2 8 Uhr Fichte Jugend — Asiania Jugend (Diemitz).

Donnerstag, den 15. Juli.

7 Uhr ASC. Jugend — Crölmiq Jugend (Peacd. Fichte).

Sonnabend, den 17. Juli

7 Uhr Diemitz 2. — Fichte 2. (Dölau); 1/2 7 Uhr Dölau 1. — Berlin-Pelten 1. (Gneist, Teicha).

Sonntag, den 18. Juli

11 Uhr Fichte Jugend — Ammendorf Jugend (Trotha); 1/2 2 Uhr Fichte 3. gegen Ammendorf 3. (Dölau); 4 Uhr Fichte 2. — Ammendorf 2 (Sportbrücke); 1/2 6 Uhr Fichte 1. — Ammendorf 1. (Herwig, Wörmlitz); 2 Uhr Wörmlitz 2. — Sportlust 2. (Fichte); 1/4 Uhr Wörmlitz 1. — Sportlust 1. (Schrödter, Trotha); 1/4 Uhr Viktoria 3. — Brachdorf 2. (Wörmlitz); 1/5 Uhr Asiania 1. — Sportbrücke 1. (Schmittke, Viktoria); 10 Uhr Trotha Jugend — Viktoria Jugend (Crölmiq); 1/2 Uhr Trotha 2. — Giebichenstein 2. (ASC.); 4 Uhr Trotha 1. — Giebichenstein 1. (Stengel, Crölmiq); 10 Uhr ASC. Jugend — Wörmlitz Jugend (Lettin); 1 Uhr ASC. 3. — Lettin 3. (Brachdorf); 1/3 Uhr ASC. 2. — Lettin 2. (Teicha); 12 Uhr Brachdorf Jugend — Teicha Jugend (Gröbers); 1/2 Uhr Brachdorf 2. — Teicha 2. (Diemitz); 1/4 Uhr Brachdorf 1. — Teicha 1. (Krause, Ammendorf); 5 Uhr Gröbers 1. — ASC. 1. (Kotsch, Brachdorf); 11 Uhr Diemitz Jugend — Crölmiq Jugend (Minerva); 12 Uhr Diemitz 3. — Crölmiq 3. (Sportlust); 1/2 Uhr Diemitz 2. gegen Crölmiq 2. (Reidemann, Viktoria); 2 Uhr Lübejün Jugend — Sportlust Jugend (Teicha); 3 Uhr Brachdorf 1. — Teutonia 2. (Zörbig); 4 Uhr Giebichenstein 3. — Sportlust 3. (Minerva); 1 Uhr Giebichenstein Jugend — Dölau Jugend (Asiania); 2 Uhr Minerva 3. — Dölau 3. (Diemitz); 1/4 Uhr Minerva 2. gegen Dölau 2. (Teutonia); 5 Uhr Minerva 1. — Dölau 1. (Brandt, Wörmlitz); 1/2 Uhr Minerva Alte Herren — Dölau Alte Herren (Giebichenstein).

Amtliche Bekanntmachungen

Die zum 16. Juli angesetzte Schiedsrichter-Versammlung muß aus technischen Gründen ausfallen und findet bestimmt am 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Jagdschloß" statt. Alle Prüflinge vom 11. Juli haben zu erscheinen. Folgende Vereine haben bis zum 19. Juli den Schiedsrichter-Fragebogen an meine Person zu senden, sonst tritt vom 20. Juli Disqualifikation in Kraft. Reinsdorf, Zörbig, Asiania, Lübejün, Ebersdorf müssen alle Schiedsrichterstreifen bis zum 19. Juli an Genossen Curtis abgeliefert sein, sonst ebenfalls Disqualifikation.

J. A.: Walter Rümpler, Ölmann.

Freitag, den 16. Juli, ist über den ganzen Bezirk Spielverbot verhängt. Zum Freitag spielen folgende Sportgenossen noch in den Ausmahlmannschaften: Heinicke

Die Kämpfe auf dem Stadion in Halle

„Germania-Fellenfelt" gegen den Deutschen Meister „Berolina"-Berlin unentschieden

Der letzte Sonntag zeigte vom frühen Morgen an ein nämliches Gesicht. Mit kurzen Unterbrechungen ergoß der Himmel sein Schleusen immer wieder und es schien, als ob der Wettergott wieder einmal den Kampfen ein Ende bereiten wollte. Es fand auch die Veranstaltung der Athletik-Vereinigung „Germania-Fellenfelt" auf dem Stadion. Kurz vor Beginn der Kämpfe kam noch einmal ein Guß, der beinahe alles verwischt hätte, wenn nicht in letzter Minute die Sonne sich durch das Gewölk gedrängt hätte. Kaum sichtbarer Beifall wurde den Kämpfern mit den Rennen begonnen. 21 Fahrer schickten sich in den Sattel und führten die Begrüßungsrunde, worauf das Startkommando gegeben wurde. Das Rennen wurde in vier Serien und einem Endlauf ausgetragen, wobei immer Meister-Amateur-Fahrer, und der erste Sieger aus Lauf und Lauf in den Endlauf kamen. Der Sieger Nr. 1 Sauer (Zöllnitz), Nr. 13 Wachmann (Trotha), Nr. 6 Müller (Zöllnitz) und Nr. 7 Naat (Zöllnitz). Der Endlauf ging unter Führung Sauer (Zöllnitz), und nach spannenden Kämpfen durchging Nr. 7 Naat (Zöllnitz) in 2,6 Minuten als erster das Ziel, zweiter wurde Nr. 13 Wachmann (Trotha).

Nach diesem Rennen wurde mit den Zu-Zu-Fahrkämpfen begonnen. Zunächst führte eine Abteilung von „Germania-Fellenfelt" die Kunst der Gelenkfahrung im interessanten Zu- und Abwechselreiten vor, worauf die Meister Deutschlands die Verführungen und erzielten. Viel Neues wurde hier gezeigt und manches Zuschauer wird wohl erstaunt haben, die Vorführung der Zu-Zu-Methoden zu Aufsehen erhoben. Eine herrliche Leistung zeigte hier der Berliner Meister, der die Kämpfer an die schwierigsten Griffe gewöhnt haben, und zu großem Ehre Nerven dazu. Reicher Beifall wurde denn auch den Zu-Zu-Kämpfern am Schluß ihrer Demonstration zuteil. Vorzüglich wurden die Zu-Zu-Kämpfe geboten, die von den Vertretern Deutschlands ausgetragen wurden. Die einzelnen Kämpfe bestrebten fünf Minuten. Als erstes Paar traten in Aktion Kamm-Grenner (Albertus 09) auf die Matte. Gleich mit dem ersten Griff gingen die Kämpfenden zu Boden und zeigten hier eine reine Bauchlast und Armzeug und Vorbereitungen, so daß man den Ausgang kaum lange ersehen. Nach 3 Minuten wurde Kamm nach fünf Minuten unentschieden. Im Federgewicht kämpften Gebauer — Brand. Beide zeigten interessante Griffe und Würfe, doch blieben nach 1½ Minuten beiden Gegner ohne Sieger, auch Wiederholung blieb ohne Erfolg. Im Leichtgewichtsgewicht von den Leichtmittelgewicht von den Sportgenossen Kreuzer und Grenner ausgetragen, die eine gute Technik im Kampf zeigten. Auch dieser Kampf endete unentschieden. Die zahlreichen Arme- und Handbeugerkämpfe, Bärengerichte, Armbeugen, Fingerverbiegungen und Gliederverrenkungen, die in der Hauptsache geboten wurden, verlangen ein langes und hartes Training. Zum Herausforderungskampfe zwischen Halle und Berlin schickten sich an: Im Bantamgewicht Kämpfer Meyer (Berlin) gegen Merbe (Halle), wo erstere nach Ablauf Kampfe in 2,30 Minuten durch Ausgleichen siegte. Im Mittelgewicht trafen sich Senf (Halle) und Kämpfer (Berlin). Nach 10 Minuten Kampf unterlag der Hallenser in einer Minute ebenfalls durch Punkte.

Im Anschluß hieran wurden einige Szenen aus dem täglichen Leben vorgeführt, die sich vor einem Jahrzehnt abspielten, wobei es einige Lachen gab. Es bedarf der leichtfertigen Heiterkeit werden muß, nämlich der Rosenbehel, beim Kampfe Allgemeine Heiterkeit auslöste. Demselben folgte auch der Heiterkeit aus, der bei der jetzigen langen Hauptkraft bei Gebrauchsgut werden kann und hier Stimmung ist. Mühedrechen und Gabeln wurden noch gezeigt. Weiter wurde ein Roberfall von zwei Mann auf einen Vorgeführt, bei welchem gezeigt wurde, wie man auch in der schwierigsten Lage noch siegen kann. Den Schluß der Zu-Zu-Kämpfe bildeten eine Reihe Vorführungen, die zur Gewandtheit und Geistesgegenwart beitragen. Der Beifall der Zuschauer war reichlich und wird hoffentlich manchen Zuschauer den Zu-Zu-Kämpfen zuführen.

Zahlreich waren die Zuschauer auch wieder bei den 3. Rennen angetreten, das die Fahrer nun zum 20 Runden ging. Jede Mannschaft stellte sechs Fahrer. Nach interessanten Kämpfe siegte Halle-Trotha in 13,42 Minuten (5 Mannschaften). Zöllnitz mit 40 Meter Vorsprung.

Das 50-Kilometer-Rennen als letztes Rennen wurde nach Sechs-Tagen gestartet und bildeten jedesmal zwei Mann eine Mannschaft, die sich gegenseitig ablösten. Jeder Mannschaft bestehen hier die Neuhahn, Nach vielen spannenden Kämpfen siegte die Mannschaft Gröbers-Wiedemann (Trotha) in 45,40 Minuten vor Grünwald (Zöllnitz), die nur zwei Runden zurückliegen. Außer einem Sturz aber noch glänzlich ohne Störung und zeigten Sport. Die Radfahrer haben sich bei dieser Veranstaltung viel Sympathien, das in der Zeitschrift hat wieder die Leistungsfähigkeit treten lassen.

Die Hauptveranstaltung an diesem Tage waren zweifellos die Kämpfe zwischen dem deutschen Meister „Berolina" (Berlin) und „Germania-Fellenfelt" (Halle), die allseitigen Interesse erweckten. Die Meistermannschaft trat mit vollständiger Mannschaft im Besitzmacht als Sieg. Von der Mannschaft einen gewerbtlichen, hieße die anderen zurückgesetzen, alle haben ihr Bestes hergegeben und mit Einsatzung ihrer ganzen Kraft gekämpft. Glänzliche Kämpfe wurden ausgeführt. Im Bantamgewicht besiegte Richel seinen Gegner, das nach zwei Minuten ihm überlistetten und wurde der Kampf ebenfalls unentschieden gewertet. Leider war die Zeit schon soweit vorgeschritten, daß die Berliner Mannschaft aber aber unsere und wurde daher auf einen zweiten Gang verzichtet, was sicherlich Zuschauer zur Kenntnis nehmen wollen. Der Kampf hätte noch ein günstiges Resultat für die Hallenser gebracht. Mit den Kämpfen hat sich „Germania-Fellenfelt" bewiesen, daß die Mannschaft mit an erster Stelle steht, einen guten, fairen Sport garantiert. Das Kampfgericht leistete die Kämpfe vorzüglich.

Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr:

Uebungsspiel zweier Auswahlmannschaften

auf dem Sandanger.

und Henzer (Lettin), A. Henze (Gröbers), Hermann (Zöllnitz). Welche Hefe ist mitzubringen. Am Sonntag, dem 25. Juli, ist über 2 Uhr Pflicht Spielbericht.

Das Spielformular vom Spiel 150 Radsport Bezirk — Fichte Jugend konnte alle veröffentlichten Formulare müssen bis zum 19. Juli an Sportgenossen Fr. Franke, Wilhrechtstraße 24, abgeliefert werden, sonst zeitl. Fachbericht für den laufenden Verein in Kraft. Zeitz, Wilhrechtstr. 1. J. A.: Fr. Franke.

Die 2. Rate der Kopfsteuer muß bis zum 19. Juli an Sportgenossen Curtis gezahlt sein, sonst ab 20. Juli Disqualifikation. J. A.: D. Curtis.

Amtlich. Nachstehende Vereine werden wegen Nichtantretens der angesetzten Schiedsrichter in folgenden Spielen mit Geldstrafen belegt. Diese sind wie gem 19. Juli an den Kassierer, Sportgenossen Curtis, abzuliefern. Wenn das Geld bis zum jüngsten Termin nicht abgeliefert ist, erfolgt am 20. Juli Disqualifikation, welche auch am Montag wieder aufgehoben werden kann.

Minerva mit 3 Mk. am 2. Mai: Diemitz 2. — Fichte 2.
Viktoria mit 3 Mk. am 3. Mai: Teicha Jugend — Minerva Jugend.
Trotha mit 6 Mk. am 2. Mai: Sportlust 2. — Teutonia 2. und am 23. Mai: Teicha — Giebichenstein 1. (Gröbers).
Asiania mit 9 Mk. am 9. Mai: Passendorf 1. — Fichte 2. am 24. Mai: Minerva 2. gegen Diemitz 2. und am 27. Juni: Hettstedt 3. — Ammendorf 3.
Fichte mit 6 Mk. am 16. Juni: Diemitz Jugend — Crölmiq Jugend, am 27. Juni: Viktoria 1. — Teutonia 1.
Sportlust mit 3 Mk. am 24. Mai: Minerva 1. — Diemitz 1. (Stellhuhn).
Brachstedt mit 3 Mk. am 17. Juni: Lettin 2. — Giebichenstein 2.
Brachdorf mit 3 Mk. am 3. Mai: Viktoria 3. — Sportlust 3.

Zur Postkostenbestätigung am 9. August im „Volksport" haben zu erscheinen:

1. Die Spielschiffer von Teutonia 2. und Viktoria 2., wegen der Schiedsrichter Magdeburg (Sportbrücke).
2. Der Kassierer von Diemitz in Sachen Spielerlaubnis.
3. Die Kassierer von Giebichenstein und Zörbig wegen der 1. Pflichtsitzung.

Am Freitag, dem 16. Juli, findet nach dem Uebungsspiel in der „Elsterlust" eine Vorstandssitzung statt.

Der Beginn der Serienspiele war auf den 5. September festgesetzt, muß aber auf einen früheren Termin, welcher noch rechtzeitig bekanntgegeben wird, verlegt werden, da der Bezirksmeister am 15. Oktober gemeldet sein muß. J. A.: Franz Pauß.

Berichterstattung

Jeden Sonntag in der Zeit von 6 bis 8 Uhr findet im „Volksport", Telephon 8625, Berichterstattung statt. Auch die Resultate der Wochentagsspiele sind mit anzugeben. F. Pauß.

Turner

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe.

Am Sonntag, dem 18. Juli, vormittags 9 Uhr, findet in der Turnhalle im „Volksport" (Halle) unsere letzte Gruppenvorstandssitzung vor dem Gruppenfest statt. Folgende Vereine turnen vor: Cumma, Burgen, Kummerbach, Pfeife, Halle-Nord. Gleichzeitig werden nochmals die Wettkampfbestimmungen, und zwar nennen die genannten Vereine alle drei Stunden an ihren bestimmten Vereinen vor. Auch müssen dieses alle angesetzte Gauschlagzeit mit erscheinen. Zur Kenntnis hier jetzt die Fragebogen zugegangen. Jedoch diese genau aus und senden sie an den bestimmten Termin wieder ein, denn durch Unerledigten der Termine erschleicht. Nur aus der Arbeit. Mit erwarten bei allen Wettkampfarten eine Karte Beteiligung, ebenso bei den Gauschlagzeiten. Zurückgeschickt, erscheint am 15. Juli, und am Ende kommen, denn es gibt noch viel zu reden über unser Fest, wenn es zu einem guten Gelingen führen soll.

Kurt Müller, Cumma, Stadtring.

Kinderturnwarte! Fünf Wochen trennen uns noch von unserem in Ammendorf am 12. und 13. August stattfindenden Gruppenfest. Die Vorarbeiten sind vorgeschritten. Es müssen nun alle Kräfte zusammengenommen werden, um ein gutes Gelingen des Festes zu sichern. Ammendorf ist ein Ort, wo etwas geleistet werden muß, da dürfen wir als Kinderturnwarte nicht zurückstehen. Alle bisherigen Leistungen in der Schulten gestellt werden. Das Kinderturnen muß die Spitze bleiben in der Jugend liegt die Zukunft. Dies ist aber nur möglich, wenn Ihr die Kinder voll und ganz ausfüllt und mit den Kindern zahlreich erscheint. Zu Anfangen der Kinder sind wir gewohnt, daß wir eine Leistung zeigen, welche unsere Gegnerschaft Ehre macht. Noch bleibt Euch Zeit. Die Hauptprobe findet kurz vor Beginn am Dienstag statt.

Zu sportlichen Wettkämpfen sind aus technischen Gründen wie folgt geändert: Weitsprung, Hochsprung, Wettlauf, Kugelstoßen 2½ Kilo, Mädchen: 50-Meter-Lauf, Wettlauf mit Anlauf, Bälmeitwerfen. Die Kinder sind in zwei Klassen eingeteilt: 10 bis 12 Jahre und 12 bis 14 Jahre.

Es ist erwartet, daß Ihr Kinderturnwarte nur mit den Kindern beteiligt. Die Club in dieser Zeitung zuschenden Fragebogen erhielte ich sofort ausgefüllt zurück von Vereinen, welche kein Kinderturnen pflegen, bis spätestens 25. Juli. Denjenigen welche keinen Fragebogen erhalten, müssen dies melden. Auf, nach Ammendorf am 14. und 15. August.

Kinderturnwart Willi Grube, Ammendorf, Mühlstraße 4.

Kegler

Arbeiter-Kegelbund, Bezirk Halle

Spiele am 18. Juli

Gruppe 3: Teutschenthal — Frohsinn Halle von 9 Uhr an.
Gruppe 3: Unter Nus-Halle — Tollnitz von 1 bis 6 Uhr.
Gruppe 4: Solidarität Halle — Freien Kauf Halle von 8 bis 1 Uhr.
Gruppe 4: Neumarkt — Teutonia Halle von 3 Uhr an.
Gruppe 5: Teicha — Vorwärts von 9 Uhr an.
Gruppe 5: Neumark — Bergarbeiter Halle von 3 Uhr an.

J. A.: Paul Schi...

Radio

Arbeiter-Radio-Club, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, 15. Juli, findet der Jugendunterricht aus. Ab 1/8 Uhr Beginn mit anschließender Bastelstunde und Experimentierabteilung. Mittwoch, 21. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist Erscheinen Pflicht.

Vereinsmitteilungen

ASC. Halle. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. — Radball: Donnerstag, den 15. Juli, 7 Uhr Peißnitz Jugend gegen Crölmiq Jugend. Sonntag, den 18. Juli, 1 — Gröbers 1, um 3 Uhr Damen. Treffpunkt 3 Uhr Hauptbahnhof. 2. Lettin 2. 3/4 Uhr Peißnitz 3. Lettin 3. 1 Uhr Peißnitz Jugend — Wörmlitz Jugend. 1 Uhr Peißnitz 1. Treffpunkt eine Stunde vor den Spielen Peißnitz. Freitag, den 16. Juli, 9 Uhr, Sonder 1. Mannschaft in der „Schäfer", kleine Reichstraße. — Handball: Freitag, den 16. Juli, 8 Uhr, Stimmung aller Handballer in der „Schäfer", kleine Ulrichstraße. Sonnabend, den 17. Juli, Treffpunkt bei 1. und 2. Mannschaft 4 Uhr Hauptbahnhof.

Naturfreunde Halle. Mittwoch, 14. Juli, Abendwanderung nach dem Galgenberg. Treffpunkt abends 7 Uhr am Wettiner Platz. Am Donnerstag treffen wir uns pünktlich 8 Uhr im Heim zur Sprechstunde. Rege Beteiligung ist dringend notwendig.

Fichte, Ammendorf (Fußball). Heute, Mittwoch, den 14. Juli, findet eine Mannschaftsversammlung statt. Beginn 8 Uhr im „Burgschlößchen". Da wichtige Tagesordnung, erscheinen aller Sportgenossen unbedingt notwendig. Sonnabend, den 17. Juli, Vereinsversammlung im „Schützenhaus".

TTC. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Morgen, Donnerstag, 15. Juli, pünktlich 8 Uhr, findet auf dem Boeckerplatz eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Obmannes sowie eines evtl. ausscheidenden Mitgliedes der Ortsgruppe Weißenfels, erscheint alle recht pünktlich.

Bitterfeld Binnengärtenwiese

Riesen-Circus Gleich

Heute, Mittwoch, 14. Juli 1926:

2 Riesen-Vorstellungen

3 Uhr Die Nachmittagsvorstellg. ist garantiert so reichhaltig wie die Abendvorstellung 8 Uhr

Morgen, Donnerstag, 8 Uhr abends:

Große Sportvorstellung

Freitag, 16. Juli, auch 3 Uhr nachmittags

In jeder Vorstellung 100 Attraktionen in 3 Manegen, 1 Rennbahn und in der Luft gleichzeitig

Kinder und Militär zahlen auf allen Plätzen in den Nachmittagsvorstellungen halbe Preise außer 3. Platz, Seite

Riesen-Zoo Täglich ab 9 Uhr vormittags ununterbrochen geöffnet

Nach Schluß der Vorstellungen täglich:

Sonder-züge ab Bitterfeld Nachts 11.20 Richtung Halle
" " " 11.37 " Mossen
" " " 12.46 " Leipzig
" " " 1.08 " Wittenberg

Vorverkauf: Zigarrenhaus A. Trobisch, Burgstraße 1, Tel. 2165 und an den 10 Circuskassen ab 9 Uhr vormittags ununterbrochen. Circustelephon 3120

Fahrräder können eingestellt werden — Schlachtpferde werden angekauft

Spendet für die Rote Hilfe

Zoologischer Garten

Dienstag, d. 13. Juli, nachm. 4 Uhr:
Konzert
des städtischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Georg Wille
Abends 8 Uhr: Konzert
des städtischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Georg Wille
Auf Wunsch zum 1. Male: Tschaikowsky: Symphonie Nr. 5 in E-Moll
Vom 12. Juli bis 1. August:
Abschiedsgastspiel Wölkerschau
John Hagenbeck — L. Ruhe
die größte Wölkerschau-Schau
die bisher gezeigt wurde

Solbad Wittekind

Donnerstag, d. 15. Juli, 7 Uhr
Früh-Konzert
unter Mitwirkung der
Kurhaus-Kapelle
Leitung: Louis Kummer
Freitag, den 16. Juli, 7 Uhr
Zirkus-Schwerkraftmusik
4 Uhr
Nachmittags-Konzert
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Georg Wille

Modezeitungen empfehlen die Buchhandlung.

Bekanntmachungen

Mietzuschuß

Der Vermieter ist weiter berechtigt, den 100 Prozent der staatlichen Grundvermögenssteuer übersteigenden gemeindlichen Zuschlag neben den gesetzlichen Mietzuschlägen umzulegen.

*2607 Magistrat Delitzsch

Das zur Ausschreibung und Erhebung der Rückstellen-Entschädigungs-Beiträge aufgestellte Bücherverzeichnis liegt vom 14. Juli 1926 an 14 Tage im Rathaus, Zimmer Nr. 6 zur Einsicht aus.

Anträge auf Berichtigung des Registers sind binnen 10 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei uns einzubringen.

Mit der Einziehung der Beiträge wird sofort begonnen.

*2606 Magistrat Delitzsch

★ Inseratenannahme ★
für die Mansfelder Lande für
„Klassenkampf"
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten!

Schulheft-Ausschnitt Schulkreuze usw. empfiehlt billigst
Albert Fabig
Salzerstraße 1

Polsterarbeiten, Neuanfertig. u. Reparatur. in u. außer d. Hause, sowie Tapezierer-Fabrik bei billigster Berechnung außer aus
Paul Freiberg
Prinzenstr. 17, H. 1

Tausche Stube u. Küche gegen Stube, Kammer und Küche
Wigand,
Da' entmuseinstraße 19

Lederflicken Gummiabsätze billig bei 132
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Barbiergehilfen sucht sofort
Fr. Zeymer
Weißenfels
An den Stufen 6

Walhalla
8 Uhr Tel. 88
Allabendlich
unter großem Beifall
Der Reserve-Onkel
mit Rudolf Nähler und Anna Müller-Linz
Sommerpreise 0,50 bis 3,50 M
Tageskasse ab 11 Uhr

Schlachtfest
9 Uhr: Wellfleisch
Karl Krug, J.
Kleine Angebote haben bei uns den besten Erfolg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0008

Gewerkschaftsbewegung

Mitgliederversammlung der Baugewerkschaft Halle

Am 7. Juli hielt die Baugewerkschaft im „Volkspark" ihre Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung, 2. Bericht von der Bauarbeiterschutzkonferenz am 27. Juni in Halle, 3. Der Umfang der Akkordarbeit, ab.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung nahm Kollege Hübner das Wort. Dessen Ausführungen ist zu entnehmen, daß trotz der schlechten Konjunktur (Erwerbslosigkeit der Mitglieder) die Kassenverhältnisse als befriedigend zu bezeichnen sind. Mitgliederbestand am 1. Quartal 1897. Hervorgehoben wird, daß mit dem 5. Juli die Zahlung „Außerordentlichen Bundestag" beschlossenen Erhöhten Unterstützungssätze in Anwendung kommen. Ferner wird bekannt gegeben, daß die erwerbslosen Kollegen so mangelhaft zur Kontrolle kommen. Dieses ist aber unbedingt notwendig, um die Aufstellung einer Statistik zu ermöglichen, welche dann als Material verwendet werden soll, um Schritte zur Behebung der Erwerbslosigkeit bei Staat und Kommune unternehmen zu können. Es wird gebeten, daß diejenigen Kollegen, welche bis jetzt noch nicht in den Genuß der Unterstützung gekommen sind, sich ebenfalls an den bestimmten Tagen zur Kontrolle melden. Diskussion fand aber zu diesem Punkt nicht statt und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Auf Antrag wird die nächste Quartalsabrechnung schriftlich den Mitgliedern ausgehändigt werden.

Nun erhielt Igorzelski das Wort zur Berichterstattung von der Bauarbeiter-Schutzkonferenz vom 27. Juni in Halle. Aus diesem Bericht war die Notwendigkeit, dem Baugewerbe ein wachsames Auge zu schenken, zu ersehen. Man muß auf eine einheitliche Bauarbeiterschutzbestimmung über das ganze Reich hinwirken. Dadurch sei eine einheitliche Bekämpfung der Berufsgefahren praktisch leichter durchführbar. Ein besonderes Interesse stellt sei hiermit den Gewerkschaften und den Baudelegierten gegeben. Man müsse weiter auf Grund der immer mehr werdenden Bauunfälle die Anstellung von Baukontrolleuren aus den Betrieben fordern und jeder Bauarbeiter müsse alles Material zur Begründung dieser Forderung sammeln helfen. Jedem Bauarbeiter müsse Leben und Gesundheit höchstes Gut sein, am besten dient er damit seiner Gewerkschaft und der Allgemeinheit, die sonst die Kosten der Unfälle abgewälzt werden. Zusammenfassend müsse gelagt werden: Unfallverhütung sei besser und billiger als Unfallvergütung.

Aus der erschienenen Unfallzahlenstatistik sei besonders hervorzuheben, daß im Jahre 1924 50 000; im Jahre 1926 60 000 Bauunfälle zu verzeichnen sind. Die Bauzeit durchschnittlich mit 6 Wochen gerechnet, ergibt wöchentlich 2000 Unfälle im Reich. Auch sei bei der Arbeit jeder Arbeiter die nötige Vorbeugung gegen Berufsunfälle und Krankheiten, als selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen. Die dann folgende lebhafte Diskussion unterstützte die gemachten Ausführungen und endigte in der Annahme folgenden Antrages:

Die heute am 7. Juli 1926 im „Volkspark" tagende Versammlung des Baugewerksbundes beschließt, sich an die SPD.- und die Stadtverordnetenfraktion zu wenden, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung sich für folgenden Antrag einsetzen: Angesichts der großen Verstöße bei Nichteinhaltung der baupolizeilichen sowie der Unfallverhütungsvorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter wird der Magistrat der Stadt Halle beauftragt, unverzüglich die Anstellung eines städtischen Baukontrolleurs aus städtischen Mitteln vorzunehmen. Die gesamte Bauarbeiterschaft bedingt sich die Bestimmung des Baukontrolleurs aus Facharbeiterkreisen, der dieser Aufgabe gewachsen ist aus."

Zum 3. Punkt sprach Kollege Brauns und gab das Ergebnis der jetzigen Akkordarbeit bekannt. Es sei kein zuverlässiges Resultat. Es grassiere die Akkordarbeit zum Schaden der auf der Straße stehenden Kollegen. Die jetzt sehr wenige Bauarbeit wird durch Akkordarbeit unter gesundheitlicher Schädigung der Arbeiter selbst in eine kurze Zeitdauer zusammengedrängt und mit möglichst wenigen Beschäftigten fertiggestellt, vom Verhältnis der Bezahlung der geleisteten Arbeit gar nicht zu reden.

Im Anschluß an die gemachten Ausführungen wurde nachstehende Resolution in der letzten Versammlung gestellter Antrag verlesen und zur Diskussion gestellt. Derselbe lautet wie folgt:

„Die heute im „Volkspark" stattfindende Bauarbeiter-Versammlung möge beschließen, das in letzter Zeit immer mehr um sich greifende Akkordsystem abzulehnen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen; — wenn nicht anders, so mit Ausschluß aus der Organisation. Die Akkordarbeit ist geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, da allein noch mehrere hundert Arbeiter auf der Straße liegen.

Die Aussprache über dieses Kapitel war eine ernste. Man unterstützte die Ausführungen von Brauns und beschäftigte sich lebhaft mit dem gestellten Antrage. Es sprachen Igorzelski, Uhlig, Schuh und Zimmermann. Teilweise glaubte man gegen den Antrag Bedenken erheben zu müssen. Stephan setzte sich mit ernsten und erwägenden Worten für den Antrag ein und erklärte, daß man nun endlich etwas tun müsse. Mit der Maßgabe, daß in Zukunft diese Akkordhelden in den beiden Arbeiterpressen bekanntzugeben, wurde der vorbenannte Antrag einstimmig angenommen.

Mit einem dringenden Appell, diese Beschlüsse durchzuführen, schloß die Versammlung.

•

Wenn der Kollege Stephan als Berichterstatter uns aufgefordert, die Berichte in der von ihm gefaßten Form zu bringen, so können wir im Interesse der Kollegen des Baugewerksbundes nur wünschen, daß die uns eingesandten Berichte vollständig wiedergegeben. Es entspricht nicht der Objektivität eines Berichterstatters, wenn, wie im vorliegenden Falle versucht wird, eine angenommene Resolution, die die Bestimmung des Bauentkontrolleurs durch die Bauarbeiterschaft fordert, dergestalt abzuschwächen, daß die Bauarbeiterschaft nur Vorschläge für die Kontrolleure sich ausbedingt. In diesem Falle werden wir, um kein falsches Bild bei den Kollegen zu erwecken, gezwungen sein, die Berichte des Kollegen Stephan, den gefaßten Beschlüssen entsprechend, zu korrigieren.

Die Red.

Die Arbeitsinvaliden Eislebens gegen Verschlechterung des Reichsknappschaftsgesetzes

Die am Montagnachmittag im „Volkshaus" stattgefundene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen wies einen guten Besuch auf. Wenn auch die Tagesordnung fast ohne Debatte erledigt wurde, zeigten doch die Ausführungen beim Bericht des Sonderausschusses für Sozialrentner, den der Kollege Koch erstattete, die größte Aufmerksamkeit.

In der Diskussion prangerte Genosse Wessel die Haltung der Nationalen Bürgerringes in der letzten Stadtverordnetenversammlung bei der Ablehnung der Etatberatung an. Diese Haltung wirkte sich besonders für alle Rentenempfänger zu Ungunsten aus. Gen. W. forderte die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß dieses Stadtparlament aufgelöst wird, damit bei den Neuwahlen eine Arbeitermehrheit zustande kommt.

Unter Verbandsangelegenheiten erläuterte Kollege Koch einige Punkte der verabschiedeten Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz. Bringt doch diese Novelle eine Verschlechterung der Lage der knappschaftlich Versicherten. In der Diskussion wurde die Schulfrage an den Verschlechterungen aufgeworfen, gleichzeitig wurde der Volksentscheid mit in die Debatte geworfen. In längerer Ausführung zeigte dann Genosse Wessel die Haltung der Regierung sowie der Sozialdemokraten bei der Abstimmung zum Volksentscheid auf. Der Redner erinnerte nochmals an die seinerzeit gemachten Ausführungen des Landtagsabgeordneten Christange in der Mitgliederversammlung. Es zeigte sich dann im Reichstag, daß 38 sozialdemokratische Abgeordnete sich bereit erklärten, dem Abfindungskompromiß zuzustimmen. Dann folgte noch eine Beleuchtung der neuen Zollvorlage, ihre Auswirkung auf alle Werktätigen, deshalb Sammlung aller Arbeiter zum Kampfe gegen die Verschlechterung des Reichsknappschaftsgesetzes, gegen die Zollvorlage, gegen die Regierung Marx-Hindenburg — für die restlose Enteignung der Fürsten, für die Errichtung einer Regierung der Arbeiter und Bauern.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen, dieselbe soll dem Hauptvorstand des Zentralverbandes überwiesen werden. Genosse Wessel beantragte, diese Resolution an die Fraktionen der Arbeiterparteien des Reichs- und Landtages zu senden, dieses wurde einstimmig angenommen.

Resolution

Die heute, Montag, den 5. Juli, im „Volkshaus" Eisleben einberufene, gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen erhebt voller Empörung schärfsten Protest gegen die Verschlechterung der neuen Knappschaftsnovelle, hauptsächlich gegen den Abzug des Grundbetrages von 168 Mk., weil doch die Knappschaftsmitglieder in eine Sonderkasse gezahlt haben und diese beiden Grundbeträge weiter gezahlt werden müssen.

Die Versammlung ersucht den Hauptvorstand, sowie die Fraktionen der beiden Arbeiterparteien des Reichs- und Landtages, keine Mittel unversucht zu lassen, bis die beiden Grundbeträge wieder eingeführt worden sind.

Protest der Landarbeiter gegen den Schiedsspruch in Mitteldeutschland

Der vor kurzem gegen die Landarbeiter gefällte Schiedsspruch löst den stärksten Widerspruch bei allen Landarbeitern aus. Auf einer am 9. Juli im Gewerkschaftshaus zu Halberstadt stattgefundenen Landarbeiterversammlung des DMV. wurde beschlossen, entgegen dem gefällten Schiedsspruch aufs neue die alten Lohnforderungen aufzustellen und dem DMV. zur unbedingten Durchsetzung derselben aufzufordern. Die Landarbeiter Halberstadts appellieren an die Oeffentlichkeit, sich mehr denn je hinter die berechtigten Forderungen der Landarbeiter zu stellen.

Müssen die Gewerkschaften ihre Taktik revidieren?

Seitdem bei den leitenden Instanzen der freien Gewerkschaften die Anschauung im Wachsen begriffen ist, daß die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit höchstwahrscheinlich eine Erscheinung von langer Dauer sein wird, haben sie auch vielfach begonnen, ihre Anschauungen zu grundsätzlichen Gewerkschaftsfragen zu revidieren. Die Empfehlung der kapitalistischen Rationalisierung ist in den Hintergrund getreten, vom amerikanischen Beispiel hört man lange nicht mehr so viel und die Zahl der sozialdemokratischen und reformistischen Stimmen, die sich mit der von den Kommunisten empfohlenen Gewerkschaftstaktik (wenn auch meist ablehnend) beschäftigen, ist im Steigen begriffen. Die Ursache für diese Erscheinung liegt in der Ausweglosigkeit der alten gewerkschaftlichen Kampfmethoden unter dem Druck der Dauererwerbslosigkeit. Ihre so dringend notwendige Umgestaltung im Geist des Klassenkampfes aber bedroht auf das ernstlichste die Hochburgen des Reformismus in der Arbeiterbewegung. Dieser Gefahr will man beizeiten entgegenarbeiten, bevor die Gewerkschaftsopposition, sich um das Banner einer neuen klassenbewußten Gewerkschaftspolitik scharend, gleich einer Sturmflut den alten verkalkten Geist aus den Gewerkschaftsstuben herausfegt.

Zu diesem Zweck sucht man die Gewerkschaftsmassen über die wahren Absichten der Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Gewerkschaftskollegen zu täuschen und zu verwirren. Am klarsten geht dies aus der Stellungnahme des „Vorwärts" hervor (der ja bei seiner engen Verbindung mit der Leitung des ADGB. nur die Gedanken dieser Körperschaft wiedergibt). Dieser antwortet auf die kommunistische Kritik der gegenwärtig betriebenen Gewerkschaftspolitik mit einem wüsten Gelchimpfe auf die Kommunisten; das deren Unfähigkeit zeigen soll, eine neue bessere Gewerkschaftstaktik als die heute herrschende, durchzuführen. „Jeden Tag um höhere Löhne streiken?", „In jedem Fall kämpfen?", fragt ironisch der „kluge" Gewerkschaftsredakteur des „Vorwärts" und meint, damit bewiesen zu haben, daß die Kommunisten dafür eintreten, jede lokale Bewegung grundsätzlich nur durch Streik auszutragen. — „Verzweiflungskämpfe!", „kommunistischer Parteikampf", so unkt er an anderer Stelle, womit er den sozialdemokratischen Arbeitern wiederum das Gegenteil weismachen will, nämlich die Kommunisten legten keinen Wert auf lokale Bewegungen und Kämpfe, und sie wollten sie abschaffen, um an ihre Stelle eine sinnlose Anhäufung von Massenkämpfen, eine Art „permanenten Generalaufstand" (ohne Massen) setzen.

Welche Gewerkschaftstaktik fordern nun die Kommunisten? Der „Vorwärts" antwortet: „Jede lokale Bewegung zu einem Streik steigern." Gerade das Gegenteil ist richtig; wenn auch in mancherlei Fällen Möglichkeiten bestehen, durch entschlossenes Auftreten im lokalen Rahmen die vorhandenen Konjunkturen besser auszunutzen als bisher, so ist es gerade ein wichtiger Punkt der kommunistischen Auffassung, daß es bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland durch isolierte lokale und berufliche Bewegungen gar nicht mehr möglich ist, für die Arbeiterklasse durchgreifende Erfolge zu erzielen, oder auch nur die bisherigen Stellungen auf die Dauer halten zu können. Das ist unter den Nachkriegsbedingungen schon unmöglich bei einer relativen Konjunktur, und wie viel mehr erst bei einer Wirtschaftskrise mit der Wahrscheinlichkeit einer Dauererwerbslosigkeit.

Die Gewerkschaftsführer weisen hin auf die jahrzehntelangen Erfahrungen. Nun, als das Schießpulver in die Kriegstechnik einzog, waren jene eisernen und stählernen Panzer und Schwerter, die sich doch mehr als „jahrzehntelang bewährt" hatten, mit einemmal eine höchst unzureichende Rüstung. Nicht anders ist es mit der Gewerkschaftstaktik. Jene leuchtenden Spitzen im ADGB. schauen mit frommer Pietät auf die gewerkschaftlichen Erfahrungen, die sie im kaiserlichen Vorkriegsdeutschland machten, und sie gedenken auch in der Gegenwart damit die gleichen Erfolge zu erzielen. Sie vergessen aber völlig, daß zwischen den Vorkriegsjahrzehnten und der Gegenwart fünfzehn Jahre der größten wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen liegen, die je die Welt gesehen hat. In der Vorkriegszeit hatte das deutsche Unternehmertum die Möglichkeit (und fand vor der Notwendigkeit), breiten Teilen der deutschen Arbeiterschaft aus den hohen kolonialen und überseeischen Profiten Anteile in Form von günstigen Kompromissen in Lohn- und Arbeitsbedingungen zukommen zu lassen. Heute liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt. Deutschland ist den fremden Finanzmächten tributpflichtig geworden und jede Besserung der Lebenshaltung, die die Arbeiterklasse durchsetzt, bedeutet zugleich eine Schmälerung des Unternehmerprofits. Daher muß sich die deutsche Kapitalistenklasse mit aller Macht gegen den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft zur Wehr setzen und sogar noch versuchen, deren Lebenshaltung herabzudrücken.

Und das deutsche Ausbeutertum ist seinem Ziele bisher auch mit Erfolg nachgegangen. Es hat aus den bisherigen Kämpfen die Lehre gezogen, daß es sich konzentrieren, fest zusammenschließen und seine Macht nach einheitlichem Plane gegen die Arbeiterschaft einsetzen muß. Es hat gemerkt, daß es die Arbeitergruppen einzeln leicht niederschlagen kann und arbeitet daher unausgesetzt an einer Zersplitterung der Wirtschaftskämpfe. Es hat die Regierung und alle ihre Organe trotz „Demokratie" in seinen Dienst gezwungen, große einheitliche Organisationen geschaffen, und es nutzt alle seine Kräfte nach dem seinen Instinkt und der brutalen Rücksichtslosigkeit einer herrschenden Klasse gegen die werktätige Bevölkerung aus.

Unter diesen Umständen sind die einzelnen Lokalorganisationen und die weniger lebenswichtigen Berufsverbände dem vordrängenden Unternehmertum ziemlich schutzlos preisgegeben. Es gibt nur ein Mittel dagegen: der konzentrierten Klassenkraft des Unternehmertums und der noch unter seinem Einfluß stehenden Schichten die konzentrierte Klassenkraft des Proletariats entgegenzusetzen. Nach Meinung des „Vorwärts" und der reformistischen Gewerkschaftsführer bedeutet das einen „permanenten Generalstreik", der mit ungeheuren und nutzlosen Opfern für die gesamte Arbeiterklasse verbunden wäre. Die Kommunisten sagen, gerade das Gegenteil ist richtig. Eine klassenkämpferische, entschlossene, zielbewußte Leitung der Gewerkschaften würde von den Arbeitern weit weniger Opfer verlangen, als die alte „Taktik".

Wen der ADGB. umfassende und durchgreifende Lohnerhöhungen verlangt, um die Kaufkraft der breiten Massen zu stärken, so wird es keinen Gewerkschafter und überhaupt keinen Arbeiter geben, der nicht mit diesem Verlangen restlos übereinstimmt. Aber mit den privaten Wünschen der ADGB.-Führer ist den Arbeitern nicht gedient. Erst in dem Augenblick, in dem das Unternehmertum weiß, daß diese Forderung ausgesprochen wird von einer Gewerkschaftsführung, die entschlossen und bereit ist, zu ihrer Durchsetzung die gesamten Kräfte der Arbeiterklasse zu mobilisieren und einzusetzen, erst in diesem Augenblick wird es gezwungen sein, in dieser Frage ein Kompromiß abzuschließen.

So zeigt dieses Beispiel, daß eine klassenbewußte Gewerkschaftstaktik nicht der Arbeiterklasse unnötige Opfer auferlegt, sondern erspart und trotzdem den Werktätigen mehr Erfolge bringt, als die „jahrzehntelang bewährten" Methoden. Nicht Zersplitterung des Wirtschaftskampfes der Arbeiterschaft in zehntausend örtliche und berufliche Einzelaktionen, sondern ihre Zusammenfassung und Konzentrierung, das ist der Grundsatz zeitgemäßer Gewerkschaftstaktik. Zentrale Forderungen, zentrale Verhandlungen, immer mit der Bereitschaft, wenn es nötig ist, die gesamte Kraft der Gewerkschaftsmassen und Arbeiterparteien für den Sieg einzusetzen, d. h. noch lange nicht „permanenter Generalstreik", im Gegenteil, eine derartige Taktik wird den Arbeitern Tausende von Streiks und langwierigen Verhandlungen ersparen, die heute oft genug erfolglos geführt werden müssen. Die deutsche Kapitalistenklasse kann es bei der Zuspitzung der Verhältnisse gar nicht auf entscheidende Kämpfe ankommen lassen. Sie wird, wenn die Gewerkschaften in dieser Richtung operieren, gezwungen sein, der Arbeiterschaft fortlaufend Konzessionen zu machen, um einem Kampf aus dem Wege zu gehen. Nicht die Arbeiter haben den Kampf zu befürchten, sondern die Unternehmer. Müssen wir noch betonen, daß eine derartige Haltung der Gewerkschaftsführung geeignet ist, die örtlichen Kämpfe (die die beruflichen und örtlichen Einzelkonjunkturen ausnützen) zwar nicht ersetzen, aber ungemein zu erleichtern. Werden die Unternehmer nicht eher geneigt sein, den Forderungen einer lokalen Zahlstelle nachzugehen, wenn sie wissen, daß hinter ihr eine Gewerkschaftsbewegung steht, die mindestens ebenso kampfentschlossen und rücksichtslos ist wie das Unternehmertum?

Die Forderung nach einer Aenderung der gewerkschaftlichen Kampfmethoden im obenbezeichneten Sinne wird von einem großen Teil sozialdemokratischer Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre geteilt. Wir wissen wohl, daß ihre endgültige Durchsetzung zur Voraussetzung hat, daß die breiten Gewerkschaftsmassen sich zu dieser Politik bekennen. Aber uns ist nicht bange darum, daß dieses Ziel nicht erreicht wird. Die Graßmann, Leipart und Co. bemühen sich zwar sehr, durch allerhand Schauermärchen die Gewerkschaftsmitglieder zu verwirren. Sie wissen sehr wohl, daß eine Aenderung der Gewerkschaftstaktik die Möglichkeit heftiger Zusammenstöße zwischen Arbeiter und Kapital mit sich bringt. Und sie wünschen, um des lieben Friedens willen (mit dem Kapital) unter allen Umständen auf diesen Kampf zu verzichten. Aber nicht verzichten kann darauf die deutsche Arbeiterklasse. Sieben Jahre deutscher Revolution haben ihr genügend Lehre gegeben, damit sie erkenne, welchen Weg sie einzuschlagen hat.

Schandspruch gegen die Thüringer Lederarbeiter

Der von den Lederfabrikanten Thüringens zum 1. Juli gekündigte Manteltarif der Lederarbeiter wurde am 15. Juli durch das Oberschiedsamt behandelt. Gegen die Stimmen der Arbeitervertreter wurde ein Schandspruch diktiert, der alle bisherigen Verschlechterungen in den Schatten stellt. Wege zum Arzt sollen nicht mehr bezahlt werden, nur noch bei Unfällen. Aus sogenannten „notwendigen Gründen" kann über 48 Stunden hinaus täglich eine Stunde Mehrarbeit angeordnet werden. Insbesondere aber hat man die Ferien bedeutend verkürzt. So sollen nach ununterbrochener Tätigkeit im Betrieb von 1—2 Jahren 2 Tage Ferien (früher von ½ Jahr 2 Tage), von 3 Jahren 3 Tage (früher von 2 Jahren 4 Tage), von 4 Jahren 4 Tage (früher von 3 Jahren 5 Tage), von 10 Jahren 5 Tage (früher von 4 Jahren 6 Tage), von 15 Jahren 6 Tage (früher von 10 Jahren 8 Tage) gewährt werden. Die Lohnstaffel der Hilfsarbeiter wurde von 90 auf 85 Proz. herabgesetzt. Die Verbesserungsanträge gegen alle diese Verschlechterungen seitens der Arbeitervertreter wurden von dem Unternehmervertreter Ehrhardt aus Neustadt als Frechheit bezeichnet. Die Thüringer Lederarbeiter rufen gegen diesen Schandspruch zur Mobilisierung aller Kräfte und zur Stärkung des Verbandes auf. Sie wollen sich diesem Schandspruch nicht unterwerfen, sondern rüsten zum Kampf.

Die Rechtsbehelfe des Betriebsrates

Das Betriebsrätegesetz gibt neben den zahlreichen Verpflichtungen den Betriebsräten nur wenig Rechte. Von diesen wenigen Rechten wird in der Praxis außerdem noch wenig Gebrauch gemacht, da die Betriebsräte oftmals nicht in der Lage sind, die Rechtsmittel erfolgreich anzuwenden. Ueber die Anwendungsmöglichkeiten der Rechtsbehelfe des Betriebsrates bringt die soeben erschienene Nummer 7 des „Arbeiterrat", Organ der revolutionären Betriebsräte, einen instruktiven Artikel mit Beispielen.

Außerdem enthält diese Nummer wichtige neue Entscheidungen aus der Spruchpraxis der Arbeitsgerichte und eine gute Uebersicht über die Rechtsprechung. Der wirtschaftliche und politische Teil des „Arbeiterrat" enthält für alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre wichtiges Material, so daß jeder Betriebsfunktionär, der es ernst meint mit seinen Aufgaben als Vertreter der Arbeiterschaft im Betriebe, diese Zeitschrift unbedingt lesen muß. Der „Arbeiterrat" erscheint monatlich und kostet bei Vierteljahrsabonnement 50 Pf. Einzelnummer 20 Pf.

Werbt für Partei und Presse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0009

Kämpfende · Jugend

Die Schwerindustrie fordert Arbeitsdienstpflicht für jugendliche Erwerbslose

Die statistisch festgestellten Zahlen der Erwerbslosen betragen gegenwärtig über 2 000 000. In den Industriebezirken nimmt die Erwerbslosigkeit auch unter den jugendlichen Arbeitern von Woche zu Woche zu. Allein in Berlin ist die Zahl der Erwerbslosen auf 270 000 angestiegen, darunter befinden sich über 32 000 Jugendliche. Unberücksichtigt sind bei dieser letzten Zahl die Tausende von Jungarbeitern, die zu Ostern die Schule verließen und im Produktionsprozeß keine Aufnahme fanden. Nach den Ziffern der Berufsberatung kann die Zahl der Lehrstellensuchenden in Berlin allein auf 5000 bis 6000 bemessen werden. Auch diese Ziffern sind noch ungenügend, denn bald der größte Prozentsatz der jungen Arbeiter, die noch nicht in den Produktionsprozeß eingereiht waren, ist statistisch nicht erfaßt. Man kann feststellen, daß in letzter Zeit sogar die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen im Verhältnis zu der der Erwachsenen schneller ansteigt.

Die Höchstzahl der Erwerbslosen ist aber lange nicht erreicht. Unter der Parole „Rationalisierung" geht das Unternehmertum dazu über, in allen Industriezweigen seine Antreibe- und Ausbeutungsmethoden durchzuführen, mit wenigen und billigen Arbeitskräften den Produktionsprozeß aufrechtzuerhalten. Weitere Arbeitskräfte werden dem Produktionsprozeß entrissen und in das Erwerbslosenheer eingereiht. Selbst in den Kreisen der Schwerindustrie rechnet man mit einer Dauer-Erwerbslosigkeit von mehreren Jahren.

Der Zustand der Dauer-Erwerbslosigkeit wird vom Unternehmertum zum Kampf gegen die gesamte Arbeiterschaft benutzt. Gestützt auf die industrielle Reservearmee geht die Bourgeoisie zur Offensive über. Der Raub des Achtstundentages konnte schon vollzogen werden. Weiter werden starke Angriffe zum Abbau der Erwerbslosenunterstützung und Einführung der Arbeitsdienstpflicht unternommen.

So beginnt die großkapitalistische „Deutsche Bergwerkszeitung" mit Vorstößen auf die „hohe" Erwerbslosenunterstützung und fordert die Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

In einem Artikel vom 24. Juni 1926, „Arbeit den Erwerbslosen", wird von der Regierung die Schaffung eines Ministeriums für Arbeitslosigkeit gefordert, an dessen Spitze ein Mann mit diktatorischen Vollmachten zu setzen ist.

Wörtlich heißt es in genannter Nummer der „DB.":

„An einer Stelle ist alle Kraft zu sammeln, von hier aus muß diktiert werden, wie es zu machen ist. Und jeder hat dann zu parieren."

Wie es gemacht werden soll, wird an weiteren Stellen des Artikels deutlicher gesagt:

„Weite Strecken Moorlandes harren in Deutschland der Urbarmachung. Warum geschieht es nicht? Warum läßt man die deutsche Jugend der Großstädte lieber verkommen? . . . Man könnte z. B. daran denken, die Unverheirateten herauszuziehen aus den Städten zu einer Armee der Arbeit, die an den verschiedensten Stellen eingesetzt würde."

Also eine freche Forderung auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Unter dem Druck der arbeitenden Jugend sind derartige Pläne seither verhindert worden.

Noch viel frecher und offener wird die Frage von einem weiteren Artikel der „Bergwerkszeitung" am 30. Juni gestellt. In dem Artikel „Schafft Arbeit" wird, nachdem die Zahl der Erwerbslosen mit der des früheren Heeres verglichen wird, gesagt, daß diese Arbeitsarmee in vielen Fragen den früheren Kommiß ersetzen kann.

Folgendes ist zu lesen:

„Wenn man nun zu einer ernsthaften Lösung des Erwerbslosenproblems kommen will, so weist das Vorhergesagte, nämlich das Alter der Dienstpflicht, darauf hin, daß man diese Frage in erster Linie von der Seite der Unverheirateten aufassen muß... Die jungen Kräfte, an denen wir ja durch den Nachwuchs immer bei der heutigen Wirtschaftslage ein Ueberangebot haben werden, will man nach manchen Vorschlägen durch Sport wenigstens in einigen Stunden mancher Tage zusammenhalten, ertüchtigen, an Ordnung gewöhnen . . . In allen Teilen der Bevölkerung wird durch das Zuströmen zum Sport zugegeben, daß das unserer Jugend fehlt, was früher der Staat in der Dienstzeit für die körperliche Entwicklung und Kräftigung der männlichen Jugend sorgte."

Das zeigt uns also sehr deutlich das Vorhaben der Schwerindustrie, körperliche Ertüchtigung nach den Methoden des früheren Kommisses, dazu Oed- und Moorland für die Pfennige der Erwerbslosenunterstützung den Junkern zu kultivieren. Fernerhin hat man Möglichkeiten, eine Streikbrechergarde zu erziehen. Das Gebiet geistige Ertüchtigung fehlt zwar heute noch in den Vorschlägen. All diese Dinge sind aber im Programm der deutschen Bourgeoisie bereits enthalten.

Die arbeitende Jugend bedankt sich für derartige „Maßnahmen zur Linderung der Erwerbslosennot". Schulter an Schulter mit der erwachsenen Arbeiterschaft wird sie kämpfen gegen die Vorstöße der Unternehmer. Nur im schärfsten Kampf gegen das Unternehmertum kann die Forderung „Schaffung von Arbeit nach tariflicher Entlohnung für alle Erwerbslosen" verwirklicht werden. Die gesamte arbeitende Jugend muß sich um die Führerin des Kampfes gegen die Arbeitsdienstpflicht, den KJVD., sammeln. Das ist die beste Antwort auf diese verstärkten Vorstöße des Unternehmertums.

Das tausende Band

Auf dem **Reichsverbandstag der katholischen Jugend** in Essen berichtete ein jugendlicher Ortsvorstand über seine Erfahrungen mit dem „Fordismus" folgendes:

„Ich war in einer großen Fabrik in Berlin. Es wurde das Ford-System, das **tausende Band**, eingeführt. Jeder macht nur schnell einen einzigen Handgriff, dann ist das Arbeitsstück schon beim nächsten, und so geht es fort. Ihr könnt Euch keinen Begriff davon machen, wie dumm einem dabei wird, wenn man tage- und wochen- und monatelang immer nur den einen selben Handgriff macht. Nach kurzer Zeit waren wir alle so abgespannt und gleichgültig, daß das Tempo des tausenden Bandes verlangsamt werden mußte.

Da kam die Leitung auf den Gedanken, die stumpfsinnige Arbeit **durch Musik zu beleben** und so die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Wir bekamen auch in alle Arbeitsräume große Radioaufsprecher. Der Erfolg zeigte sich auch sofort; denn das Arbeitstempo konnte sofort bedeutend **beschleunigt** werden, so daß wir jetzt schneller und mehr produzierten als am Anfang.

Aber leider muß ich feststellen, daß die **gut katholische Betriebsleitung daraufhin sofort den Akkordsatz gewaltig herunterdrückte.** Es wurden sogar Stimmen laut, die einen Streik deswegen forderten. Aber es kam anders. Denn der ganze Betrieb mußte **stillgelegt werden, weil wir in wenigen Wochen genug für einige Jahre produziert hatten."**

•

Das ist die von allen reformistischen und katholischen Arbeiterführern so gepriesene „Rationalisierung" nach dem Muster Amerikas.

Hinein in unsere Kampfreihen

Du gehörst zu uns, Jungarbeiter und Jungarbeiterin!

Der Kommunistische Jugendverband wendet sich wiederum an alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, wendet sich an alle diejenigen, die unter unserer Führung gegen die Fürsten und gegen die Reaktion marschierten. Er wendet sich aber auch an jene, die während des Volksentscheids noch gleichgültig beiseite standen.

Warum wir uns heute an Dich wenden?

Weil es so nicht mehr weiter gehen kann! Weil endlich etwas getan werden muß, um den elenden, miserablen Zuständen, die sich von Tag zu Tag verschlechtern, ein Ende zu machen!

Einige Millionen junger Werktätiger zeigten bereits im Volksentscheidskampfe, daß sie gewillt sind, ihre Lage zu verbessern. Durch Stimmabgabe für den Volksentscheid reihten sie sich mit ein in die große gewaltige Front der 15 Millionen. 15 Millionen, die übergroße Mehrheit der werktätigen Bevölkerung, verlangte im Volksentscheid die Enteignung der Fürsten, und doch wird diesem Verlangen nicht stattgegeben, der Wille der werktätigen Bevölkerung mit Füßen getreten. Die Kapitalistenklasse versteht die Mittel der Demokratie gegen die Arbeiterschaft anzuwenden, bereitet weitere Anschläge zugunsten der Fürsten und Reaktion und gegen die Arbeiterschaft und deren schwächsten Teil, das Jungproletariat, vor.

Die Lage des Jungproletariats ist miserabeler denn je!

Unter der Parole „Rationalisierung" geht das Unternehmertum dazu über, die raffiniertesten Antreibesysteme zur Ausbeutung des Proletariats einzuführen. Mit wenigen und willigen Arbeitskräften bei zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit gedenkt die Kapitalistenklasse auf Kosten der Arbeiterklasse ihre kapitalistische Wirtschaft wieder aufzubauen. Als billige und willige Arbeitskräfte ist das Unternehmertum bestrebt, die jungen Arbeiter und Frauen zu verwenden.

18 bis 21jährige Jungarbeiter bekommen in den nächsten Jahren keine Arbeit

Das ist keine Prophezeiung, sondern liegt in der Linie des Unternehmerprogramms, entweder ganz junge Arbeiter oder ältere, erfahrene Arbeiter zu beschäftigen, nicht aber die jung ausgelernten Arbeiter von 18 bis 21 Jahren, die bald denselben Tariflohn fordern, wie die älteren Kollegen. Das ist die Meinung der Unternehmer.

Das Erwerbslosenheer wächst tagtäglich. Ueber 3 Millionen Arbeiter sind erwerbslos, darunter ⅓ Million Jungarbeiter. (Allein in Berlin ist die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen in den letzten Wochen auf 32 000 angewachsen.)

Der übergroße Teil der Jugendlichen bekommt heute überhaupt keine Unterstützung, der Rest nur ein paar Pfennige, die nicht zum Leben reichen.

Im Reichstag ist man drauf und dran, dafür zu sorgen, daß auch diese paar Pfennige noch gekürzt werden. Die Erwerbslosenunterstützung will man in **fünf Lohnklassen** staffeln. Wer im **Betrieb den niedrigsten Lohn** bekam, soll auch die **geringste Erwerbslosenunterstützung** bekommen. Am stärksten wird von dieser Maßnahme das Jungproletariat betroffen.

Ein Arbeitslosen-Versicherungsgesetz, das nicht nur die **Einführung der Pflichtarbeit vorsieht,** sondern auch von den Arbeitenden die **Zahlung von Versicherungsbeiträgen für die Erwerbslosigkeit,** die vom Lohn in Abzug kommen, verlangt, wird vom Reichstag vorbereitet. In der Linie des Unternehmerprogramms liegt es, die **Lohnspanne zwischen Jugendlichen und Erwachsenen** durch **Herabsetzung der Jungarbeiterlöhne** noch mehr zu vergrößern.

Den Jugendlichen, die erst jüngst **zu Ostern die Schule verließen,** gibt man **keine Arbeitsmöglichkeiten.** Allein auf den Berufsämtern sind **mindestens 5000 bis 6000 Jugendliche als lehrstellensuchende** eingetragen. Diesen ganz Jungen wird keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt, sie fallen den Familien zur

Zur verstärkten wirtschaftlichen Ausbeutung kommt die politische Entrechtung

Im Reichstag werden **Vorbereitungen zur politischen Entrechtung** der arbeitenden Jugend in verschiedenen Fragen getroffen. Ein Gesetzentwurf sieht die **Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Jugendlichen vor.** Ein zweiter den **Raub des Wahlrechts,** die Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre. In Bayern hat man diese Frage schon konkret im Landtag gestellt.

Weiter sind **Angriffe auf Versammlungs- und Koalitionsrecht** im Gange. Die Regierung der Fürstenknechte Marx-Külz will das durch die Verfassung außer Kraft gesetzte **Reichsvereinsgesetz wieder einzuführen.** Dasselbe Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908, das den Jungarbeitern verbietet, sich politisch zu organisieren.

Die Reaktion ist heute stärker denn je. **Fieberhaft rüsten die Faschisten zur blutigen Niederschlagung der Arbeiterschaft.**

In jeder ernsten Situation wenden wir uns an alle Jungarbeiter!

An all die Jugendlichen, die schon mit uns gekämpft haben, an Euch, Ihr jungen Arbeiter, denen man in der demokratischen Republik kein politisches Recht gibt, und an Euch, die Ihr noch beiseite steht.

Wir fordern Euch auf, Schluß zu machen mit diesen heutigen Zuständen. Es heißt für die arbeitende Jugend, sich zu wehren gegen die Antreibe- und Ausbeutungspläne der Unternehmer, gegen die Pläne der Reaktion und ihre Führung, die jetzige Regierung.

Es heißt, im geschlossenen Kampf nicht nur die Angriffe abzuschlagen, sondern Schulter an Schulter mit der erwachsenen Arbeiterschaft um weitere elementare Forderungen zu kämpfen:

Ausreichende Unterstützung für alle erwerbslosen Jugendlichen!

Menschenwürdige Löhne für alle Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Sechsstundentag und vier Wochen Mindesturlaub vor allem für alle Jugendlichen.

Das sind einige Forderungen aus dem Kampfprogramm, das wir verwirklichen sind, um die es einheitlich und geschlossen zu kämpfen gilt.

Kannst Du diesem Kampfe beiseitestehen!

Glaube nicht, daß Du zu schwach bist, denn im Zusammenschluß sind wir eine unüberwindliche Macht.

Auch auf Dich kommt es also an!

Du darfst nicht mehr beiseite stehen! Weg mit allem Sektierertum! „Das hat ja doch alles keinen Zweck!" Erwarte kein Heil von höheren Regionen!

Rasse dich auf zum Kampfe, reiche uns die Hand! Hinein in den Kommunistischen Jugendverband!

Die Produktion wird gesteigert, der Unternehmerprofit erhöht. Die Kehrseite der Medaille: Arbeitslosigkeit, Lohndruck und bei all dem kein Preisrückgang. Die Ausführungen des katholischen Jungarbeiters zeigen, daß auch bei der kirchlich erzogenen Jungarbeiterschaft sich eine immer mehr steigende Erkenntnis bemerkbar macht. Durch die brutalen Methoden des Unternehmertums werden auch sie immer mehr auf den Weg des Klassenkampfes getrieben. Das hat sich sehr deutlich gezeigt in der Kampagne zur Durchführung des Volksentscheids. Hauptsächlich im Ruhrgebiet zeigte sich der große Gegensatz zwischen der Führerschaft und den katholischen Jungproleten. Während die sogenannten Führer gegen die Fürstenenteignung waren, beteiligten sich viele Gruppen der katholischen Jugendbünde aktiv an allen Arbeiten zur Durchführung der Volksentscheidskampagne. Aufgabe unserer Genossen ist es, in Zukunft und hauptsächlich in der Werbekampagne vom 3. bis 18. Juli diesen Jugendorganisationen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und mit aller Energie an die Aufklärung dieser noch unreifen Jungarbeitermassen herangehen und sie für den Kommunistischen Jugendverband zu gewinnen. Dies gilt vor allen Dingen für die rheinischen Bezirke und das Ruhrgebiet. Wir in unserem Bezirk müssen versuchen, die zahlreichen indifferenten Jungarbeiter, die gleichgültig an allen politischen Tagesfragen vorübergehen, aus ihrer Passivität herauszureißen. Diese jungen Arbeiter müssen begreifen, daß nicht der Sport oder der Genuß seichter bürgerlicher Zerstreuungen ihre elende Lage bessert, sondern daß nur eine aktive Gegenwehr in Gemeinschaft mit den erwachsenen Proletariern ihr Dasein ändern kann. In diesem Sinne muß die Arbeit von unseren Genossen vorangetrieben werden.

Aus dem Bezirk

Jugendversammlung in Zschornewitz

Am Montag, dem 12. Juli, fand in **Zschornewitz** eine **gutbesuchte Jugendversammlung** statt. Auf der Tagesordnung stand **„Der Generalangriff der Kapitalisten auf die arbeitende Jugend".** Der Referent, Genosse **Paul,** schilderte an Hand von Material die trostlose Lage der Jungarbeiter, die Lehrlingsschinderei, die Ausbeutung der jungen Arbeiter und vor allen Dingen, daß die älteren Arbeiter bisher nichts oder wenig getan haben, um die Jugendlichen zusammenzufassen. Deutschland steht im Zeichen der „Rationalisierung". Das bedeutet für die Jungarbeiter **verlängerte Arbeitszeit, weniger Lohn.** Die älteren Arbeiter werden auf die Straße geworfen, denn die jugendlichen Arbeiter arbeiten billiger, und damit wird die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter durchgeführt. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen. Die Diskussion war lebhaft und bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Referenten. Danach ergriff der Referent das Schlußwort. Er mahnte die Parteigenossen, sich für die Jungarbeiter einzusetzen und so lange zu agitieren, bis in Zschornewitz zu gründende Ortsgruppe des KJVD. auf festen Fuße steht und gemeinsam mit der KPD., dem RFB. und der ausgebeuteten Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten kämpfen und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Wer macht's nach?

Im Unterbezirk **Wittenberg** wurden in den letzten Wochen **drei neue Ortsgruppen des Jugendverbandes gegründet,** die sich lebhaft entwickeln.

Ortsgruppe Annaburg hatte bei der Gründung sechs Mitglieder. Heute melden die Genossen 23 Mitglieder. Das ist die Zahl eines Monats! Jetzt haben die Genossen schon eine neue Ortsgruppe in ihrer Umgebung gegründet. Diese neue

Ortsgruppe Plossig hat 30 Mitglieder. Diese Erfolge sind sehr gutes Zeichen für die Aktivität der Annaburger Genossen. Nach Abschluß der Werbekampagne muß jeder Unterbezirk seine Erfolge berichten können!

Mitteilungen der B.L.

An alle Mitglieder der Unterbezirke des KJVD. Halle-Saalkreis, Bitterfeld und Delitzsch!

Jugendgenossen, Jugendgenossinnen! Wir stehen mitten in der Werbekampagne für den Jugendverband. Auf Beschluß der Bezirksleitung ist für Sonnabend, den 17. Juli, ein

Werbeabend in Gräfenheinichen

im Lokal J. Eger angesetzt worden, an dem sich die obengenannten Unterbezirke unbedingt zu beteiligen haben. Im Anschluß an die Abendveranstaltung findet eine

Nachtwanderung nach dem „Eisenhammer"

statt, um am Sonntag, dem 18. Juli, unseren jüngsten Genossen einen

Besuch im Ferienlager

abzustatten. Beteiligt Euch restlos an diesen Veranstaltungen und macht sie zu einem Erfolg für den Jugendverband.

BL. des KJVD. Halle-Merseburg

Werbt für unsere Presse! Lest die „Junge Garde"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260714-19/fragment/page=0010